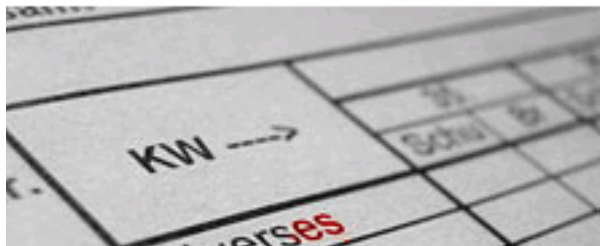


Analytischer Literaturbericht

März 2007

Kooperationsnetzwerke und bürgerschaftliches Engagement
als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen



nexus

Institut für Kooperationsmanagement und
interdisziplinäre Forschung GmbH

Dipl.-Kffr. Daphne Reim

Dipl.-Ing. Jenny Schmithals M. A.

Dr. Hans-Liudger Dienel

Dr. Heike Walk

unter Mitarbeit von Hendrike Krause und
Juliane Skowski

Otto-Suhr-Allee 59

10585 Berlin

Tel.: 030/ 31 80 54-63

Fax: 030/ 31 80 54-60

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	1
1.1	Begriffsklärung.....	8
1.1.1	Bürgerschaftliches Engagement.....	8
1.1.2	Die drei Sektoren: Staat, Wirtschaft und Dritter Sektor.....	16
1.2	Die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements.....	18
2	Die drei Sektoren.....	26
2.1	Staat.....	30
2.1.1	Der „ermöglichende“ und „aktivierende“ Staat.....	33
2.1.2	Kommunale Ebene und Leitbilder.....	36
2.2	Wirtschaft.....	40
2.2.1	Motive und Nutzen unternehmerischen Engagements.....	41
2.2.2	Instrumente und Maßnahmen unternehmerischen Engagements.....	47
2.2.3	Bereiche und Verbreitung unternehmerischen Engagements.....	51
2.3	Dritter Sektor.....	54
2.3.1	Motivation für bürgerschaftliches Engagement.....	60
2.3.2	Spezielle Zielgruppen für bürgerschaftliches Engagement.....	62
2.3.3	Einrichtungen bürgerschaftlichen Engagements.....	68
2.4	Intersektorale Vernetzung.....	71
2.4.1	Lokale Agenda 21.....	72
2.4.2	Selbsthilfekontaktstellen.....	74
2.4.3	Seniorenbüros.....	74
2.4.4	Freiwilligenagenturen und Freiwilligen-Zentren.....	75
2.4.5	Bürgerstiftungen.....	76

2.4.6	Bürgerhaushalte	78
2.4.7	Das Projekt JobAct der Projektfabrik e. V.	80
2.4.8	Bundesinitiative „Unternehmen Partner der Jugend“	81
2.4.9	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement	83
2.4.10	Die Marktplatz-Methode	83
2.4.11	Mehrgenerationenhäuser	84
2.4.12	Lokale Bündnisse für Familie	86
2.4.13	Public Private Partnership.....	88
3	Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland	91
3.1	Besonderheiten des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland.....	92
3.1.1	Das Erbe der DDR	95
3.1.2	Die Rolle der Unternehmen in der Gesellschaft der DDR.....	99
3.2	Bürgerschaftlich Engagierte in Ost- und Westdeutschland	102
3.3	Modellprojekte für bürgerschaftliches Engagement und intersektorale Vernetzung in Ostdeutschland	107
3.3.1	Trisektorale Vernetzung	107
3.3.1.1	Alternative Mobilitätskonzepte unter Einsatz von bürgerschaftlichem Engagement.....	107
3.3.1.2	Netzwerk Zukunft – Schule und Wirtschaft für Brandenburg	111
3.3.1.3	CIVITAS-Initiativen.....	112
3.3.1.4	Initiative für Beschäftigung!.....	113
3.3.1.5	Beispiel einer Kommune: Elsterwerda	115
3.3.2	Vernetzung von Wirtschaft und Drittem Sektor	116
3.3.2.1	Förderung Bürgerschaftlichen Engagements in der Öffentlichkeit: Das Verbundnetz der Wärme	116

3.3.2.2	Runder Tisch Jugend und Wirtschaft in Brandenburg	116
3.3.2.3	Perspektive-Netzwerkstelle Patchwork Plus Oberlausitz	117
3.3.2.4	Unternehmensinitiativen	118
3.3.3	Vernetzung von Verwaltung und Drittem Sektor	120
3.3.3.1	Das Engagement benachteiligter Gruppen – Das Modellprojekt „Leipziger Osten“	120
3.3.4	Vernetzung von Wirtschaft und Verwaltung.....	122
3.3.4.1	Der Wirtschaftsbeirat der Stadt Strausberg.....	122
4	Potenziale und Hemmnisse bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland	124
5	Ausblick	137
	Literatur	139
	Internetseiten	163
	Abkürzungsverzeichnis	165

1 Einleitung

„Demokratie ist kein Zustand, sondern eine immerwährende Aufgabe. Sie muss geschützt und verteidigt werden.“

Konrad Weiß

Eine funktionierende Gesellschaft lebt von der Bereitschaft der Bürger/innen, sich aktiv in das Gemeinwesen einzubringen, und kann davon auf vielfältige Weise profitieren.

In der diesbezüglichen Diskussion in Politik, Gesellschaft, Medien und Wirtschaft erfreut sich in diesem Zusammenhang der Begriff des „bürgerschaftlichen Engagements“ einer wachsenden Beliebtheit. Walk (2007) zufolge ist dies durch verschiedene Faktoren zu erklären: Der Begriff verweist erstens auf ein wieder erwachtes Interesse an den Leistungen und Gestaltungskompetenzen der Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwesen. Zweitens ist bürgerschaftliches Engagement als individuelles Handeln eingebettet in gesellschaftliche Organisationen und staatliche Institutionen, die sensibler für meta-individuelle und politische Aspekte des Engagements werden im Unterschied zu der bisherigen Betonung von wirtschaftlichem und sozialpolitischem Nutzen.

So wird seit einigen Jahren bürgerschaftliches Engagement durch den Bund, die Länder und die Kommunen verstärkt gefördert. Impulsgeber und Ergebnis der Aufmerksamkeit zugleich sind u. a. der Freiwilligensurvey 1999 und 2004, die Enquetekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Bundestags, das „Internationale Jahr der Freiwilligen“ (IJF) im Jahr 2001, die Gründung des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement im Jahr 2002 und der neue Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages und eine Vielzahl von empirischen Untersuchungen, Publikationen und Veranstaltungen zum Thema (vgl. Zimmer 2007 sowie Olk u. a. 2003). Die politischen Parteien schreiben sich die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und interkommunalen Kooperationen auf ihre Fahnen, denn man sieht darin die Chance, Problemen entgegenzuwirken, die sich im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel abzeichnen oder zu entstehen drohen

(vgl. z. B. Bose; Wirth 2006, Kersting 2006, Kistler; Noll; Priller 1999, Kumpf 2003, Sarcinelli; Stopper 2006).

Allerdings werden die Funktionen, die bürgerschaftliche Aktivitäten erfüllen können, durchaus kontrovers diskutiert: Oft hört und liest man die Aussage, dass ehrenamtlich engagierte Bürger/innen nicht zum Ersatzdienstleister für Aufgaben werden dürfen, die der Staat nicht mehr im Rahmen der Daseinsvorsorge ausüben kann oder will. *„Es gibt Aufgaben, die Bürger/innen, z. B. in Vereinen und Selbsthilfeinitiativen organisiert, sicherlich besser erfüllen können als staatliche Akteure. Es darf aber nicht dazu kommen, dass die Bevölkerung angesichts der Finanzkrise der Kommunen quasi zum Ausfallbürgen des Staates wird. Bürgerengagement ist keine abrufbare Ressource und Bürger/innen sind keine ‚Lückenbüßer‘ für einen Staat, der sich zurückzieht“* (Sozialministerium Baden-Württemberg 2004, vgl. auch Klein 2004 und Hamm-Brücher 2003). Dieser Grundsatz beginnt jedoch zu wanken – zum einen vor dem Hintergrund knapper Kassen und mangelnder personeller Ressourcen auf kommunaler Ebene. Zum anderen aber – positiv betrachtet – besteht die Auffassung, dass bürgerschaftliches Engagement weitaus mehr ist als ein sinnvoller Zeitvertreib für Hausfrauen oder Ruheständler und dass es durchaus verantwortungsvolle und notwendige Aufgaben erfüllen kann (vgl. z. B. Beetz 2006, Jakob 2005, Lübking 2003). Lübking (2003) bezeichnet bürgerschaftliches Engagement als unverzichtbar für Kommunen und erklärt, dass schon jetzt viele Dienste – zum Beispiel in den Bereichen Kultur, Sport und Soziales – nicht mehr ohne den freiwilligen Beitrag von Bürger/innen geleistet werden könnten. Dem bürgerschaftlichen Engagement werden zudem Potenziale für die Bewältigung gesellschaftlicher Probleme, die sich aus dem demografischen Wandel, aus Migrationsprozessen, Arbeitslosigkeit und grundlegenden Veränderungen in Familien- und Lebensformen ergeben, zugesprochen. So ist zum Beispiel die Frage, welche Rolle Bürgerengagement bei der Unterstützung der Betreuung Älterer, bei der Integration von Ausländer/innen, der Unterstützung von Familien und Jugendlichen und im Bereich der Stadt- und Gemeinwesenentwicklung übernehmen kann und zwar nicht nur im Rahmen von „zusätzlichen“, sondern auch von „notwendigen“ Aufgaben (vgl. Jakob 2005) von Bedeutung.

Um zu vermeiden, dass bürgerschaftliches Engagement – auch von Unternehmen – als „Lückenbüßer“ zur Kompensation nicht mehr finanzierbarer öffentlicher Leistungen ausgenutzt wird, muss die Einbettung des Engagements in die (kommunal-) politischen Strategien sorgfältig ausgehandelt werden.

Das Thema des bürgerschaftlichen Engagements wird auch im unternehmerischen Kontext diskutiert. Dabei wird die Rolle von Unternehmen in der Gesellschaft im Zuge eines sich wandelnden Sozialstaatsverständnisses und sich verändernder Rahmenbedingungen in Richtung einer stärkeren Fragmentierung und Polarisierung sowie der Globalisierung zunehmend aus anderen Blickwinkeln gesehen (vgl. Backhaus-Maul; Brühl 2003, S. 9, Backhaus-Maul 2006, S. 34).

Dass sich Unternehmen gesellschaftlich engagieren ist nicht neu. Spätestens seit der Industrialisierung, als Unternehmer/innen den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Erfolg und Wohlergehen, Gesundheit sowie Bildung ihrer Mitarbeiter/innen erkannten, rückte in Deutschland verstärkt ins Bewusstsein, dass Gesellschaft und Wirtschaft miteinander verknüpft sind. Insbesondere das Spenden von Geld- und Sachmitteln habe in Deutschland Tradition (vgl. z. B. Backhaus-Maul 2004). Außerdem sind Unternehmen u. a. durch das duale Ausbildungssystem sowie die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in gesellschaftlich und politisch relevante Prozesse eingebunden, die zu großen Teilen selbst ehrenamtlich getragen werden. In der jüngeren Diskussion werden Aktivitäten von Unternehmen, die über die reinen Geschäftsaktivitäten hinausgehen mit Begriffen wie Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship diskutiert. Das Neue an den Konzepten Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship wird vor allem in der strategischeren Vorgehensweise bei der Integration des Engagements in die unternehmerischen Aktivitäten und Zielsetzungen gesehen, von denen auch das Unternehmen selbst profitiere. Bereits frühe Vertreter des Corporate Social Responsibility-Ansatzes betonen, dass Unternehmen auf eine funktionierende freiheitliche Gesellschaft angewiesen sind, Weiterentwicklungen und Veränderungen gesellschaftlicher Anliegen wären von daher auch von Unternehmensseiten zu unterstützen: *„the corporate social responsibility movement represents a broad concern*

with business's role in supporting und improving social order" (Eells; Walton 1974, S. 247).

Für die erfolgreiche wirtschaftliche und soziale (Weiter-)Entwicklung ist eine starke und gute Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Verwaltung, wirtschaftlichen Akteur/innen und den Bürger/innen notwendig. Um in den Kommunen die vorhandenen Kompetenzen und spezifischen zivilgesellschaftlichen Potenziale zu entfalten, bedarf es partizipativer Ansätze, die helfen das Engagement für die Gemeinschaft nutzbar zu machen. Zum einen sind bestehende Aktivitäten gewinnbringend einzubinden, zum anderen sollen Möglichkeiten gefunden werden, wie bisher nicht aktive Bürger/innen und Unternehmen zur Mitgestaltung motiviert werden können.

Netzwerke, welche die Sektoren verbinden, erhöhen die eigene Produktivität jedes einzelnen Sektors und sie wirken sich auch auf Bereiche aus, die nicht unmittelbar beteiligt sind (vgl. Putnam 2002, S. 259).

Hintergrund und Ausgangsthese der Literaturstudie war die Vermutung, dass es in ostdeutschen Kommunen einen Mangel an Kooperationsnetzwerken zwischen den Sektoren Verwaltung, Wirtschaft und dem Dritten Sektor gibt und zwar aus folgenden Gründen:

Zum einen sind durch Wende und Wiedervereinigung einige DDR-typische Kooperationsstrukturen ohne Ersatz verschwunden. In der DDR hielten die Betriebe zentrale Funktionen in der staatlichen Sozialpolitik inne. Erstens sind viele Betriebe im Zuge der Wiedervereinigung weggefallen und zweitens fungieren sie heute nicht mehr als Orte von kulturellen, sozialen und sportlichen Aktivitäten.

Zum anderen sind im Zuge der demografischen Veränderungen viele ländliche Regionen und kleinere Städte in Ostdeutschland verstärkt mit einer zurückgehenden und alternden Bevölkerung konfrontiert. Diese Entwicklungen werden fortschreiten: Verwaltungsstrukturen werden weiter abgebaut und Einrichtungen, die von öffentlicher Seite unterhalten und betrieben werden, müssen schließen.

Hinzu kommt eine in der Literatur häufig genannte, weniger ausgeprägte Bereitschaft zu Eigeninitiative und Selbststeuerung. Dieser zweite Befund mag aber auch damit zu-

sammenhängen, dass viele empirische Sozialforscher aus einer westdeutschen Sicht typisch ostdeutsche informelle Netzwerke oft übersehen. Denn andere Studien wiederum erkennen im Osten durchaus eine gute Basis für Gemeinschaftlichkeit und kollektive Aktionen – bei aller Ablehnung von verpflichtenden „Subbotniks“. Manche eingeübte und früher wichtige Aktivitäten älterer Menschen in der „Nischengesellschaft“ der DDR mit ihrer insgesamt stärkeren Familienorientierung laufen angesichts der demografischen und wirtschaftlichen Veränderungen zunehmend ins Leere (Enkelbetreuung in Anbetracht des Wegzugs der Kinder, Gemüseversorgung von Verwandten aus dem eigenen Garten etc.), wurden aber nicht durch neue Aktivitäten ersetzt.

Der vorliegende Literaturbericht bestätigt die These, dass in vielen ostdeutschen Kommunen die Verwaltung, einzelne Unternehmen und auch vorhandene zivilgesellschaftliche Strukturen zwar teilweise recht gut funktionieren, miteinander jedoch nicht ausreichend vernetzt sind. Die Zahl und Qualität der personellen Brücken und gemeinsamen Anliegen zwischen diesen drei gesellschaftlichen Bereichen ist zu gering. „Eine unterstützende Umgebung kann insbesondere durch ein neu bestimmtes Verwaltungshandeln und stärkere lokale Kooperationen erreicht werden“ (Schumacher 2004, S. 59).

Die Recherchen zeigen aber auch, dass es bereits gute Beispiele und Ansätze gibt. Erfolgs- und Hemmfaktoren können teilweise benannt werden.

Theorien zur Analyse von Netzwerken und Kooperationen

Unabhängig des Kontextes kann nach Weyer (2000) unter einem sozialen Netzwerk eine eigenständige Form der Zusammenarbeit auf Vertrauensbasis zwischen eigenständigen Akteuren, die voneinander abhängig sind, verstanden werden. Soziale Netzwerke können ein Handlungsumfeld bilden, in dem Vorhaben und Maßnahmen effizienter umgesetzt werden, wenn die Rücksichtnahme auf die Interessen der Partner zur besseren Realisierung der eigenen Ziele beiträgt als wenn keine gemeinsame Abstimmung erfolgt. Soziale Netzwerke bilden außerdem Infrastrukturen für Austausch- und Kommunikationsprozesse zwischen individuellen Akteuren, Gruppen und Organisationen. Hierdurch könne auch die Innovationsfähigkeit gefördert werden.

Innerhalb der Betriebswirtschaftslehre beziehen sich Modelle von Netzwerken und Kooperationen primär auf zwischenbetriebliche und innerbetriebliche Beziehungen. Bezogen auf letzteren Aspekt dienen unternehmensinterne Netzwerke - vor allem in komplexen Großunternehmen - der Abstimmung zwischen verschiedenen Personen und ihren Aufgabenteilen, sowie ihrer Zusammenführung. Probleme, die durch die Trennung und Verteilung von Aufgaben hervorgerufen werden, sind beispielsweise die Separierung von Zielen und Orientierungen sowie ein geringere Kommunikation und Informationsaustausch, was auch zu Konflikten führen und die Leistungserstellung beeinträchtigen kann. Zur Lösung dieser Probleme stehen verschiedene Instrumente zur Verfügung (vgl. Steinmann; Schreyögg 2000, S. 417ff.). Eine Form der Abstimmung stellen Kooperationen zwischen den betroffenen Aufgabenträgern dar. Diese können spontan erfolgen oder institutionalisiert sein, z. B. in Form von Ausschüssen, Benennung von Koordinatoren, Integrationsstellen oder dynamischen Netzwerken (vgl. Steinmann; Schreyögg 2000, S. 427ff.). Letztere beruhen im Wesentlichen auf fachlich spezialisierten Experten, informeller Kommunikation und Spontankoordination und erfordern gemeinsam geteilte Normen und Werte (vgl. Steinmann; Schreyögg 2000, S. 431).

Vorgehen

Ziel der vorliegenden Studie ist, eine Bestandsanalyse vorzunehmen und Beispiele für Modellprojekte intersektoraler Vernetzung in Ostdeutschland aufzuzeigen.

Es wurde eine umfassende Literaturrecherche zum Stand der Forschung im Bereich bürgerschaftliches Engagement mit Fokus auf ostdeutsche Projekte und Spezifika vorgenommen, die auch Internetpublikationen einschließt. Darüber hinaus wurden Informationen über konkrete Projekte und Einrichtungen in Ostdeutschland gesammelt. Anhand von Praxisbeispielen sollen auch die Aktivitäten ostdeutscher Unternehmen in ihrem sozialen und gesellschaftlichen Umfeld sowie regionale oder überregionale Initiativen veranschaulicht werden.

Hier erwies sich die Suche jedoch als nicht ganz einfach: Viele Projekte verfügen weder über einen Internetauftritt noch über Informationsmaterial, so dass sie nur mit Schwierigkeiten ausfindig gemacht werden können.

Bezüglich Ansätzen, Formen und Verbreitung des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen und den damit verbundenen Wirkungen und Potenzialen für eine zukunftsorientierte Entwicklung von (ostdeutschen) Kommunen, lieferten zum einen Studien zu den Konzepten Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship wichtige Informationen. Hierfür konnten allerdings keine umfassenden (wissenschaftlich) aufbereiteten Auswertungen speziell für Ostdeutschland oder die alten und neuen Bundesländer vergleichende Untersuchungen gefunden werden. In den Darstellungen wird deshalb versucht, den historischen Hintergrund der DDR, die wirtschaftliche Struktur und aktuell bestehende Herausforderungen und Möglichkeiten für Unternehmen in Ostdeutschland in die Thematik zum unternehmerischen Engagement zu skizzieren, um eine ostdeutsche Perspektive auf das Thema zu finden.

Vor diesem Hintergrund verstehen wir den vorliegenden Bericht nicht als abgeschlossene Publikation, sondern als „work in progress“ – als eine Arbeit, die wir im Rahmen des Vorhabens „Kooperationsnetzwerke und bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen“ sukzessive erweitern werden.

Die vorliegende Literaturstudie stellt einen Baustein des Projektes „Kooperationsnetze und Bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen“, das vom Berliner nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung in Kooperation mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und Prof. Dr. Thomas Olk (Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit) durchgeführt wird. Auftraggeber ist das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Ziel des Projektes ist, konkrete Ansätze, Verfahren und Werkzeuge zur Verbesserung der Kooperation zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Drittem Sektor in ostdeutschen Kommunen (weiter-) zu entwickeln. Diese sollen exemplarisch für zwei Modellkommunen konkretisiert und darauf aufbauend in Form eines Leitfadens verallgemeinernd beschrieben werden.

1.1 Begriffsklärung

1.1.1 Bürgerschaftliches Engagement

Es gibt keine allgemeingültige Definition. Vielmehr existieren zahlreiche Definitionsversuche nebeneinander. Hummel erklärt dazu: *„Bürgerschaftliches Engagement ist kein eindeutig definiertes, bestimmbares und ausschließlich sichtbares Verhalten. Es umfasst reale Tätigkeitsanteile sowie sinnhafte Deutungen und symbolisches Handeln. Es besteht sowohl im Handeln und der Einstellung des Bürgers als auch der Definitionszuweisung, Begrifflichkeit und Wertschätzung durch die Gesellschaft“* (Hummel 1999, S. 239, vgl. auch Roß; Klie 2004).

Der normativ besetzte Begriff „bürgerschaftliches Engagement“ tritt heute einerseits an die Stelle des Begriffes „Ehrenamt“, der in manchen Ohren ein wenig verstaubt klingt und durch Image- sowie Akzeptanzprobleme geschwächt ist, und ist andererseits weiter gefasst als dieser. Er fungiert als eine Art „Trendbegriff“, der den durch Individualisierungs- und Pluralisierungstendenzen wandelnden gesellschaftlichen Strukturen Rechnung tragen und neue Formen gesellschaftlichen Engagements einschließen will.

„Im Unterschied zum ‚Ehrenamt‘ steht ‚bürgerschaftliches Engagement‘ in einer demokratisch-republikanischen Tradition und verweist somit auf den Zusammenhang von Gemeinwesen, Gemeinsinn und Partizipation als aktiver Teilhabe am politischen, gesellschaftlichen und sozialen Leben“ (vgl. Zimmer 2007).

Damit ist „bürgerschaftliches Engagement“ ein Oberbegriff für die komplexe Debatte um Möglichkeiten der Beteiligung von Bürger/innen an öffentlichen Belangen. Der Begriff setzt auf der Ebene des Einzelnen an und bezieht sich auf individuelle Aktivitäten, d. h. auf eine Vielfalt von mitgliedschaftlichen und gemeinwohlorientierten Unternehmungen (vgl. Zimmer 2002). Nach Backhaus-Maul u. a. umfasst der Begriff ein vielfältiges Spektrum von Beteiligungs- und Mitwirkungsformen, mit denen sich Bürger/innen über ihren unmittelbaren persönlichen Lebenskreis hinaus in das kulturelle, soziale und politische Geschehen einbringen (Backhaus-Maul; Jakob; Olk 2003, S. 293). Damit sind ebenso traditionelle Formen des Ehrenamts gemeint wie neue Formen des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe. Zum Spektrum gehören (vgl.

z. B. Zimmer 2002, Roth 2001, Landsiedel 2005, Sozialministerium Baden-Württemberg 2004):

- Politische Beteiligung durch Mitgliedschaft und ehrenamtliche Tätigkeit in Parteien, Verbänden, politischen Gremien, u. ä.,
- die Mitgestaltung bei der Stadtentwicklungsplanung, das Engagement in Bürgerinitiativen und andere Formen politischer Teilhabe,
- die freiwillige bzw. ehrenamtliche Wahrnehmung öffentlicher Funktionen,
- Mitgliedschaft und ehrenamtliche Tätigkeit z. B. in Kirchen, Sport- oder Kulturvereinen und ähnlichen Organisationen,
- die freiwillige unbezahlte Mitarbeit in gemeinwohlorientierten Einrichtungen wie Krankenhäusern, Schulen, Museen, Bibliotheken,
- verschiedene Formen direktdemokratischer Bürgerbeteiligung wie etwa im Rahmen von Volksbegehren und Volksentscheiden,
- die Beteiligung an Protestaktionen, in ökologischen Initiativen wie der Anti-Atom-Kraft-Bewegung, in Bürgerinitiativen, Wohlfahrtsverbänden, Frauenrechtsorganisationen oder Lokalen Agenda-Prozessen, das Leisten eines Freiwilligen Sozialen oder Ökologischen Jahres u. ä.,
- klassische und neue Formen der gemeinschaftsorientierten, von Solidarvorstellungen geprägten Erwerbs- und Eigenarbeit wie die traditionelle Nachbarschaftshilfe, die Arbeit in Genossenschaften oder Seniorenservice-Zentren wobei die Grenzen zur Erwerbsarbeit fließend sind und die Intention der Projekte mehrdimensional ist,
- klassische und neue Formen von gemeinschaftlicher Selbsthilfe und andere gemeinschaftsbezogene Aktivitäten, wie bspw. Selbsthilfegruppen für spezifische Krankheitsbilder aber auch Kinder- und Jugendarbeit von Sportvereinen,
- das Stiften von Geld oder Sachspenden.

Auch politische Partizipation ist Bestandteil von bürgerschaftlichem Engagement und spielt zum Beispiel in Lokalen Agenda-Prozessen eine entscheidende Rolle. Partizipation (oder auch Teilhabe) gehört zu den Handlungs- und Organisationsprinzipien demokratischer Gesellschaften (vgl. Wolf 2005). Doch so wie der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements nicht eindeutig definiert ist, gibt es auch keinen allgemeingültigen Partizipationsbegriff. Meist wird er synonym zum Begriff der Bürgerbeteiligung verwendet. Ziel ist, dass Bürger/innen Einfluss auf Entscheidungen nehmen, die auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems getroffen werden.

Bürgerschaftliches Engagement beinhaltet eine spezifische Dimension von Engagement. Der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung von bürgerschaftlichem Engagement (AG/BE 2000) zufolge ist ehrenamtliche Vereinsarbeit etwa dann bürgerschaftlich, wenn sie als Chance für die Integration von Menschen mit sozialen Problemen genutzt wird. Selbsthilfe kann als bürgerschaftlich bezeichnet werden, wenn eine Gruppe über die Unterstützung ihrer Mitglieder hinaus ihre Erfahrungen und Kompetenzen an andere Bürger/innen weitergibt. Christliches Ehrenamt ist bürgerschaftliches Engagement, wenn die Gemeinde nicht isoliert, sondern als Teil des Gemeinwesens verstanden wird und Mitverantwortung für die Mitgestaltung des Lebensraums trägt. Bürgerinitiativen fallen in den Bereich des bürgerschaftlichen Engagements, wenn sie nicht auf Partikularinteressen beschränkt bleiben und einzelne Anliegen nicht ohne Rücksicht auf Belange anderer Akteure durchzusetzen versuchen, sondern den Gesamtzusammenhang des jeweiligen Problems und die Auswirkungen ihrer Engagements berücksichtigen.

Der Enquetekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Bundestags zufolge ist bürgerschaftliches Engagement dadurch charakterisiert, dass es freiwillig ist, nicht auf materiellen Gewinn gerichtet, gemeinwohlorientiert und öffentlich, bzw. im öffentlichen Raum stattfindet. Es wird normalerweise kooperativ ausgeübt und erzeugt soziales Kapital¹, demokratische Kompetenz und informelle Lernprozesse (vgl.

¹ Soziales Kapital bezeichnet das Vertrauen, die Solidarität und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit, die für eine funktionierende Gesellschaft unabdingbar sind.

BMFSFJ 2005). Die AG/BE charakterisiert und systematisiert den Begriff des bürgerschaftlichen Engagements anhand von folgenden Merkmalen (vgl. AG/BE 2000, S. 79):

- Die Gründe für das Interesse, sich bürgerschaftlich zu engagieren können sehr verschiedenen sein. Es können sowohl die Belange anderer als auch eigene Anliegen im Vordergrund stehen.
- Bürgerschaftliches Engagement übernimmt häufig Verantwortung für den unmittelbaren öffentlichen Lebensraum (Nachbarschaft, Gemeinde, Stadt).
- Bürgerschaftliche Aktivitäten sind meist durch gemeinsames Handeln von Bürger/innen gekennzeichnet. Sie wirken damit gemeinschaftsstiftend und beleben das soziale Miteinander.
- Die konkreten Bezugspunkte für bürgerschaftliches Engagement sind zwar in der Regel lokal, das Engagement wird jedoch in einen größeren Zusammenhang gestellt. So geht es zum Beispiel um das Bemühen um soziale Gerechtigkeit, um Umweltschutz o. ä.
- Bürgerschaftliches Engagement wird von den Bürger/innen selbst entwickelt und lebt von ihrem Wissen, ihren Fähigkeiten, ihrem Interesse.
- Bürger/innen, Verwaltung, Politik, beruflich tätige Fachleuten und Verbänden übernehmen gemeinsam gesellschaftliche Verantwortung und zwar in einer gleichberechtigten Kooperation, in der die Interessen ausgehandelt werden.
- Die demokratische Teilhabe aller Bürger/innen bei der Gestaltung des Lebensraums richtet sich nicht gegen bestimmte Gruppen, schließt niemanden aus und versucht möglichst viele Mitwirkende zu gewinnen.

Kistler und Schäfer-Walkmann (1999) stellen fest, dass auch innerhalb des klassischen Ehrenamts keine ausreichend große strukturelle Ähnlichkeit besteht, als dass die verschiedenen Engagementformen einfach additiv behandelt werden könnten. Sie kritisieren, dass in den verschiedenen wissenschaftlichen Zugängen zum Themenfeld den Unterschieden zu wenig Aufmerksamkeit gezollt wird. „Was gegenwärtig alles unter

den irrlichternden Begriffen ‚Ehrenamt‘ oder ‚Zivilgesellschaft‘ propagiert wird, muss von daher nicht das Gleiche sein und bedarf einer nicht nur begrifflichen Klärung“ (ebd., S. 51). Evers (1999) konstatiert, dass in der Engagementdebatte das Präfix „bürgerschaftlich“ gegenüber „freiwillig“ und „sozial“ zunehmend verstärkt gebraucht wird und erkennt hinter diesem Begriffswandel eine Stärkung des politischen Aspektes von Engagement.

Der Freiwilligensurvey bezeichnet die aktive öffentliche Beteiligung als „Gemeinschaftsaktivität“, die zwar noch kein freiwilliges Engagement als solches darstellt, oft aber die Voraussetzung dafür ist. Ein Beispiel dafür: *„Eine Person, die z. B. in einer Mannschaft im Sportverein spielt oder sich an einer Freizeitgruppe beteiligt, ist gemeinschaftlich aktiv. Wird diese Person im Verein auf eine Trainerfunktion hin angesprochen, übernimmt sie damit eine qualitativ andere Tätigkeitsform, die der Freiwilligensurvey als freiwilliges Engagement bezeichnet. Das betrifft auch die erwähnte Person in der Freizeitgruppe, wenn sie z. B. die Funktion des Kassenwarts ausübt.“* (BMFSFJ 2005, S. 49). Allerdings stellen viele Tätigkeiten, die unter die Kategorie freiwilliges Engagement fallen, keine sozusagen formell definierten Ämter oder Funktionen dar. Diese Aktivitäten sind häufig weniger sichtbar aber dennoch nicht weniger gemeinwohlstiftend. Durch die Bezeichnung „bürgerschaftliches Engagement“ wird die besondere zivilgesellschaftliche Bedeutung von freiwilligem Engagement hervorgehoben (vgl. ebd.).

Unser Verständnis von bürgerschaftlichem Engagement schließt sich an die Definition der Enquetekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Bundestags an.

Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen

Die Enquetekommission verwendet den Begriff des Bürgerschaftlichen Engagements ebenfalls für Aktivitäten von Unternehmen. Dieses bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen meint neben den Konzepten Corporate Citizenship und Corporate Social Responsibility auch eine Vielfalt an möglichen Maßnahmen und Aktivitäten von Unternehmen in der Gesellschaft, die über die reine Geschäftstätigkeit hinausgehen, aber nicht mit bestimmten Konzepten bezeichnet werden. Anliegen der Enquete-

Kommission war es die verschiedenen Mitgestaltungsmöglichkeiten für Unternehmen für ein demokratisches Gemeinwesen aufzuzeigen (vgl. Dött u. a. 2002, S. 13).

Im Folgenden sollen die Konzepte Corporate Citizenship und Corporate Social Responsibility näher vorgestellt werden, da sie in den letzten Jahren zunehmend in Diskussionen und Aktivitäten in der Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und weiteren Öffentlichkeit verwendet werden. Dies erfolgt allerdings überwiegend uneindeutig und unsystematisch. Beide Begriffe bzw. Konzepte stammen ursprünglich aus den USA. Über Großbritannien gelangte die Corporate Social Responsibility-Debatte auch nach Europa. In den einzelnen europäischen Mitgliedsstaaten weicht das Verständnis von Corporate Social Responsibility mehr oder weniger voneinander ab, ebenso die Art der Instrumente und Verbreitung von Praktiken sowie die Verankerung einer nationalen Strategie auf politischer Ebene ist unterschiedlich (vgl. dazu z. B. European Communities 2004, Pommerening 2005, S. 10, Bertelsmann Stiftung 2006).

Corporate Social Responsibility

Der Beginn der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Corporate Social Responsibility kann dort in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts verortet werden. Die Frage, inwieweit Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung tragen, wurde zunächst primär normativ und wertbeladen diskutiert (vgl. z. B. Bowen 1953, S. 6). Der normative Grundgedanke des Corporate Social Responsibility besteht darin, Unternehmen als Teil der Gesellschaft anzusehen, gegenüber der man sich sozial verantwortlich zu verhalten habe. Dieses Verhalten hat sich an Gesetzen und auch an ethischen Gesichtspunkten auszurichten. Nach Davis (1960) bezieht sich Social Responsibility auf „*businesses' decisions and actions taken for reasons at least partially beyond the firm's direct economic or technical interest*“ (ebd., S. 70). In der historischen Entwicklung des Konzepts folgten daraus außerdem strategische Überlegungen zur konkreteren Ausgestaltung der unternehmerischen Verantwortung in der Gesellschaft sowie Fragen zur Messbarkeit (vgl. für einen umfassenden Überblick Carroll 1999).

Diese Weiterentwicklung des Corporate Social Responsibility-Ansatzes steht mit dem Begriff „Corporate Social Responsiveness“ in Verbindung. Vertreter dieser Richtung

versuchen, anwendungsorientierte Strategien zur Wahrnehmung unternehmerischer Verantwortung unter Berücksichtigung der Wechselwirkungen von Unternehmen und der sozialen Umwelt zu entwickeln (vgl. z. B. Preston; Post 1975; Frederick 1978; Epstein 1987).

Die Notwendigkeit, Akteure und Anspruchsgruppen der externen Umwelt in die Unternehmensentscheidungen und -aktivitäten einzubeziehen wird insbesondere mit der zunehmenden Komplexität und Dynamik der Umweltbedingungen begründet (vgl. z. B. Freeman 1984, S. 27). Die Berücksichtigung der Unternehmensumwelt im Management, wie z. B. Lieferanten, Bürgerinitiativen, Staat und Kund/innen, findet in der Stakeholdertheorie eine theoretische Fundierung (vgl. z. B. Freeman 1984, Mitchell u. a. 1997).

Die Operationalisierung und Analyse unternehmerischen Verhaltens wird seit den 1970er Jahren auch unter dem Begriff Corporate Social Performance (CSP) diskutiert (vgl. z. B. Carroll 1979, Wood 1991a und 1991b). Hierbei steht vor allem die Frage nach geeigneten Methoden zur Bewertung von Corporate Social Responsibility im Mittelpunkt. Wood (1991a) unterscheidet diesbezüglich zwischen Prozessen, Prinzipien und Ergebnissen, Corporate Social Performance bezeichnet er als *„a business organization`s configuration of principles of social responsibility, processes of social responsiveness, and policies, programs, an observable outcomes as they relate to the firm`s societal relationships“* (ebd, S. 693).

Die Entwicklung des Corporate Social Responsibility-Gedankens auf der Ebene der Europäischen Union fand ihren Ausgangspunkt in der „Lissabon-Strategie“, die im März 2000 verabschiedet wurde. Das darin formulierte Ziel lautet, die EU bis 2010 zum *„wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen - einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“* (Europäischer Rat 2000, S. 3). Corporate Social Responsibility wird dabei als ein Baustein zur Verwirklichung dieser Ziele gesehen (vgl. Europäische Kommission 2001a, S. 5). In dem 2001 veröffentlichten Grünbuch definiert die EU-Kommission Corporate Social Responsibility als *„ein Konzept, das den Unternehmen*

als Grundlage dient, auf freiwilliger Basis soziale Belange und Umweltbelange in ihre Unternehmenstätigkeit und in ihre Wechselbeziehungen mit den Stakeholdern zu integrieren“ (Europäische Kommission 2001a, S. 5).

Nach diesem Verständnis handelt es sich weitgehend um eine *„freiwillige Verpflichtung der Unternehmen auf eine bessere Gesellschaft und eine sauberere Umwelt hinzuwirken“* (Europäische Kommission 2001a, S. 1). Corporate Social Responsibility bedeute, dass Unternehmen *„nicht nur die gesetzlichen Bestimmungen einhalten, sondern über die bloße Gesetzeskonformität hinaus ´mehr` investieren in Humankapital, in die Umwelt und in die Beziehungen zu anderen Stakeholdern“* (Europäische Kommission 2001a, S. 7, vgl. dazu auch Europäische Kommission 2006, S. 6).

Corporate Citizenship

Der Begriff Corporate Citizenship wird seit ungefähr Anfang 1980er Jahre in den USA im Zusammenhang mit der Rolle von Unternehmen in der Gesellschaft diskutiert (vgl. Backhaus-Maul 2005). Den Unternehmen wird im Rahmen des Corporate Citizenship-Konzepts die Rolle des guten Bürgers mit seinen Rechten und Pflichten im Gemeinwesen zugesprochen. Dies bedeutet Mitgestaltung und Mitverantwortung in der Gesellschaft zugleich (vgl. Westebbe; Logan 1995, S. 13, Damm; Lang 2001, S. 19). Habisch (2003) definiert Corporate Citizenship als *„unternehmerisches Bürgerengagement“* und bezeichnet *„Aktivitäten, mit deren Hilfe Unternehmen selbst in ihr gesellschaftliches Umfeld investieren und ordnungspolitische Mitverantwortung übernehmen“* (ebd., S. 58). Die Verknüpfung zwischen Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship könne dann darin gesehen werden, dass Corporate Citizenship-Aktivitäten, die nach außen gerichtete gesellschaftlich-soziale Komponente von Corporate Social Responsibility darstellt (vgl. Habisch 2003, S. 58).

Die strategische Ausrichtung betonen Westebbe und Logan (1995) in ihrem Verständnis von Corporate Citizenship als *„das gesamte koordinierte, einer einheitlichen Strategie folgende und über die eigentliche Geschäftstätigkeit hinausgehende Engagement eines Unternehmens zur Lösung gesellschaftlicher Probleme“* (ebd., S. 13).

Verständnis in der Praxis

Eine Befragung von Praktikern aus Unternehmen zu ihrem Verständnis von „gesellschaftlicher Verantwortung von Unternehmen“ zeigt, dass damit eher eine unternehmensinterne Sichtweise verbunden wird. Je 38 % antworten, dass sich die Verantwortung primär auf die Mitarbeiter bzw. die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen beziehe (vgl. Bertelsmann Stiftung 2005, S. 6). Diese Ansicht vertreten vor allem die kleineren Unternehmen. Ebenfalls findet die Aussage, dass soziale und ökologische Aspekte in die Unternehmenstätigkeit einbezogen werden sollten von den befragten Unternehmen eine hohe Zustimmung – vor allem bei großen Unternehmen, was möglicherweise auf deren internationale Ausrichtung und Börsennotierung zurückgeführt werden könne (vgl. Bertelsmann Stiftung 2005, S. 7f.). Demgegenüber wird Engagement z. B. im regionalen/lokalen Umfeld, in Bereichen der Umwelt, Kultur, Wissenschaft und Sport von deutlich weniger der befragten Unternehmensvertreter/innen (zwischen 9 und 14 %) mit der Frage verbunden (vgl. Bertelsmann Stiftung 2005, S. 6). Aufgrund der verschiedenen Verständnisse und Verwendungszusammenhänge der Begrifflichkeiten, die anhand der vorangegangenen Darstellungen ansatzweise deutlich werden sollten, möchten wir in der vorliegenden Arbeit mit dem Begriff des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen arbeiten. Dieser soll sowohl die Konzepte Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship als auch soziale und gesellschaftliche Aktivitäten, die über die reine Geschäftstätigkeit hinausgehen, umfassen, auch wenn sie nicht in ein umfassenderes Konzept strategisch eingebettet sind.

1.1.2 Die drei Sektoren: Staat, Wirtschaft und Dritter Sektor

Weniger schwammig als der Begriff des „bürgerschaftlichen Engagements“ – wenn auch nicht ganz eindeutig – sind die Bezeichnungen der drei Sektoren, mit deren Zusammenarbeit sich das Projekt „Kooperationsnetzwerke und bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen“ befasst: Staat, Wirtschaft und Dritter Sektor.

Staat

Der Staat umfasst sowohl den Bereich Politik als auch den Bereich Verwaltung. Politische Akteure und Organe unterscheiden sich von denjenigen in der Verwaltung. Hier muss genau differenziert werden, wer jeweils in welcher Funktion angesprochen werden soll.

Wirtschaft

Im Bereich Wirtschaft geht es sowohl um das Engagement von Unternehmen und Unternehmer/innen als auch darum, inwiefern sie das Engagement ihrer Mitarbeiter/innen fördern. Allerdings sind auch hier die Grenzen nicht immer scharf gezogen. So kann ein Mitarbeiter, der freigestellt wird, um sich als Bürger zu engagieren, durchaus auch im Dritten Sektor betrachtet werden. Das gleiche gilt für Unternehmer und Unternehmerinnen, die beispielsweise in einem Wirtschafts- oder Gewerbeverein oder anderen Engagementbereichen aktiv sind.

Mit dem Unternehmensbegriff beziehen wir uns auf Unternehmen des privaten Rechts, die Leistungen erbringen und Gewinnerzielungsabsichten verfolgen. Nicht gemeint sind Unternehmen öffentlichen Rechts (z. B. Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts).

Dritter Sektor

Für den Bereich, der durch die Bürgerinnen und Bürger repräsentiert wird, gibt es mehrere synonym verwendete Bezeichnungen. Insbesondere sind dies „Dritter Sektor“ sowie „Zivilgesellschaft“. Wenngleich der Begriff „Dritter Sektor“ nicht sehr ansprechend wirkt, so ist er doch eindeutiger als der Begriff der „Zivilgesellschaft“, der zwei Bedeutungen hat: Neben dem hier gemeinten Gesellschaftsbereich zwischen staatlicher, wirtschaftlicher und privater Sphäre steht der Begriff auch übergreifend für eine Entwicklungsrichtung von Gesellschaften, die mit Zivilisierung und Demokratisierung umschrieben werden kann und Governance-Konzepte verfolgt. Für diese zweite Bedeutung wird synonym auch der Begriff der Bürgergesellschaft verwendet. Auch dieser Begriff weckt einerseits Sympathien und ist Partei übergreifend konsensfähig, bleibt

aber andererseits inhaltlich unscharf: Es fehlen konsistente und ausgearbeitete Konzepte auf der politischen Handlungsebene (vgl. Roß; Klie 2004).

Anheier (1999) argumentiert gegen die Verwendung des Begriffs „Zivilgesellschaft“ wenn der Dritte Sektor gemeint ist, da Bürger nicht nur im und durch den Dritten Sektor im zivilgesellschaftlichen Sinne handeln.

Engagement im Bereich des Dritten Sektors ist bürgerschaftliches Engagement. Der Umkehrschluss gilt jedoch nicht, da bürgerschaftliches Engagement weiter gefasst ist. Es schließt z. B. auch Formen direkter Demokratie (Bürgerentscheide, Direktwahl des Bürgermeisters u. ä.), unbezahlte gemeinwohlorientierte Mitarbeit in öffentlichen Institutionen und klassische ehrenamtliche Tätigkeiten in Verwaltungen und im Staatsdienst wie z. B. die Wahrnehmung von Schöffen-Aufgaben oder Engagement in der freiwilligen Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk oder Rettungsdiensten etc. mit ein (vgl. Zimmer 2002). Der Begriff „Dritter Sektor“ bezieht sich demgegenüber eher auf die Meso-Ebene der Organisationen. Er grenzt sich von der Verwaltungsebene durch ein geringeres Maß an Amtlichkeit ab und vom wirtschaftlichen Bereich dadurch, dass keine kommerziellen Interessen verfolgt werden (vgl. Zimmer 2002).

Der Dritte Sektor kann noch einmal unterteilt werden: Zum einen in den durch Verbands-, Vereins- oder ähnliche Strukturen (Sport- und Kulturvereine, Einrichtungen der Selbsthilfe etc.) organisierten Bereich, und zum anderen in den Bereich der informellen bürgerschaftlichen Aktivitäten wie zum Beispiel nachbarschaftliche Dienste, die kaum messbar sind.

1.2 Die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements

Grundlage von demokratischen Gesellschaften

Die Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern zum politischen und gesellschaftlichen Engagement ist wichtige Grundlage einer Demokratie. Eith (2004) erkennt, dass dieser Grundsatz vor dem Hintergrund der politischen Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit reflektiert werden muss: In vielen westlichen Demokratien sind zurückgehende Wahlbeteiligungsquoten und Politikverdrossenheit zu beobachten. In den noch jungen

Demokratien Mittel- und Osteuropas sind Probleme und Defizite im demokratischen Transformationsprozess erkennbar. Hier birgt bürgerschaftliches Engagement die Chance, die Qualität politischer Entscheidungen zu verbessern, da die zivilgesellschaftlichen Akteure spezifischen Sachverstand beitragen und bewirken können, dass politische Entscheidungen möglichst nah an den Interessen der Betroffenen gefällt werden. Dies muss aber auch gewollt und gefördert werden: Durch Bürgerbeteiligung werden die bestehenden Strukturen durchlässiger, vielfältiger und lebendiger. Es steigen aber auch Aufwand und Kosten von Entscheidungsprozessen und die Prozesse zu steuern wird komplizierter (vgl. Eith 2004 sowie Röbbke 2005). *„Beim bürgerschaftlichen Engagement geht es in der Konsequenz um neu austarierete Verantwortungsmixturen, um einen Rollenwandel gesellschaftlicher Akteure, um neue Strukturen bzw. Prozeduren des Zusammenspiels gesellschaftlicher Felder“* (Roß; Klie 2004, S. 98).

Das politische Interesse an bürgerschaftlichem Engagement sehen Sachße (2002) sowie Anheier und Toepler (2002) unter anderem in der sich verändernden Rolle des Staates und in der Krise des herkömmlichen Systems wohlfahrtsstaatlicher Sicherung in Deutschland begründet. Die Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten sind zwischen Staat und Bürger neu zu verhandeln. Bürgerschaftliches Engagement wird also im Zusammenhang mit einer Neukonzeption des Sozialstaates und vor dem Hintergrund einer strukturellen Massenarbeitslosigkeit diskutiert. Zukünftig soll nicht nur der Staat für die Erbringung von Wohlfahrt (soziale Unterstützungsleistungen) zuständig sein, sondern auch zivilgesellschaftliche Organisationen, Bürger/innen und die Wirtschaft. Der Beteiligung der Bürger wird ein neuer Stellenwert im Bereich gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme zugeschrieben (vgl. auch Munsch 2003).

Zunahme des Engagementpotenzials

Dem letzten Freiwilligensurvey zufolge hat das freiwillige Engagement in Ostdeutschland zwischen 1999 und 2004 von 28 auf 31 % deutlich zugenommen. Ebenso deutlich ist das Engagementpotenzial gestiegen (vgl. BMFSFJ 2005). Die Infrastruktur des freiwilligen Engagements ist dichter geworden, *„so dass sich noch 1999 zu beobach-*

tende Unterschiede zwischen neuen und alten Ländern deutlich verringert haben“ (ebd., S. 26).

Anheier und Toepler (2002) stellen fest, dass sich zwar die Zahl der Vereine und die Zahl der Mitgliedschaften insgesamt erhöht, die Mitgliederzahlen der Großverbände, Parteien und Gewerkschaften in den meisten europäischen Ländern aber seit Jahren zurückgehen. Die Vereinsdichte hat sich in Deutschland, Frankreich und Österreich seit den 1960ern etwa verdreifacht. Das heißt, die Bürger Europas werden häufiger Mitglied in mehr existierenden Vereinen, aber seltener in Großvereinen – die Vereinslandschaft verändert sich dahingehend, dass die Bedeutung großer sozialer Aggregate zurückgeht (vgl. ebd.).

Zukunftsfähigkeit

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels müssen sich postmoderne Gesellschaften um Gerechtigkeit zwischen den Generationen bemühen. Außerdem sind Geschlechtergerechtigkeit und Integration der Kulturen immer noch aktuelle Themen. Erwerbs- und Familienarbeit müssen Neubewertet und –verteilt, nachhaltige Lebens- und Konsumstile entwickelt werden. Über die klassischen staatlichen Instrumente bzw. über die Mechanismen des Marktes lassen sich diese Aufgaben nicht bewältigen (vgl. AG/BE 2000). Daher erscheint bürgerschaftliches Engagement, an dem sich möglichst viele beteiligen, als notwendige Voraussetzung zukunftsfähiger Gesellschaftsentwicklungen. Für das Individuum ist es eine Alternative zum oft als unbefriedigend empfundenen Rückzug ins Private. Seine zivilgesellschaftliche Dimension erhält bürgerschaftliches Engagement dadurch, dass es sich darum bemüht, das soziale Miteinander in der Gesellschaft und die demokratische Teilhabe möglichst vieler Menschen zu stärken (vgl. ebd., S. 85).

Sozialpolitik

Bürgerschaftliches Engagement wird häufig als Lösung für Probleme, die durch demographische Veränderungen entstehen, diskutiert. Familienpolitik kann durch bürgerschaftliche Projekte unterstützt werden (zum Beispiel durch Vorlesepatenschaften, ehrenamtliche Hausaufgabenhilfen usw.). Auch im Pflegebereich wird bürgerschaftliches

Engagement verstärkt gefördert. Das Pflegeleistungsergänzungsgesetz unterstützt die Betreuung demenzkranker Angehöriger durch ehrenamtliche Helferkreise und ermöglicht damit eine wohnort- und familiennahe Versorgung von Familienangehörigen. So gibt es bereits Wohngemeinschaften von Demenzkranken, die im Wechsel von medizinischen Fachkräften, Angehörigen und Ehrenamtlichen betreut werden – kostengünstiger als in Heimen bei einer höheren Zufriedenheit der Betreuten und Angehörigen (vgl. Rübke 2005, S. 98). Trojan und Legewie (2001) schlagen vor, dass Bund und Länder ein Programm von Diskussionsforen zur Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebens- und Umweltbedingungen und ein Modellprogramm „Bürgerengagement bei der Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebens- und Umweltbedingungen“ auflegen. Informationskampagnen seien für eine wirksame Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebensbedingungen nicht ausreichend (vgl. auch Legewie; Janßen 1996).

Bürgergesellschaft und Strukturwandel

Die Bürgerkommune ist das Schlagwort für ein lokales Gemeinwesen, das dadurch gekennzeichnet ist, dass zentrale Akteure aus dem öffentlichen Bereich, der Wirtschaft und dem Dritten Sektor gemeinsam für gemeinwohlbezogene Aufgaben Verantwortung übernehmen und sich darum bemühen, dass möglichst viele Bürger/innen an der zukunftsfähigen Gestaltung der Kommune beteiligt werden. Der Bürgergesellschaft wird dabei zugesprochen, dass sie im Sinne einer Kontrollinstanz eine Art „Gegenmacht“ gegenüber der Regierung und der Verwaltung bildet und zwar als ein Netzwerk von selbstorganisierten, freiwilligen Assoziationen (vgl. Enquete-Kommission 2003a sowie Zimmer 2002).

Mielke (2004) sieht den Ursprung der Debatte um die Bürgergesellschaft, die etwa seit der Jahrtausendwende intensiv geführt wird, in krisenhaften Entwicklungen von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Dies gilt für die als destruktiv wahrgenommenen Folgen von Individualisierungs- und Pluralisierungsprozessen in der modernen Gesellschaft wie für die Zukunft der Arbeitsgesellschaft, die durch eine abnehmende Bedeutung der Erwerbsarbeit gekennzeichnet scheint, für die Reform des Sozialstaats und auch für die Krise und Zukunft der Demokratie. Der Modernisierungsschub, der seit den 1970er

Jahren die gesellschaftliche Entwicklung der BRD beeinflusst, hat neue Formen sozialer Bewegungen und Initiativen mit sich gebracht. Auch in der DDR waren Prozesse der Pluralisierung von Lebensstilen und der Herausbildung neuer sozialer Milieus wirksam. Ohne diese Ausdifferenzierung wäre die Übereinstimmung von mehr als 90 % der Ostdeutschen mit den normativen Grundprinzipien eines demokratischen Systems kaum möglich gewesen (vgl. Probst 2003, S. 46). Bedingt durch den gesellschaftlichen Wertewandel, Pluralisierungs-, Individualisierungs- und Entgrenzungstendenzen ist ein Strukturwandel des Ehrenamts zu beobachten und ein Wandel in den Motiven, sich zu engagieren. Die Bürger/innen verweigern sich nicht der Verantwortung und dem Engagement, sondern suchen nach neuen Formen, sich einzubringen (vgl. Hacket; Mutz 2002 sowie Kühnlein; Mutz 1999). Informelle Strukturen des Engagements sind entstanden, die ein hohes Maß an Beweglichkeit und Gestaltungsmöglichkeiten bieten. Die zeitliche Verbindlichkeit des Engagements wandelt sich mit den zunehmenden sporadischen und selbstorganisierten Engagementformen – zwar nimmt regelmäßiges Engagement absolut leicht zu, sein Anteil sinkt jedoch angesichts des deutlich gestiegenen zeitlich befristeten Engagements: *„Es gibt eine wesentlich geringer gewordene Bereitschaft, sich in dauerhafter und kontinuierlicher Form zu engagieren, insbesondere dann, wenn es sich bei den Engagements um Aktivitäten handelt, die ein Eintreten für übergeordnete, der Allgemeinheit dienende Zwecke bedeutet. In Umkehrung dazu gibt es aber eine deutlich gestiegene Bereitschaft in quantitativer und qualitativer Form für ein Bürgerengagement in neuen, primär informellen Strukturen, möglichst ohne Rechtsform mit egoistischen, interessenpartikularistischen Komponenten, bei denen sich die Mitglieder vielfach in ad hoc-Zusammenschlüssen nur für eine bestimmte Zeit und räumlich begrenzt zusammenfinden“* (Jung 1994, S. 55, vgl. auch Hacket; Mutz 2002). Dem Soziökonomischen Panel zufolge sind viele Aktive heutzutage nicht länger als ein oder zwei Jahre ehrenamtlich tätig.

Pluralisierungstendenzen

Bürgerschaftlichem Engagement liegt eine Vielzahl unterschiedlicher Motivationen und Handlungsformen zugrunde. Mit dem Strukturwandel, der an die veränderten Bedürfnislagen der Menschen und an die Anforderungen der individualisierten Gesellschaft

angepasst ist, verändert sich auch die Organisationsstruktur: Die großen Wohlfahrtsverbände verlieren relativ an Bedeutung, die Zahl der nicht-staatlichen (NGOs) und nicht-profit-orientierten Organisationen (NPOs) steigt (vgl. Hacket; Mutz 2002). Durch die **Pluralisierung der Engagementformen** löst sich die starre Grenze zur Erwerbsarbeit auf: Die Engagementformen werden einerseits professionalisierter, andererseits dringen neue Engagementformen in die Erwerbsarbeit ein. Die strikte Trennung zwischen bürgerschaftlichen Tätigkeiten und dem ersten und zweiten Arbeitsmarkt erweist sich Klein (2004) zufolge nicht als hilfreich, da sich innovative „hybride Organisationen“ herausgebildet haben, die erfolgreich Brücken zwischen Erwerbsarbeit, öffentlichem Beschäftigungssektor und freiwilligem Engagement schlagen.

Freiwilliges Engagement löst sich zudem aus den sozialen Figurationen traditioneller Milieubindung heraus. Wie der Freiwilligensurvey (BMFSFJ 2005) erkennt auch Keupp (2003) eine Diskrepanz zwischen *„der Erosion von Engagementbereitschaft bei traditionellen Institutionen und dem wachsenden Engagement in anderen Feldern freiwilliger Tätigkeit“* (ebd., S. 14). Soziales Engagement geht nicht verloren, sondern es findet ein *„Formwandel sozialer Integration“* (Habermas 1998) statt. Ein eher projektorientiertes Engagement tritt an die Stelle von kontinuierlichen Formen des Engagements. Politische Aktivitäten, zum Beispiel Engagement in Parteien, Gewerkschaften oder Bürgerinitiativen, nehmen tendenziell ab. Dagegen ist ein zunehmendes Engagement in Vereinen, Selbsthilfeinitiativen und neuen institutionellen Formen bürgerschaftlichen Engagements (zum Beispiel in Freiwilligenagenturen, Tauschringen etc.) zu beobachten.

Auch zeichnet sich ein Motivationswandel ab. Der Gemeinschaftsaspekt des Engagements steigt, die Aufgaben sollen „Spaß machen“ und zum Kontakt mit anderen Menschen führen. Motive können sich während der Tätigkeit verändern und durch zusätzliche Motive ergänzt werden. In der Regel gibt nicht ein einzelnes Motiv den Anstoß für das Engagement, sondern ein Bündel von Motiven (vgl. dazu auch Kap. 2.3.1).

Gerade angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Globalisierung, der Krise des Wohlfahrtsstaats und eines Legitimationsverlusts demokratischer Regierungen erhalten Fragen gesellschaftlicher Transparenz, Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung sowie das Maß an Verantwortung des Einzelnen für sich selbst und für die Gesellschaftsgestal-

tung einen neuen Stellenwert. Dies belebt die Bedeutung der Zivilgesellschaft bzw. des bürgerschaftlichem Engagements. Bürgerschaftliches Engagement entsteht als Bemühen „*Auswege aus der aktuellen Krisensituation zu finden*“ und kann als „*Ausdruck für die Unzufriedenheit des Bürgers mit der gegenwärtigen Politik*“ sowie als Versuch, Druck auf deren Veränderung auszuüben, betrachtet werden (vgl. Priller 2002, S. 40; vgl. zur Motivation für bürgerschaftliches Engagement auch Kap. 2.3).

Beitrag des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen

Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen ist weit verbreitet, laut einer Hochrechnung engagieren sich knapp 83 % der Unternehmen in Deutschland auf vielfältige Weise (vgl. IfM 2002, S. 1).

Unternehmen unterstützen durch ihr Engagement die Sozialpolitik und die Arbeitsmarktpolitik und fördern Bürgerengagement (vgl. Habisch; Schmidpeter 2001).

Der Beitrag der Unternehmen liegt nicht zwangsweise in finanziellen Mitteln, sondern kann auch aus Sachmitteln, fachlichem Know-how, Engagement der Mitarbeiter oder den spezifischen Kompetenzen des Unternehmens bestehen. Nach Einschätzung der in der Befragung der Bertelsmann Stiftung befragten Entscheider, ist der Umfang der eingesetzten Ressourcen, sowohl finanzielle als auch personelle Mittel, in den letzten 30 Jahren gestiegen und die Aktivitäten werden zunehmend strategischer gehandhabt (vgl. Bertelsmann Stiftung 2005, S. 14). Wirtschaftsunternehmen können sich aus verschiedenen Motiven gesellschaftlich engagieren bzw. das Bürgerengagement ihrer Mitarbeiter/innen unterstützen. Die damit verbundenen Vorteile sind ebenso vielfältig und können sich auf die unterstützten Einrichtungen des Dritten Sektor, das Gemeinwesen, die Mitarbeiter und das Unternehmen selbst beziehen (vgl. dazu ausführlich Kap. 2.2.1). Unternehmen profitieren beispielsweise von ihren Aktivitäten durch einen Imagegewinn oder durch motivierte Mitarbeiter/innen, die sich über das Engagement weiter qualifizieren (vgl. Roß, Klie 2004; Priller 2002). Eine funktionierende soziale Infrastruktur ist außerdem ein wichtiger Standortfaktor.

Die Spezifika bürgerschaftlichen Engagements und der Zusammenarbeit des Dritten Sektors, Wirtschaft und Verwaltung in kleineren Städten Ostdeutschlands sind noch nicht hinreichend bekannt. Diese Studie möchte einen analytischen Beitrag zu der Fra-

ge leisten, welche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen förderlich sind und wie künftig das Verhältnis von Bürgern und Staat gestaltet werden kann, um eine zukunftsweisende, an den spezifischen ostdeutschen Gegebenheiten orientierte Engagementförderung zu etablieren und die lokalen Infrastrukturen zu stärken.

2 Die drei Sektoren

Bürgerschaftliches Engagement lebt von den Bürger/innen, die sich auf vielfältige Weise für gemeinwohlorientierte Ziele einsetzen. Sie sind die Protagonisten einer funktionierenden „Bürgergesellschaft“, ihr Bürgersinn und ihre Solidarität sind unverzichtbare Bestandteile. Die Bürgergesellschaft stellt dabei *„keinen Gegenentwurf zum Sozialstaat dar, sondern fördert den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die Bürgergesellschaft beschreibt ein Gemeinwesen, in dem Bürgerinnen und Bürger, Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Verbände und Institutionen auf neue, gemeinsam ausgehandelte ‚Verantwortlichkeiten‘ der Erledigung gemeinwohlbezogener Aufgaben setzen.“* (Sozialministerium Baden-Württemberg 2004, S. 10). Das heißt, bürgerschaftliches Engagement kann sich nur als Gemeinschaftsprojekt voll entfalten, zu dem verschiedene gesellschaftliche Akteure einen Beitrag leisten. Bürger/innen übernehmen dabei neue Rollen und wirken als aktive Mitgestalter eines lebendigen und demokratischen Gemeinwesens. Das Handeln derer, die sich für die Menschen in ihrer Umgebung und für den sozialen Zusammenhalt einsetzen, steht im Mittelpunkt des bürgerschaftlichen Engagements. *„Bürgerschaftliches Engagement kann nicht herbeigeredet und erst recht nicht verordnet werden. Es entsteht und wächst aus der Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger. Es kann und muss aber unterstützt werden.“* (Klie u. a. 1999, S. 195, vgl. auch Roß; Klie 2004, S. 94). Um das Potenzial vorhandener Engagementbereitschaft in realisiertes Engagement umzusetzen, bedarf es also Förderung. Immer wieder entsteht bürgerschaftliches Engagement „von unten“, wenn Bürger/innen sich für ihre Ziele einsetzen. Jedoch sind es viele Menschen nicht gewohnt, ihre Belange und Interessen selbst zu verfolgen, weshalb die Länder, Kommunen, Verbände, Fachexperten und Unternehmen aufgefordert sind, bürgerschaftliche Aktivitäten zu unterstützen. Politik und Verwaltung können auf der einen Seite Hindernisse bürgerschaftlichen Engagements reduzieren, indem sie zum Beispiel bürokratische Überregulierungen abbauen, und auf der anderen Seite fördernde Rahmenbedingungen und Foren für Dialog schaffen.

Im bürgerschaftlichen Engagement werden aus Privatmenschen engagierte Bürger, Fachexperten stellen sich als Ansprechpartner zur Verfügung und werden zu Partnern.

In Verbänden, Vereinen, Selbsthilfegruppen und anderen gemeinwohlorientierten Einrichtungen werden bürgerschaftliche Aktivitäten gebündelt. Diese Strukturen stärken das Engagement durch ihre Infrastruktur (z. B. Räume) und ihr Personal, das Fachwissen einbringt. Diese Nichtregierungsorganisationen fungieren als Dienstleister und bieten eine Basis für organisationsbezogenes bürgerschaftliches Engagement und die Artikulation von Bürgerinteressen.

Die große Bedeutung dieser Organisationen des Dritten Sektors für die Zivilgesellschaft zeigt sich in der Anzahl der Organisationen und Neugründungen. Die unbezahlt geleisteten Tätigkeiten entsprechen in ihrem zeitlichen Volumen etwa einer Million Vollzeitstellen (vgl. Priller 2002, S.41). Über 80 % des Engagements findet dem Freiwilligensurvey zufolge in diesen Organisationen statt (vgl. BMFSFJ 2005). Die bürgerschaftlichen Organisationen des Dritten Sektors sind ein Indikator für die Fähigkeit einer Gesellschaft, sich außerhalb staatlicher Hoheitsverwaltung selbst zu organisieren und damit für ihre Innovationsfähigkeit.

Der Staat kann und sollte bürgerschaftliche Aktivitäten auf verschiedene Weise unterstützen: Politische Akteure können Bürger an kommunalen Planungen beteiligen und so die Akzeptanz politischer Entscheidungen erhöhen und das Interesse an Politik wecken. Zwischen den Instanzen des politisch-repräsentativen Systems und den neuen Formen bürgerschaftlicher Teilhabe sollte keine Konkurrenz entstehen, sondern ein Forum für lebendige demokratische Prozesse. Den Verwaltungen obliegt es, Bürger/innen Gestaltungskompetenzen zu übertragen und Mitarbeit zu ermöglichen. Sie können bürgerschaftliches Engagement dadurch unterstützen, dass sie Ansprechpartner und finanzielle Mittel für konkrete Projekte zur Verfügung stellen.

Die Bundesebene (Bundestag, Bundesregierung, Bundesrat) ist ebenso gefragt wie Institutionen auf Landes- und Kommunalebene, die den meisten Akteuren der Zivilgesellschaft noch näher sind. Zwei Drittel des Engagements vollziehen sich in Kommunen (vgl. Jakob 2003b). Und dort entsteht auch der größte Teil der damit verbundenen Wertschöpfung.

Bei der Aufgabe, geeignete Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement zu schaffen, muss der Staat eine Balance zwischen Reglementierung und Rückzug finden: „Zu viele Restriktionen behindern ebenso wie völlige Distanz“ (Priller 2002, S. 43). In Deutschland hat der Staat Verantwortung für die finanzielle Absicherung vieler Organisationen des Dritten Sektors übernommen (wobei der Anteil der öffentlichen Hand an der Gesamtfinanzierung sehr unterschiedlich sein kann), so dass sich diese in seiner Abhängigkeit befinden. Die Unterstützung beispielsweise von Umweltorganisationen oder international engagierten Einrichtungen nutzt der Staat teilweise, um sich von den entsprechenden Aufgaben zu entlasten.

Die Unternehmen werden im Zusammenhang mit der Thematik der gesellschaftlichen Verantwortung von Seiten der Wirtschaft überwiegend als Akteure gesehen, die „etwas tun sollten“, d. h. als Subjekte des Engagements und nicht als Objekte, die Unterstützung durch bürgerschaftliches Engagement von anderer Seite erfahren. Dies scheint auch der Eindruck der Unternehmen zu sein. Folgt man den Befragungsergebnissen einer forsa-Umfrage im Auftrag der Initiative Soziale Marktwirtschaft sieht sich ein großer Teil der Unternehmer/innen selbst in der Pflicht bzw. bemerkt, dass ihnen bestimmte Erwartungen entgegengebracht werden: 76 % (Ost: 78 %, West: 75 %) der befragten Inhaber/innen von Unternehmen antworteten, dass Unternehmen eine größere gesellschaftliche Verantwortung zugemessen werde als anderen Gruppen (vgl. forsa 2005, S. 4). Die überwiegende Mehrheit der befragten Unternehmensinhaber/innen (83 %) hat dabei den Eindruck, dass sich der Staat – insbesondere auf kommunaler Ebene - immer mehr aus seiner Verantwortung zurückzieht und bei der Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben auf private Initiativen setzt (vgl. forsa 2005, S. 5). Dieser Ansicht stimmt mit 88 % ein um 7 % höherer Anteil die ostdeutschen Befragten zu (81 % der westdeutschen Befragten). Nach der Größe des Ortes befindet sich mit 87 % die höchste Zustimmungquote bei Orten zwischen 10.000 und 100.000 Einwohner/innen (vgl. forsa 2005, S. 5).

Unternehmen als alleinige Akteure zur Bewältigung von Zukunftsaufgaben zu verpflichten, greife allerdings zu kurz, betont Riess (2006) in ihrem Vorwort zu einer Studie zu Corporate Social Responsibility-Politiken im europäischen Vergleich (vgl. ebd.,

S. 2). Corporate Social Responsibility sei ein umfassendes Konzept zur verbesserten Zusammenarbeit von Staat, Unternehmen und Drittem Sektor zur Lösung komplexer Probleme (vgl. ebd.). Im Rahmen des kooperativen Ansatzes komme jedem Partner bestimmte Aufgaben zu: Den Unternehmen neben ihrem Kerngeschäft, ihr Umfeld einzubeziehen, dem Dritten Sektor auf Probleme und Handlungsfelder sowie Lösungsansätze zu benennen und der Politik als Partner, der einen geeigneten Rahmen schafft, motiviert, vernetzt und aktiviert (vgl. ebd.).

Die Forderungen nach einer stärkeren gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen gehen einher mit der Diskussion zur Rolle des Staates. So sind die Grenzen und die Aufteilung zwischen Aufgaben, die vom Staat wahrgenommen werden und Aktivitäten, die von Unternehmen übernommen werden, bereits fließender geworden. Einst hoheitliche Aufgaben des Staates werden teilweise an private Dienstleister ausgelagert. Als Beispiel aus dem Bereich des Strafvollzugs kann die teilprivatisierte Justizvollzugsanstalt in Hessen genannt werden. Hier stellt ein privater Betreiber fast die Hälfte des Personals und übernimmt u. a. Reinigungs-, Verpflegungs- und Betreuungsaufgaben. Die Gesamtverantwortung bleibt weiter in staatlicher Hand (vgl. Hessisches Ministerium der Justiz 2005).

Die Realisierung so genannter Public Private Partnerships (PPP) kann verschiedene Hintergründe haben, zum einen wird sich durch neue Finanzierungsformen eine Entlastung bei der schwierigen Finanzsituation der öffentlichen Haushalte versprochen, um eine leistungsfähige Infrastruktur zur Verfügung stellen zu können und damit eine hohe Lebensqualität zu sichern. Des Weiteren können PPPs im Zuge von Privatisierungsmaßnahmen eingegangen werden oder um die Leistungsqualität bestimmter Leistungen zu verbessern (vgl. dazu auch Kap. 2.2.2 und 2.4.13).

Die im Rahmen des Projektes „Kooperationsnetzwerke und Bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen“ zentralen Akteursbereiche – Staat, Wirtschaft und Dritter Sektor – werden im Folgenden im Hinblick auf ihre Bedeutung, Handlungsfelder und Aktivitäten genauer vorgestellt.

2.1 Staat

Der Staat trägt die Hauptverantwortung für soziale Gerechtigkeit. Steinbrück (2005) fordert zwar, dass Abschied von der Vorstellung einer umfassenden „Fürsorgepflicht des Staates für alle und alles“ genommen wird (Steinbrück 2005, S. 43): Eine Gesellschaft ist nur so aktiv wie die Menschen in ihr. Vor dem Hintergrund der verschiedenen gesellschaftlichen Umbruchmomente wie der Globalisierung, der Überlastung der öffentlichen Haushalte und einer wachsenden Staatsverschuldung ist die Selbstorganisation der Bürger/innen zunehmend gefragt. Wie erwähnt, kann und sollte ihr Engagement durch den Staat auf unterschiedliche Weise gefördert und erleichtert werden. Dies gilt ebenso für das bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen.

Handlungsfelder staatlicher Förderung

Ein entscheidender Dreh- und Angelpunkt sind Investitionen in Bildung, die Bürgerengagement direkt und indirekt fördern. Aufgaben politischer Bildungsarbeit liegen in der Förderung und Verbreitung ziviler Kompetenz, in der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation, in der Aktivierung (noch) nicht-aktiver Bevölkerungsgruppen sowie in der Entwicklung neuer Formen zivilgesellschaftlicher Konfliktbearbeitung. Die Grundlagen für ein gesellschaftliches Engagement-freundliches Klima sollten Reinert (2005) zufolge bereits in der Schule gelegt werden. Die Schule sollte nicht nur Wissen – zum Beispiel über das Verfassungssystem und die Funktionsweise demokratischer Institutionen – bieten, sondern auch Interesse an Politik wecken und die Fähigkeit zu politischer Mitwirkung schulen.

Der Staat ist auch aufgerufen, sich selbst zu aktivieren: er sollte Bürokratie abbauen und diesen Rückzug damit verbinden, Gestaltungsspielräume für die Bürger/innen zu schaffen. Nicht zuletzt gilt es, Gerechtigkeit neu zu organisieren z. B. durch ein Umsteuern des Sozialversicherungssystems (vgl. Steinbrück 2005, Reinert 2004, Gensicke; von Rosenblatt 2003, Pröhl 2003).

Gensicke und von Rosenblatt (2003) formulieren u. a. folgende Elemente einer modernen Engagementförderung:

- Schaffung bzw. Stärkung von Querschnittsfunktionen zur Förderung freiwilliger Aktivitäten bei Bund, Ländern und Kommunen mit angemessener Ausstattung (Finanzen und Kompetenzen),
- Schaffung und Stärkung einer vernetzten Infrastruktur von Informations-, Beratungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für am Engagement interessierte Bürger/innen,
- Zielgruppen-spezifische Ausrichtung von Engagementmöglichkeiten,
- Laufende sozialwissenschaftliche Dauerbeobachtung.

Priller (2002) hält eine Veränderung der weitgehenden öffentlichen Finanzierung von vielen Organisationen des Dritten Sektors für notwendig, denn aufgrund der gegenwärtigen Förderungs- und Finanzierungsmodalitäten können diese ihre Tätigkeiten oft nur unzureichend planen: Vereinbarungen werden häufig nur für ein Jahr getroffen und oftmals von den Verwaltungen einseitig geändert. Gleichzeitig sind viele Einrichtungen des Dritten Sektors von der staatlichen Finanzierung abhängig und *„das öffentliche Dienstrecht und steuerrechtliche Grenzen des Gemeinnützigkeitsrechts verhindern eine Querfinanzierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten durch am Markt erzielte Einnahmen“* (vgl. Klein 2005, S. 13).

Für eine zukunftsfähige Gestaltung von bürgerschaftlichem Engagement ist es notwendig, rechtliche Reformen zur Verbesserung der Tätigkeit des Dritten Sektors vorzunehmen. Dabei geht es beispielsweise um Änderungen der rechtlichen Behandlung von Stiftungen hinsichtlich der steuerlichen Absetzbarkeit von Unternehmens- und Privatpenden. Bürgerschaftliches Engagement sollte also durch Begünstigungen im Steuerrecht, Vereinsrecht und Stiftungsrecht unterstützt werden.

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) hat im Dezember 2006 einen Vorstoß für die Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechtes gewagt. In einem dazu verfassten Positionspapier geht er davon aus, dass die von ihm geplanten Maßnahmen rund 400 Millionen Euro kosten werden, die er als *„wichtige Investition in die Stärkung des Gemeinsinns der Bürgerinnen und Bürger“* bezeichnet. Die Maßnahmen sind al-

lerdings nicht eindeutig in Bezug auf Steuerbegünstigungen von Engagementförderung.

Neben rechtlichen Innovationen braucht es insbesondere auf Landes- und Kommunalebene neue Formen der Kooperation (vgl. ebd.). Nicht zuletzt ist für eine befruchtende Zusammenarbeit von staatlichen Akteuren und dem Dritten Sektor ein Prozess der Vertrauensbildung, an dem bürgerschaftliche Initiativen und gewählte Vertreter/innen repräsentativ-demokratischer Gremien beteiligt sind, wichtig.

Ein weiteres Handlungsfeld der staatlichen Förderung bezieht sich auf die Wirtschaft. Eine stärkere Förderung des bürgerschaftlichen Engagement von Unternehmen durch die Politik, würden laut der Befragung der Bertelsmann Stiftung (2005) auch die Unternehmen begrüßen (vgl. ebd., S. 8). Hier sind es vor allem kleinere Unternehmen, die sich Unterstützung wünschen, beispielsweise in Form von Informationsangeboten, Wettbewerben oder Steuervorteilen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2005, S. 8).

Zwar werden Corporate Citizenship-Instrumente laut der Studie von Habisch und Wegner (2004) nicht primär nach ihren rechtlichen und steuerlichen Vor- und Nachteilen ausgesucht. Allerdings tragen die derzeitigen Gesetze und Steuerstrukturen nicht zur automatischen Verbreitung von unternehmerischem gesellschaftlichem Engagement bei. Hierfür würde nach Ansicht der Autoren neben einer stärkeren Wertschätzung von Seiten des Staates und der Gesellschaft bereits „ein vereinfachtes Gemeinnützigkeitsrecht, weniger Gängelei bei den Steuerkontrollen und Spendenabzügen und eine Vereinfachung des Vergabe- und Haushaltsrechts beitragen“ (Habisch; Wegner 2004, S. 7). Eine Verbesserung könne möglicherweise auch durch eine staatliche neue Rahmgebung herbeigeführt werden, zum Beispiel durch eine Verknüpfung von Corporate Social Responsibility-Aktivitäten und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (Habisch; Wegner 2004, S. 8).

Laut Taubken (2006) liefert das Corporate Social Responsibility-Konzept auch wichtige Ansatzpunkte für die Einbeziehung der Wirtschaft als Akteur neben der Politik und Zivilgesellschaft in die Prozesse einer Regional Governance. Eine Mitwirkung könnte für Unternehmen deshalb von Interesse sein, da die Weiterentwicklung und Erhöhung der Attraktivität einer Region auch zur Fachkräftebedarfsgewinnung beiträgt. Außerdem

stellen Kooperationen mit dem Dritten Sektor sowie der Politik ebenfalls Themen des Corporate Social Responsibility-Konzepts dar (vgl. Taubken 2007, S. 160f.). Das Regional Governance-Konzept gibt des Weiteren Hinweise auf potenzielle Schwierigkeiten der intersektoralen Vernetzung auf Grund der verschiedenen Handlungslogiken und Steuerungsformen von Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft – Wettbewerb, Hierarchie und Anerkennung (vgl. Taubken 2006, S. 162f.).

In Deutschland sind auf der politischen Ebene verschiedene Ministerien und weitere Institutionen mit dem Thema Corporate Social Responsibility befasst (vgl. für einen Überblick z. B. Loew u. a. 2004, S. 40ff., Bertelsmann Stiftung 2006, S. 6, 32ff.). Vor dem Hintergrund einer Analyse von Corporate Social Responsibility-Politiken ausgewählter europäischer Länder kommt eine Studie, die von der Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit dem IFOK-Institut erstellt wurde, allerdings zu dem Ergebnis, dass eine nationale Strategie in Deutschland allerdings bisher fehle (vgl. Bertelsmann Stiftung 2006, S. 6). Auf ein fehlendes deutsches CSR-Profil weist auch der Rat für Nachhaltige Entwicklung in seinen Empfehlungen für eine unternehmensbezogene Nachhaltigkeitsstrategie hin, die sich sowohl an die Bundesregierung als auch an die Wirtschaft richten (vgl. Rat für Nachhaltige Entwicklung 2006).

2.1.1 Der „ermöglichende“ und „aktivierende“ Staat

Um zu verhindern, dass Bürger/innen, die sich gemeinwohlorientiert engagieren, in die Position geraten, zum bloßen „Ausfallbürgen“ für einen sich zurückziehenden Sozialstaat zu werden, sollten sie als „kooperative Mitgestalter bei der Fortentwicklung des Sozialstaats“ ernst genommen werden und auch Entscheidungsbefugnisse eingeräumt bekommen. *„Mitsprache muss auch Mitverantwortung und Mitgestaltung beinhalten“* (Röbke 2005, S. 101, vgl. auch Klein 2004). Klein (ebd.) benennt zwei Funktionen des Staates: Ermöglichen und Aktivieren. Die sozialstaatlichen Institutionen sollten sich ihren Bürger/innen gegenüber öffnen und zur Mitwirkung anregen. Die Gestaltung des Sozialen muss verstärkt als eine kooperative Aufgabe von Bürger/innen, gesellschaftlichen Organisationen, Wirtschaftsunternehmen und Staat begriffen und praktiziert werden. Dafür bedarf es eines neuen Staatsverständnisses:

Ermöglichen

Der „ermöglichende Staat“ schafft Rahmenbedingungen für mehr Bürgerengagement und verbessert Netzwerke. Der „aktivierende Staat“ fördert gezielt Gruppen der Gesellschaft, die aufgrund fehlender Ressourcen wie Bildung oder Einkommen nur in geringem Maße engagiert sind (vgl. Klein 2004, S. 39). Sein Schwerpunkt liegt auf der Nutzung von Chancen und Möglichkeiten. Damit ergänzt der „aktivierende“ Staat das Angebot von Möglichkeiten der Teilhabe durch die Vermittlung kommunikativer Räume und die Fähigkeiten, diese zu nutzen. (vgl. Baer 2002, S. 170) Insbesondere für Ostdeutschland ist der Ausbau einer professionellen und dauerhaften Infrastruktur der Engagementförderung dringend notwendig. Bereits vorhandene bürgerschaftliche Ansätze müssen unterstützt und neues Engagement angeregt werden.

Aktivieren

Für den „aktivierenden“ Staat wird auch das Schlagwort „Empowerment“ verwendet. Die Philosophie dahinter ist, dass Menschen Eigenkräfte zugetraut und diese Kräfte gestärkt werden. Empowerment richtet den Fokus auf die vorhandenen bürgerschaftlichen Ressourcen und deren kulturellen Kontext (vgl. Rübke 2005). Der „ermöglichende“ Staat verbindet die Förderung des sozialen Kapitals durch Empowerment und Kontextualität mit aktionsfähigen sowie öffentlich legitimierten Diskursarenen. Dadurch stärkt er die Eigenverantwortung der Bürger. Evers (2002) stellt fest, dass viele fachpolitische Fragestellungen derzeit auf eine Erneuerung der politischen Arenen abzielen. Um Unübersichtlichkeiten zu vermeiden, müssen zivilgesellschaftliche Diskursarenen effizient gebündelt und auf eine überschaubare Anzahl konzentriert werden. Ein besonderes Augenmerk muss dem Verhältnis zwischen zivilgesellschaftlichem Diskurs und den gewählten politischen Gremien gelten. (Evers; Rauch; Sitz 2002, S. 100).

Defizite und Lösungsansätze

Trotz der Vielfalt von bereits bestehender Engagementförderungen, sowohl direktdemokratischer Natur (Entscheidungskompetenzen via Referenden, Direktwahl der Bürgermeister, usw.) als auch partizipativen Charakters (über Beteiligungsformen wie Zukunftswerkstätten, Planungszellen, Mediationsverfahren, Open space-Foren, Bürger-

haushalte) befriedigen die Ergebnisse Klein (2004) zufolge oft nicht, da der Handlungsspielraum der Kommunen zu eng ist. Den Bürger/innen wird dort am meisten Demokratie angeboten, wo am wenigsten zu gestalten und zu entscheiden ist. Wünschenswert ist nach Klein eine „Kommunalisierung politischer Gestaltungsmöglichkeiten“ und „eine Kompetenz- und Finanzreform des Föderalstaats zugunsten der kommunalen Ebene“.

Baer (2002) hält die Entwicklung verfahrens- und organisationsrechtlicher Vorgaben für unabdingbar, die es den Verwaltungen, die Teil des „aktivierenden“ Staates sind, erlauben – und diese gleichermaßen dazu verpflichten – zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu unterstützen. Dabei gehe es nicht um inhaltliche Vorgaben, sondern um Rahmenregelungen und um eine „Ermöglichsordnung“ (vgl. Baer 2002, S. 171). Über die Anpassung von Haftungs-, Versicherungs- und Steuerrecht sowie Stiftungs- und Vereinsrecht hinaus muss die staatliche Verwaltung innerhalb der allgemeinen Rechtsgebundenheit befähigt werden, Bürgern angemessen zu begegnen (vgl. ebd., S. 176).

Neue Formen kommunaler Steuerung müssen berücksichtigen, dass die Ein- und Anpassung bestehender Projekte und Initiativen in die vorhandenen professionellen Unterstützungsstrukturen bislang meist unzureichend sind. Schnittstellen und Zusammenhänge zwischen den professionellen Einrichtungen und der kommunalpolitischen Steuerung müssen geklärt werden (vgl. Rübke 2005). Evers spricht davon, dass in „hybriden Institutionen“ neue Formen von Mitsprache und Vertrauenskultur entwickelt werden müssen, um zu den gewünschten Synergieeffekten zu kommen (Evers; Rauch; Sitz 2002, S. 234). *„Gelingt dies, ergeben sich fast nur Vorteile: Das Angebot der Einrichtung wird reichhaltiger, ihr Gemeinwohlbezug wird gestärkt, die Öffnung zur Nachbarschaft und sozialem Nahraum schafft neue Netzwerke und stärkt das soziale Kapital.“* (ebd., S. 99). Und schließlich, das verschweigt Evers nicht, kann es Einrichtungen gerade in Zeiten leerer öffentlicher Kassen entscheidende Überlebensvorteile verschaffen.

2.1.2 Kommunale Ebene und Leitbilder

Kommunalpolitische Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement bedingen sich gegenseitig. Über 80 % des bürgerschaftlichen Engagements finden im lokalen Raum statt (vgl. Klein 2004). Dabei stehen nicht so sehr formelle Beteiligungsformen wie zum Beispiel über Bürgerbegehren und Bürgerentscheide geregelt im Vordergrund, als vielmehr informelle Mitwirkungsmodelle. Ein Beispiel dafür ist der hessische Wettbewerb „Unser Dorf“, der nach dem „aktivsten, sozialsten und zukunftsfähigsten“ Dorf sucht (vgl. Rüschenhof 2006, S. 28). In den 1990er Jahren haben alle neuen Bundesländer Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auf Gemeinde- (und meist auch Kreis-)ebene eingeführt (vgl. Gabriel u. a. 1997).

Die Kommunen repräsentieren einerseits die als unterste Verwaltungseinheit den Staat. Andererseits stellen sie eine gesellschaftliche Sphäre mit großer Bürgernähe dar (vgl. Zimmer 2007). Das Mitwirken der Bürger/innen an politischen Entscheidungsfindungen beeinflusst laut Rüschenhof (2006) das Verwaltungshandeln maßgeblich. Es steigert beispielsweise die Akzeptanz von dörflichen Gestaltungsmaßnahmen sowie von Sachzwängen. *„Selbsthilfe und Bewohnerengagement nachhaltig verankern zu wollen bedeutet, dass Bürger nicht nur am Willensbildungsprozess beteiligt werden, sondern auch an den entsprechenden administrativen und/oder politischen kommunalen Entscheidungen teilhaben.“* (ebd., S. 33). Dafür sind neue Strukturen der Zusammenarbeit und Entscheidungsfindung notwendig.

Ein wichtiger Schritt ist, Mitarbeiter/innen in den Kommunalverwaltungen zu motivieren, bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen. Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sollte möglichst breit auf allen verwaltungsinternen Hierarchieebenen verankert werden, also bei den Mitarbeiter/innen, den Amtsleiter/innen und den Dezernent/innen und Bürgermeister/innen. Dies sollte durch Prozesse der Leitbild-, Handlungsstil- und Organisationsentwicklung geschehen. Sind nur einzelne Verwaltungsangehörige beteiligt, besteht die Gefahr, dass ihre Aktivitäten seitens der Amtsleitung vielmehr geduldet als gefördert werden und bürgerschaftliches Engagement ein Nischenkonzept bleibt. Die Aufgabe „bürgerschaftliches Engagement“ sollte daher in den Kommunalverwaltungen strukturell verankert werden (vgl. Klie u. a. 1999).

Bei der Förderung bürgerschaftlichen Engagements durch die Kommunen müssen die darin verankerten strukturellen Spannungsfelder berücksichtigt werden. Roß und Klie (2004) sprechen von der „Dialektik der politischen Förderung von bürgerschaftlichem Engagement“: Einerseits besteht die Notwendigkeit einer Förderung von bürgerschaftlichem Engagement, da dieses für den Bestand der Gesellschaft immer wichtiger wird. Andererseits ist es weniger selbstverständlich geworden, sich zu engagieren. *„Mit der Förderung bürgerschaftlichen Engagements befördern Kommunen jene Bedingungen und Ressourcen, von denen sie in ihrer Existenz notwendig abhängen, die sie jedoch im Grund nicht selber schaffen können“* (Roß; Klie 2004, S. 95). Außerdem steht das bürgerschaftliche Engagement im Spannungsfeld verschiedener Interessenlagen: Die Kommunen profitieren, wenn bürgerschaftliche Initiativen den Rückgang von Standards öffentlicher Leistungserbringung zumindest teilweise auffangen können. Dies spart Ausgaben der öffentlichen Haushalte. Oft hängen der Umfang und die Art der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement von den Einstellungen der in den Kommunalverwaltungen zuständigen Personen ab. *„Personengebundene Ansätze sind sehr fragil und nicht mit dem Anspruch transparenter, offener, demokratischer Strukturen in Einklang zu bringen“* (ebd.). Daher sollten Kommunen personenübergreifende Rahmenbedingungen aufbauen. Nicht zuletzt befindet sich bürgerschaftliches Engagement in der Spannung zwischen Vision und Konkretisierung durch die Kommunikation von Ideen, durch Überzeugungsarbeit und durch die Förderung konkreter Projekte und Maßnahmen.

Unterschiedliche Aktivierungsbemühungen im Bereich des freiwilligen Engagements können durch übergreifende gesamtkommunale Konzepte sinnvoll miteinander verbunden werden. Klie u. a. (1999) erklären, dass es kaum ein einheitliches Entwicklungsschema für ein gesamtkommunales Konzept, sondern eher ein Maßnahmenrepertoire geben kann. Dabei sind mögliche Maßnahmen:

- eine Veränderung von Handlungsstilen, um ein fruchtbares Klima für bürgerschaftliches Engagement zu schaffen,
- die Entwicklung von Leitbildern eines bürgerschaftlichen Engagements,

- die Einrichtung von Steuerungsgruppen, in denen aus allen Initiativen Akteure vertreten sind,
- die Einbeziehung von Multiplikatoren, mit denen gemeinsam geplant und gehandelt wird,
- die Initiierung von beispielhaften, problemnahen Pilotprojekten, z. B. Beiträge zur Gestaltung des öffentlichen Raums,
- die Stärkung der demokratischen Teilhabe und des sozialen Miteinanders in der örtlichen Gesellschaft,
- die Ermittlung von Themen, die für die Bevölkerung relevant sind, über aktivierende Verfahren (Befragungen, Zukunftswerkstätten),
- Öffentlichkeitsarbeit: Informationen sollten in leicht verständlicher Sprache und nach Möglichkeit zielgruppenspezifisch formuliert sein. Es eignen sich Flugblätter, Broschüren, Informationsstände auf Wochenmärkten, feste Rubriken in Lokalzeitungen, Internetseiten oder eine kontinuierliche Berichterstattung im (lokalen) Hörfunk und Fernsehen (vgl. auch Wolf 2005). Unterstützend wirkt ein eigenes Logo, das einen Wiedererkennungseffekt erzeugt.
- Bemühungen, nicht nur von sich aus Interessierte, sondern auch insbesondere sozial benachteiligte Bürger/innen für die Mitgestaltung zu gewinnen,
- die Einrichtung von Weiterbildungsangeboten,
- die finanzielle Unterstützung bürgerschaftlicher Projekte,
- die Honorierung von bürgerschaftlichem Engagement.

Die Entwicklung von Leitbildern dient u. a. dazu, die Idee einer bürgerorientierten Kommune in den Verwaltungseinrichtungen und in der Bevölkerung zu kommunizieren und damit eine „Kultur des Handelns und Entscheidens in konkreten Politikbereichen und Organisationsformen“ zu befördern. Das ist mehr als lediglich für bürgerschaftliches Engagement zu werben und Belohnungen zu versprechen. Die Leitbilder sollten mit der bestehenden Handlungskultur der beteiligten Akteure und den Organisationsstrukturen gut vereinbar sein (vgl. Klein 2005, Klie 1999). Die Orientierung wichtiger

Akteure am Leitbild der Bürgerkommune schafft Rahmenbedingungen, die bürgerschaftliches Engagement unterstützen und ermöglichen. Die Rolle von Politik und Verwaltung kann dabei die der Moderation sein.

Roß und Klie (2004) schlagen zur Entwicklung eines kommunalen Gesamtkonzepts die Einrichtung einer Koordinierungsgruppe vor. Eine solche kann in kleinem Kreis gezielte Vorarbeiten vornehmen und sich darum kümmern, dass relevante Initiativen und Einrichtungen sowie interessierte Einzelpersonen (Multiplikatoren) einbezogen werden. Der Kreis sollte grundsätzlich offen sein, aber eingeladen werden zunächst die Kooperationspartner, die an der Realisierung des jeweiligen Anliegens interessiert sind. Um im Folgenden weitere Engagierte zu gewinnen, müssen zentraler Informations- und Anlaufstellen wie Bürgerbüros und Freiwilligenagenturen eingerichtet werden. Hilfreich ist auch das Versenden von Rundbriefen und Infozeitungen (z. B. per Postwurf), das Angebot von Fortbildungsmöglichkeiten für Engagierte, Veranstaltungen zur Fortentwicklung der Projektarbeit und exemplarische Bürgerbeteiligungsprozesse (zum Beispiel Zukunftswerkstätten, Planungszellen, vgl. Dienel 2002), aktivierende Befragungen zu bestehendem Engagement und das Angebot von Schulungen für Fachkräfte aus Verbänden.

Am besten kann eine fruchtbare Kooperation von Bürger/innen, Verwaltung, Politik, Verbänden und Wirtschaft über konkrete Projekte angestoßen werden. Gelungene Beispiele wirken motivierend und aktivieren weitere Engagierte. Projekte sollten daher immer mit Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden (vgl. Roß; Klie 2004).

Ein Beispiel für bürgerschaftliche Projekte, in denen die Kommunen eine starke Rolle wahrnehmen, sind Lokale Agenda-Prozesse (vgl. auch Kap. 2.4.1): Im Rahmen der Lokalen Agenda 21 wird den Kommunen eine zentrale Rolle bei Gestaltung und Lösung globaler Problemlagen zugewiesen (vgl. Wolf 2005). Dabei ist auch die interkommunale Zusammenarbeit und Vernetzung der Kommunalverwaltungen wichtig. In Agenda-Prozessen kommen vielfältige Formen von Partizipation, wie zum Beispiel Beiräte, Arbeitsgruppen, Zukunftswerkstätten, Zukunftskonferenzen, die Open Space-Methode oder Runde Tische zum Einsatz.

2.2 Wirtschaft

In der deutschen Wirtschaft wird die Thematik des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen inzwischen auf verschiedenen Ebenen diskutiert und umgesetzt. Mit der Initiative ‚Freiheit und Verantwortung‘, die im Jahre 2000 gemeinsam von den Spitzenverbänden der Wirtschaft, das sind der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), mit der WirtschaftsWoche begründet wurde (Schirmherr ist der Bundespräsident), sollen die Vorteile des gesellschaftlichen Engagements von Unternehmen für alle Beteiligten und die Freiwilligkeit dieses Engagements betont werden. Zu den Aktivitäten der Initiative zählen die Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen und die jährliche Verleihung des Preises „Freiheit und Verantwortung“ an kleine, mittlere und große Unternehmen für herausragendes, nachahmenswertes und nachhaltiges gesellschaftliches Engagement (vgl. www.freiheit-und-verantwortung.de).

Auf Initiative des BDI wurde im Jahr 2000 „econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft“ gegründet. Hier sind aktuell 23 führende, multinational tätige Unternehmen und Organisationen der Deutschen Wirtschaft aus verschiedenen Branchen zusammengeschlossen, die das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in ihre Unternehmensstrategie integriert haben (vgl. [econsense o. J.a](#)). Das Unternehmensnetzwerk versteht sich als Dialogplattform und Think Tank, um den Austausch zum Thema nachhaltige Entwicklung und unternehmerische Verantwortung zwischen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Verwaltung und weiteren Stakeholdern zu stärken (vgl. [econsense o. J.b](#)). [econsense](#) ist für den internationalen Dialog vernetzt mit dem World Business Council for Sustainable Development (WBCSD) und auf europäischer Ebene ein Partner von CSR Europe, ein wirtschaftsorientiertes, von Mitgliedern getragenes EU-nahes Netzwerk (vgl. [econsence o. J.c](#)). Mit dem Mittelstand findet ein Austausch über die Organisation „Unternehmen: Partner der Jugend“ (UPJ) und dem dazugehörigen Netzwerk „Unternehmen: Aktiv im Gemeinwesen“ (UAG) statt (vgl. [econsence o. J.c](#)).

2.2.1 Motive und Nutzen unternehmerischen Engagements

In der Literatur und in Befragungen werden eine ganze Reihe von Gründen und Motiven genannt, die für die Verbreitung und Umsetzung von Corporate Social Responsibility- bzw. Corporate Citizenship-Maßnahmen eine Rolle spielen können.

In der internationalen Perspektive wird mit dem Corporate Social Responsibility-Konzept die Möglichkeit verbunden, auf die Globalisierung und die damit einhergehende Komplexitätszunahme und stärkere Interdependenz von wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Prozessen besser eingehen zu können (vgl. Backhaus-Maul 2006, S. 34). Es gelte immer mehr die Interessen der verschiedenen Anspruchsgruppen (Stakeholder) wie z. B. von Umweltverbänden, Kreditgebern, Kund/innen, Bürgergruppen, Zulieferern zu berücksichtigen, um wettbewerbsfähig zu werden bzw. zu bleiben. Dazu komme die zunehmend kritischere Beobachtung von Unternehmen, insbesondere der größeren Konzerne, durch die Öffentlichkeit. Des Weiteren ermöglicht bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen, den durch Globalisierung und Individualisierung verstärkten Entgrenzungsprozessen integrierend zu begegnen (vgl. Mutz, Korfmacher 2003, S. 56f.).

Die Europäische Kommission wiederum ist bestrebt durch Corporate Social Responsibility die wirtschaftliche und soziale Integration sowie die Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Europäischen Union zu fördern (vgl. European Communities 2004, S. 3). Corporate Social Responsibility stellt einen integralen Bestandteil der Lissabonner Strategie dar, die auf nachhaltige Entwicklung, wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung neuer und besserer Arbeitsplätze gerichtet ist (vgl. European Communities 2004, S. 3). *„Das Konzept der sozialen Verantwortung führt dazu, dass sich neue Partnerschaften und neue Entfaltungsmöglichkeiten für bestehende Partnerschaften innerhalb der Unternehmen herausbilden: in den Bereichen sozialer Dialog, Erwerb von Qualifikationen, Chancengleichheit, Antizipation und Bewältigung des Wandels; auf lokaler und nationaler Ebene in Bezug auf den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und den Gesundheitsschutz; auf einer globalen Ebene in Bezug auf den Umweltschutz und die Respektierung der Grundrechte.“* (Europäische Kommission 2001a, S. 3). Schwerpunkt bei der Europäischen Kommission sind kleinere und mittlere Unter-

nehmen (KMU), da sie in der EU mehr als 93 % der wirtschaftlichen Betriebe ausmachen. Auch die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur ist geprägt von kleinen und mittleren Betrieben.

Im Rahmen des Projektes „Soziale Verantwortung von Unternehmen. Ein Instrument nachhaltiger Stabilisierung von KMU-Netzwerken in unterschiedlichen regionalen Kontexten“ konnten in einer europäischen Vergleichstudie in vier Ländern folgende zentrale Motive für soziale Verantwortung kleiner und mittlerer Unternehmen ausgemacht werden:

- Bindungen auf Grund der Herkunft (einheimische versus Neuansiedlungen)
- Familiäre Motive (Kinder sind im Kultur- oder Sportverein engagiert)
- Beiträge leisten zur Verbesserung kommunaler Standortqualitäten
- Besondere soziale Problemlagen lösen bzw. reduzieren
- Aktivitäten im sozialen Umfeld für strategische Orientierungen nutzen (Thomas u. a. 2006, S. 14).

Die Autoren machen darüber hinaus deutlich, dass sich das Engagement der kleinen und mittleren Unternehmen primär auf das unmittelbare soziale Umfeld ihres Standortes bezieht, mit dem sie persönlich, familiär und sozial in Verbindung stehen. Dabei wird das Ausmaß oft unterschätzt, da vieles nicht für die breitere Öffentlichkeit ersichtlich ist bzw. bekannt gemacht wird (vgl. Thomas u. a. 2006, S. 14).

Dass die Motive für gemeinwohlorientiertes Engagement nach der Unternehmensgröße unterschiedliche Schwerpunkte aufweisen, zeigen die Ergebnisse einer Untersuchung des Instituts für Mittelstandsforschung (vgl. IfM 2002, S. 2): Während bei den größeren Unternehmen primär die öffentlichkeitsbezogenen Ziele, wie Imageverbesserung, gefolgt von personalpolitischen Zielen (Mitarbeitermotivation und -bindung) im Vordergrund stehen, werden kundenbezogene Ziele (Produktwerbung, Verbesserung der Kundenbeziehungen) eher von kleineren und mittleren Betrieben genannt (vgl. ebd.).

In der Unternehmensbefragung der Bertelsmann Stiftung (2005) sehen auf die Frage nach den Einflussfaktoren für das gesellschaftliche Engagement ihrer Unternehmen 87 % die Unternehmenskultur und 83 % die wirtschaftliche Situation des Unternehmens als zentrale Treiber. Diese werden gefolgt von den Eigentümer-/Inhaberstrukturen (71 %) und den Erwartungen der Kunden (60 %) (vgl. Bertelsmann Stiftung 2005, S. 10).

Anhand der genannten Motive wird deutlich, dass gesellschaftliches Engagement von Unternehmen bzw. Unternehmer/innen nicht unbedingt rein altruistischer Natur ist, sondern auch bestimmte Nutzenerwartungen damit verbunden sein können. Dass bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen durchaus unter ökonomischen Gesichtspunkten stattfindet, betonen auch die Autoren vor dem Hintergrund der Befragungsergebnisse von Corporate Citizenship-Aktivitäten deutscher Unternehmen (vgl. IfM 2002, S. 1). Die befragten Unternehmen würden ihre Aktivitäten als Investition in das gesellschaftliche Umfeld betrachten, um dadurch auch Grundlagen für ihre eigene Existenz zu sichern (vgl. IfM 2002, S. 3).

Im Folgenden werden einige der möglichen, viel genannten und diskutierten Vorteile entsprechend ihrer möglichen Nutzenstiftung für Unternehmen, den Dritten Sektor sowie Politik, Gesellschaft und Gemeinwesen kurz dargestellt:

a) Vorteile für Unternehmen

Unternehmerisches Engagement, das zu einem funktionierenden Gemeinwesen beiträgt, kann für die Unternehmen selbst von Interesse sein. Positive Wirkungen beziehen sich demnach z. B. auf:

- die Verbesserung des Images und der Reputation des Unternehmens und seiner Marken, die Erhöhung der Motivation und Zufriedenheit der Mitarbeiter/innen,
- Rekrutierungsvorteile bei qualifiziertem Personal und Fachkräftesicherung durch ein intaktes Lebensumfeld und attraktive Arbeitsplätze (insbesondere kleine Betriebe könnten durch unternehmensinterne Aktivitäten wie zum Beispiel hinsichtlich der Qualität der Arbeitsverhältnisse und -bedingungen, Qualifizierung und Weiterbildung der Mitarbeiter/innen sowie von betrieblichen Angeboten zur

Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zur Arbeitskräftesicherung beitragen, sondern auch Jugendliche in der Region zu halten. Bei der internen Dimension gesellschaftlicher Verantwortung fallen dann Unternehmens- und regionales Interesse zusammen, vgl. Thomas u. a. 2006, S. 17),

- den Aufbau von Vertrauen und Verbesserung der Beziehungen zu Politik, Gesellschaft und weiteren Anspruchsgruppen,
- die Beeinflussung des Kaufverhaltens durch ethisches, ökologisches und soziales Verhalten von Unternehmen und Erhöhung der Kundenbindung, insbesondere bei regionalen oder lokalen Produkten aus dem direkten Umfeld,
- eine leichtere Kapitalmittelbeschaffung,
- bei der Personalentwicklung z. B durch Corporate Volunteering (vgl. Bartsch 2003, Pinter 2006).

Eine Auswertung der Unterlagen von KMU, die sich am Wettbewerb zum Handwerkspreis 2005 „Führung mit Perspektive: im Betrieb – am Markt – in der Gesellschaft“ beteiligt haben, zur Frage nach dem strategischen Nutzen von Corporate Citizenship ergibt, dass von den teilnehmenden Unternehmen jeweils ein Anteil von 93,1 % nutzenstiftende Wirkungen für die betriebliche Personalpolitik sowie kundenbezogene Aktivitäten sehen (vgl. Maaß; Backes-Gellner 2006, S. 4ff.). Zum kundenbezogenen Nutzen zählen – in absteigender Rangfolge nach Zahl der Nennungen – die Komponenten Verbesserung des Firmenimages (89,7 %), Erschließung neuer Kundenkreise (68,3 %) und Stärkung der Kundenbindung (60,7 %). Die personalbezogenen Vorteile umfassen – in absteigender Rangfolge – die Stärkung der Unternehmenskultur (73,8 %), Steigerung der Mitarbeitermotivation (64,1 %), stärkere Mitarbeiterbindung (55,9 %), Qualifikationssteigerung der Mitarbeiter (51,7 %), verbesserte Chancen bei der Personalrekrutierung (38,6 %) (vgl. Maaß; Backes-Gellner 2006, S. 6).

Mit Blick auf einzelne Corporate Social Responsibility- bzw. Corporate Citizenship-Instrumente und ihrer potenziellen Nutzenstiftung, berichtet Backhaus-Maul (2003) von Erfahrungen amerikanischer Unternehmen, dass zum Beispiel Corporate Volunteering ein Instrument der Personalentwicklung darstelle, wenn Mitarbeiter/innen in gemein-

nützigen Organisationen bzw. Projekten eingesetzt werden und dadurch Qualifikationen (weiter-)entwickeln können, die auch vom Unternehmen für wichtig erachtet werden. Darüber hinaus könne Corporate Volunteering in wirtschaftlich schwierigen Phasen genutzt werden, wenn beispielsweise keine ausreichenden Arbeitsaufgaben vorhanden sind, um Mitarbeiter/innen zu halten und wieder einzusetzen sobald neue Aufträge vorliegen (vgl. Backhaus-Maul 2003).

Laut Schout (2003) könnten Unternehmen durch die Unterstützung von Mitarbeiter/innen in ihren ehrenamtlichen Aktivitäten über Partnerschaften mit Freiwilligenorganisationen – ebenfalls mit USA-Perspektive – von einer höheren Arbeitsmoral, größerer Loyalität, der Förderung von „soft skills“, wie Planungs-, Führungs- und Teamfähigkeit, profitieren (vgl. Schout 2003, S. 156).

Der Frage nach dem Zusammenhang zwischen Corporate Social Responsibility- bzw. Corporate Citizenship-Maßnahmen und Unternehmenserfolg unter quantitativen Gesichtspunkten, wurde ebenfalls in diversen Untersuchungen nachgegangen. Die Ergebnisse sind allerdings nicht eindeutig, es konnten sowohl positive Einflüsse als auch negative und indifferente bzw. gemischte Zusammenhänge zwischen Corporate Social Performance und der finanziellen Unternehmensleistung gezeigt werden (vgl. z. B. McWilliams; Siegel 2000, Margolis; Walsh 2003, Orlitzki u. a. 2003; Bassen u. a. 2006). Dabei ist zu beachten, dass den einzelnen Untersuchungen einen unterschiedlichen methodischen Ansatz zugrunde liegt und auch die teilweise dabei ausgewerteten Studien unterschiedliche Maße zur Messung von sozialer und finanzieller Performance verwenden.

b) Vorteile für den Dritten Sektor

Vereine, Initiativen und weitere Akteure aus dem Dritten Sektor können je nach Ausmaß des unternehmerischen Engagements Unterstützung finanzieller, materieller, personeller und ideeller Art erfahren, was wiederum auch den Bürger/innen zu Gute kommt (vgl. Backhaus-Maul 2004, S. 24). Zusätzlich kann bei entsprechenden Aktivitäten die Vermittlung von betriebswirtschaftlichen Kenntnissen stattfinden, welche ge-

meinnützigen und Non-Profit-Organisationen oft fehlen (vgl. Lang; Kromminga 2002, S. 20).

c) Vorteile für Politik, Gesellschaft und Gemeinwesen

Unternehmensseitiges Engagement kann sowohl dem Unternehmen selbst Nutzenpotenziale eröffnen als auch zur Erweiterung der Funktions- bzw. Problemlösungsfähigkeit des Gemeinwesens beitragen (vgl. Lang 2003, S. 224ff.). Viele soziale, wirtschaftliche und ökologische Probleme kann die Politik nicht mehr alleine lösen. Die Übernahme bzw. Beteiligung an Aufgaben, denen der Staat nicht mehr alleine in vollem Umfang nachkommen kann, könnte dann eine Entlastung der Politik und Verwaltung mit sich bringen und die Aufrechterhaltung bzw. Verbesserung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens ermöglichen. Zum anderen eröffnen sich für die Gesellschaft und Wirtschaft größere Handlungsspielräume für eine stärkere Eigenverantwortung und Mitgestaltung. Man könnte auch sagen, dass Gemeinwesen und die Gesellschaft weniger von staatlichen Mitteln abhängig werden, ein stärkeres Gemeinschaftsgefühl und Mitempfinden für die Bedarfe anderer wachsen und zu innovativen Lösungen bei komplexen sozialen Probleme führen kann. Mit dem Ergebnis, dass die Bevölkerung (soziale) Dienstleistungen in Anspruch nehmen kann.

Corporate Social Responsibility trägt zur des Weiteren zur Standortbindung von Unternehmen bei, wenn die Beziehungen zu regionalen Einrichtungen und zu den Einwohner/innen bzw. den (potenziellen) Beschäftigten einen Teil des Unternehmenskonzeptes darstellen.

Das Projekt „Soziale Verantwortung von Unternehmen – CSR. Ein Instrument nachhaltiger Stabilisierung von KMU-Netzwerken in unterschiedlichen regionalen Kontexten.“ (vgl. Thomas u. a. 2006) konnte zeigen, dass soziales und kulturelles Leben im kommunalen Raum in beachtlichem Maße durch unterschiedliche Formen freiwilligen Engagements von KMU getragen wird (vgl. Thomas u. a. 2006, S. 15 sowie Kap. 3.3.12). Gerade unter schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in den Kommunen könne bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen neue zivilgesellschaftliche Prozesse unterstützen und Beiträge zur Stabilisierung und regionalen Ent-

wicklung leisten. Gesellschaftliche Aktivitäten von Unternehmen können helfen, zentrale Aufgaben auf lokaler Ebene zu fokussieren und die gemeinsame Verantwortung dafür zu verdeutlichen (vgl. ebd.). Durch die Schaffung von attraktiven Arbeitsplätzen kann die Anziehungs- und Bindekraft einer Region für qualifizierte Arbeitskräfte und Auszubildende erhöht werden und damit die für die wirtschaftliche Entwicklung notwendigen Humanressourcen erhalten bleiben (vgl. Thomas u. a. 2006, S. 17).

Schout (2003) hebt die Vergrößerung des sozialen Kapitals durch Corporate Citizenship hervor, in dem Sinne, als ein jeder erkennt, dass er der Gemeinschaft von dem, was er von ihr erhalten hat, zurückgeben kann und muss (vgl. ebd., S. 157). Habisch u. a. (2001) sehen Corporate Citizenship als Investition in Soziales Kapital, indem zum Beispiel die persönlichen Netzwerke erweitert als auch die Fähigkeit zur Kooperation gefördert werden (vgl. dazu Habisch u. a. 2001).

2.2.2 Instrumente und Maßnahmen unternehmerischen Engagements

Die Bandbreite hinsichtlich potenzieller Formen, Maßnahmen und Instrumente des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements ist vielfältig.

Backhaus-Maul (2004) verbindet mit dem Begriff des Corporate Citizenship zwei Formen des Engagements von Unternehmen nach der Art des Ressourceneinsatzes (vgl. ebd., S. 23). Demnach umfasst das als klassisch geltende Corporate Giving vor allem die Bereitstellung von finanziellen Mitteln, wie z. B. Geldspenden, Social Sponsoring und Aktivitäten von Unternehmensstiftungen (vgl. Backhaus-Maul 2003, S. 23). Die dabei unterstützten Projekte bzw. Aktivitäten können dabei mehr oder weniger zum Unternehmensprofil passend ausgewählt werden (vgl. Backhaus-Maul 2004, S. 23). Demgegenüber kann vom Corporate Volunteering gesprochen werden, wenn neben einer finanziellen Unterstützung ergänzend personelle Ressourcen und Sachmittel durch das Unternehmen zur Verfügung gestellt werden (vgl. Backhaus-Maul 2004, S. 23). Dieses relativ junge Engagementinstrument umfasst u. a. regelmäßige Freiwilligentage für interessierte Mitarbeiter/innen, mittelfristig angelegte Partnerschaften mit gemeinnützigen Einrichtungen, in denen sich die Beschäftigten engagieren sowie mittelfristig angelegte Einsätze von Führungskräften aufgrund ihrer berufsspezifischen

Kompetenzen und Erfahrungen in Non-Profit-Organisationen (vgl. Backhaus-Maul 2004, S. 23).

Habisch und Wegner (2004) folgen bei ihrer Untersuchung von einzelnen Corporate Citizenship-Instrumenten hinsichtlich der jeweiligen Vor- und Nachteile bzw. Kosten und Nutzen unter den rechtlichen Rahmenbedingungen in Deutschland einer Einteilung in primär unternehmensinterne und primär unternehmensexterne Instrumente. Zu den nach innen gerichteten Maßnahmen zählen sie solche des Wissens- und Qualitätsmanagements sowie die Entwicklung und Einhaltung z. B. von einem Code of Conduct, einer Compliance bzw. Corporate Governance. Demgegenüber stehen als außenbezogene Aktivitäten: Spenden, Sponsoring, Public-Private-Partnerships, Cause-related-Marketing, Stiftungen und Corporate Volunteering (vgl. Habisch; Wegner 2004, S. 13). Diese das Verhältnis zwischen Unternehmen und Gesellschaft fokussierenden Maßnahmen ordnen Habisch und Wegner (2004) dem Corporate Citizenship-Ansatz als nach außen gerichteten Teil des Corporate Social Responsibility-Konzeptes zu (vgl. ebd., S. 13). In der untenstehenden Abbildung sind die einzelnen Instrumente, deren zukünftige Verbreitung Habisch und Wegner (2004) unter Berücksichtigung der deutschen Gesetzes- und Anreizstrukturen eingeschätzt haben, im Überblick dargestellt.

	Unternehmens- WIN	Partner-WIN	Trends
Spenden	<ul style="list-style-type: none"> • Signalwirkung • Image 	<ul style="list-style-type: none"> • Finanzielle/materielle Zuwendung 	→
Stiftungen	<ul style="list-style-type: none"> • Reputation 	<ul style="list-style-type: none"> • Vorteile für die Gesellschaft 	→
Sponsoring	<ul style="list-style-type: none"> • Bekanntheitsgrad • Kommunikation • Recruiting 	<ul style="list-style-type: none"> • Neues Fundraising • Bekanntheitsgrad • Kommunikation 	→
Corporate Volunteering	<ul style="list-style-type: none"> • Mitarbeiterschulung 	<ul style="list-style-type: none"> • Einkommensquelle • Professionalisierung 	↗
Cause-related Marketing	<ul style="list-style-type: none"> • Wettbewerbsvorteil • Zielgruppe • Umsatz 	<ul style="list-style-type: none"> • Neues Fundraising • Bekanntheitsgrad • Kommunikation 	↗
Public-Private Partnerships	<ul style="list-style-type: none"> • Neue Märkte • Information 	<ul style="list-style-type: none"> • Know-how • Geldmittel 	↗

Quelle: Habisch; Wegner 2004

Ein internationaler Blick

Vor dem amerikanischen Erfahrungshintergrund leitet Schout (2003) fünf Modelle und Typen des unternehmerischen Bürgerengagement ab (vgl. ebd., S. 158ff.):

1. Virtuelles Ehrenamt: Mitarbeiter/innen engagieren sich an ihrem Arbeitsplatz für eine Freiwilligenorganisation,
2. Dienstleistungsangebote: Unternehmen stellen ihre Expertise, Geschäftsbeziehungen und professionellen sozialen Netze zur Verfügung,
3. Clearinghouse: Lokale Engagementmöglichkeiten werden in einer Liste erfasst und die Beschäftigten können aus diesen auswählen,
4. Partnerschaftsprogramme mit Freiwilligenorganisationen: langfristige Partnerschaften zwischen Unternehmen und Freiwilligenorganisation und
5. Kurzfristige und einmalige Maßnahmen bürgerschaftlichen Engagements: Einen Tag im Jahr arbeiten Mitarbeiter/innen (bezahlt) in einer gemeinnützigen Organisation mit.

In den Niederlanden haben sich in Anlehnung an britische (corporate community involvement) und amerikanische (corporate volunteering) Vorbilder, folgende Formen arbeitnehmer- und arbeitgebergeleiteten Engagements entwickelt (vgl. Kinds; Münz 2003, S. 182ff.):

- Betriebseigene Freiwilligenagenturen:
 - Eigene Vermittlungsagenturen zur Abstimmung von Angebot und Nachfrage zwischen Arbeitnehmerschaft und Einsatzplätzen
 - Ziel: Ermutigung des Personals zu freiwilligem Engagement, Verbesserung des sozialen Klimas in Wohn- und Betriebsumgebung, Förderung der „Einbürgerung“ von Unternehmen und Mitarbeiter vor Ort, Gestaltung informeller Netzwerke und guter kommunaler Beziehungen
- Teamentwicklungsprojekte:
 - Gängigste Einsatzform in Niederlanden
 - Ein- oder mehrjähriges Projekt

- Form des arbeitgebergeleiteten Arbeitnehmerengagements, die der betriebsinternen Kommunikation dient
- Bietet zielorientiertes Training für Führungsqualitäten, Kommunikation, Kreativität und Flexibilität
- Beim Personal und im lokalen Gemeinwesen werden gegenseitiges Verständnis und Wertschätzung gefördert
- Bsp. Luffahrtgesellschaft KLM führt zweimal im Jahr auf freiwilliger Basis eine Projektwoche für Mitarbeiter/innen durch, in der diese jeweils einen Tag und höchstens zweimal im Jahr in einem gemeinnützigem Projekt mitarbeiten können; Mitarbeiter stellen selbst Liste mit gesellschaftlichen Themen zusammen, für die sie sich einsetzen wollen. Die Unternehmensleitung stellt dann Prioritätenliste zusammen und sucht nach Projekten
- Bsp. Frühlingsfest für körperlich Behinderte
- Wirkung: Mitarbeiter lernen sich besser in einem anderen Kontext kennen, Förderung betrieblicher Integrationsprozesse
- Entsendung:
 - Eine/e Mitarbeiter/in wird auf eigenen Wunsch oder auf Wunsch des Arbeitgebers, Vollzeit oder Teilzeit, in gemeinnützigen Organisation eingesetzt, ohne den Arbeitgeber zu wechseln
 - Ziel: Erwerb neuer Fähigkeiten und Kenntnisse, Erweiterung des sozialen und gesellschaftlichen Horizonts, Mitwirken des Unternehmens an der Lösung gesellschaftlicher Probleme
 - Bsp. „Unternehmen vor der Schulklassen“
 - Auf Wunsch des Bildungsministeriums in Zusammenarbeit mit „Personalbehörde für den Bildungssektor“
 - Hintergrund: dauernder Lehrermangel
 - Unternehmen Ordina entsandte 18 Mitarbeiter/innen auf Teilzeitbasis als Lehrer
 - Schulen bezahlen an Ordina die Stunden
 - Ziel: Weiterentwicklung und Anbindung von Mitarbeitern, Förderung einer vertieften Beziehung von Bildungs-/Ausbildungseinrichtungen und regiona-

len Unternehmen, die daran interessiert sind, die Verbindung zwischen Ausbildung und Arbeitsmarkt zu verbessern

- Mentorentätigkeit:
 - Ein/e Arbeitnehmer/in unterstützt eine Organisation oder Person, um die eigenen persönlichen Fähigkeiten des Begleitens (Coachen) und Beratens weiterzuentwickeln
 - Bsp. Pilotprojekt „Coachen in Schulen“ 1999; KPMG in Zusammenarbeit mit Den Haag
 - Inspiriert von dem britischen „Head Teachers Mentoring Scheme“ (bringt Schulleiter und leitende Angestellte aus Unternehmen seit Jahren zusammen)
 - Ziel: Erhöhung der persönlichen Effizienz
 - Sehr erfolgreich!
- Beratungs-, Vorstands- und Beiratstätigkeiten:
 - Unternehmensmitarbeiter/innen übernehmen ehrenamtliche Leitungsfunktionen zur Entwicklung ihrer Führungsqualitäten
 - Sie stellen ihre fachliche Kompetenz zur Verfügung
 - Vorteil: Verbindung von Personalentwicklung mit gemeinnützigem Bedarf; Erweiterung persönlicher und betrieblicher Netzwerke am Unternehmensstandort
- Matched Giving:
 - Bereitstellung von Arbeitszeit, Geld und Sachmitteln wird miteinander kombiniert
 - Unternehmen spenden zusätzlich an die Organisationen, in denen sich bereits Personal freiwillig engagiert, oder sie verdoppeln die Beträge, die von ihren Arbeitnehmern in Spendensammlungen erzielt wurden

2.2.3 Bereiche und Verbreitung unternehmerischen Engagements

In welchen Bereichen engagieren sich Unternehmen? Die vom Institut für Mittelstandsforschung befragten Unternehmen sind am häufigsten im Bereich Soziales aktiv

(86,7 %). 76 % unterstützen den Bereich Kultur/Bildung und im Sportbereich sind 65 % engagiert (vgl. IfM 2002, S. 7). Weniger vertreten sind Corporate-Citizenship-Aktivitäten in den Bereichen Wissenschaft (42,2 %) und Umwelt (31,1 %). Unter Berücksichtigung der Verbreitung einzelner Maßnahmen in den Bereichen, stellt die Geldspende jeweils den größten Anteil dar, im Bereich Soziales sind es 74 % (vgl. IfM 2002, S. 7). Bürgerschaftliches Engagement findet laut den Befragungsergebnissen überwiegend informell statt, das heißt ohne vertragliche Grundlage (Sponsoring-Aktivitäten ausgenommen) (vgl. IfM 2002, S. 7). Durchschnittlich 0,07 % ihres Jahresumsatzes wendeten die vom Institut für Mittelstandsforschung befragten Unternehmen für ihr bürgerschaftliches Engagement auf, die kleinen und mittleren Unternehmen an ihrer Leistungsfähigkeit gemessen vergleichsweise etwas mehr (vgl. IfM 2002, S. 8f.).

Zu ähnlichen Ergebnissen hinsichtlich der Verteilung der Anteile auf vergleichbare Aktionsfelder kommt eine Auswertung der Bewerber zum Handwerks-Preis 2005 (Soziales: 73,8 %, Freizeit: 63,4 %, Kultur: 61,4 %, Bildung: 54,5 %, Umwelt: 38,6 %) (vgl. Maaß 2005). Der Handwerks-Preis 2005 wurde von der Bertelsmann Stiftung und dem Zentralverband des Deutschen Handwerks an Betriebe vergeben, die auf Eigeninitiative setzen und ein erfolgreiches und innovatives unternehmerisches Engagement sowie eine ausgeprägte mitarbeiterorientierte Unternehmenskultur mit herausragender gesellschaftlicher Verantwortung verbinden (vgl. Bertelsmann Stiftung o. J.).

Einen Einblick in das freiwillige gesellschaftliche Engagement von inhabergeführten Unternehmen mittlerer Größe und seine Entwicklungen ausgehend von den Jahren 2001 bis 2005 gibt eine weitere Studie des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn (vgl. Maaß; Backes-Gellner 2006). Die Autoren verstehen hier unter Corporate Citizenship das freiwillige und nachhaltige Engagement von Unternehmen im sozialen Umfeld. Dieses ist durch die persönliche Beteiligung von Unternehmer/in, Geschäftsleitung und/oder Mitarbeiter/innen gekennzeichnet, welche die bürgerschaftlichen Austauschbeziehungen zwischen Unternehmen und den verschiedenen sozialen Gruppen im Umfeld erst entstehen lässt, im Unterschied zu rein anonymen Formen wie Spenden. Die Ergebnisse der Erhebung zeigen, dass der Anteil von Corporate Citizenship praktizierenden kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland von

22,6 % im Jahr 2001 auf 26 % im Jahr 2005 angestiegen ist. Maaß und Backes-Gellner (ebd.) führen diesen mehr als dreiprozentigen Zuwachs auf die in Presse und Wissenschaft geführte Diskussion über Corporate Citizenship und ein damit einsetzendes Umdenken hin zu einem strategischen und aktiveren Ansatz unternehmerischen Engagements zurück. Darüber wie kontinuierlich die Aktivitäten sind, kann keine Aussage getroffen werden. Demgegenüber ist der Anteil von Unternehmen die ausschließlich materielle Ressourcen vergeben (Corporate Giving) im gleichen Zeitraum von 18,5 % (2001) auf 15,1 % (2005) gesunken. Kein gesellschaftliches Engagement zeigen 58,9 % der in den Jahren 2001 und 2005 befragten Betriebe (vgl. ebd., S. 3).

Mögliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland

Lang (2003) zufolge finden sich keine Hinweise auf eine Differenzierung des Umfangs und der Engagementbereitschaft von Unternehmen in den alten und neuen Bundesländern (vgl. Lang ebd., S. 234).

Allerdings existieren nach unserem Kenntnisstand bisher keine repräsentativen Studien zum bürgerschaftlichen Engagement von Unternehmen mit nach Ost und West differenzierten Auswertungen.

Bei der Betrachtung des Themas mit Blick auf Ostdeutschland sind verschiedene Aspekte zu berücksichtigen, welche bezüglich des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen in Ostdeutschland einzubeziehen sind. Es ist durchaus denkbar, dass sich andere Engagementformen entwickelt haben, bzw. dass andere Schwerpunkte in den Aktionsfeldern gesetzt werden.

Zum einen weist die wirtschaftliche Struktur in Ostdeutschland einige Kennzeichen auf, die sich zu der westdeutschen unterscheiden. Der Wechsel von einer Planwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft hatte einschneidende Auswirkungen auf die Unternehmenslandschaft in den ostdeutschen Bundesländern. Beispielsweise sind die Betriebsgrößen als Ergebnis des Transformationsprozesses viel kleiner, Großbetriebe fehlen bzw. existieren grundsätzlich zu wenige Unternehmen (vgl. Bellmann u. a. 2006, S. 12). Die überwiegende Zahl der Betriebe (95 %) hat weniger als 50 Beschäftigte, 4 % sind mittlere Betriebe mit 50 bis 250 Beschäftigten und nur 1 % der Betriebe be-

schäftigt mehr als 250 Personen (vgl. Bellmann u. a. 2006, S. 12). Eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung konnte trotz der allgemein anerkannten Fortschritte, die Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung erfahren hat, bisher nicht erreicht werden (vgl. z. B. Dohnanyi; Most 2004, Bundesregierung 2006).

Positive Regionalentwicklungen mit hohem Wachstumspotenzial stehen Regionen gegenüber, die u. a. starke Abwanderungstendenzen oft aufgrund fehlender Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten verzeichnen.

Vor diesem Hintergrund bestehe die Herausforderung für viele Betriebe in der kurz- und mittelfristigen Existenzsicherung, welche „die Frage nach Verantwortung für die Region in das Unternehmen „einwandern““ lasse (Thomas u. a. 2006: 4). Auf der anderen Seite ist auch eine Region auf ihre Unternehmen angewiesen, woraus sich die Chance einer gemeinsamen sozialen Verantwortung ergebe.

Insbesondere die Frage der Fachkräftegewinnung und -sicherung bildet eine drängende Aufgabe für Unternehmen und ihre zukünftige Existenz. Von daher liegt es nahe, wenn sich auf dieses Handlungsfeld die unternehmerischen Aktivitäten im Gemeinwesen beziehen. Bei den Recherchen viel auf, dass es viele Beispiele von Unternehmen gibt, die Kontakte zu Schulen bzw. Klassen sowie Hochschulkooperationen aufbauen.

2.3 Dritter Sektor

Der Dritte Sektor umfasst zum einen sämtliche Formen bürgerschaftlichen Engagements, die über Vereine, Verbände, Selbsthilfegruppen und andere Einrichtungen organisiert sind, und zum anderen informelle bürgerschaftliche Aktivitäten wie zum Beispiel Nachbarschaftshilfe. Er lebt von den Bürger/innen, die sich als aktive Mitgestalter für ein lebendiges Gemeinwesen einsetzen. Die Grenzen zwischen informellen und organisierten Formen des bürgerschaftlichen Engagements sind fließend: Wenn Jugendliche den Hund der Nachbar/innen ausführen oder Babysitten kann dies von Tür zu Tür besprochen werden (man kennt sich) oder diese Dienste werden über eine Freiwilligenagentur vermittelt. Freiwilligenagenturen bilden damit ein wichtiges Bindeglied zwischen Kommunalverwaltung, Projekten und engagementbereiten Bürger/innen. Ty-

pische Aktivitäten, die vermittelt werden, sind Hausaufgabenhilfe für Schüler/innen, Besuche bei älteren Menschen, Patenschaftsprojekte für Arbeitssuchende, Vorlesen für Kinder, Obdachlosenhilfe, Unterstützung kultureller Veranstaltungen, handwerkliche Tätigkeiten oder Büroarbeiten und organisatorische Aufgaben. Museen, Theater, soziokulturelle Zentren oder Sportvereine können davon profitieren, dass sich Bürger/innen einsetzen, indem sie mit anpacken, Mittel Dritter mobilisieren oder selbst spenden. *„Auf diese Weise ist es möglich, die kulturelle Vielfalt im unmittelbaren Lebensumfeld nicht nur zu sichern, sondern auch gezielt auszubauen.“* (Bullerjahn 2006, S. 49)

Die Idee der Bürger- oder Zivilgesellschaft entspricht dem Selbstverständnis einer politischen Gesellschaft, die das Ziel verfolgt, Politik zumindest teilweise zu „entstaatlichen“. Es geht um ein erweitertes Politikverständnis, um eine Gesellschaft aktiver Bürger, die durch politische Partizipation und Mitbestimmung auch und gerade jenseits der formalen politischen Institutionen das Gemeinwesen gestalten (vgl. Sachße 2002, S. 3).

Da zivilgesellschaftliche Demokratisierung und gesellschaftliche Pluralisierung und individuelle Freiheit in einem „prekären Spannungsverhältnis“ stehen, bedarf es nach Sachße (ebd.) dringend steuernder Stabilisierung. Die staatliche Aktivierung zivilgesellschaftlichen Engagements steht jedoch vor dem Problem, dass sich dieses gegen unmittelbare politische Instrumentalisierung sträubt. Sachße sieht Chancen der Förderung daher am ehesten in „weichen“ Formen der Ermutigung und Förderung.

Wer engagiert sich?

Eine Reihe von Studien analysiert soziodemographische Merkmale von Engagierten. Sie versuchen zudem zu ergründen, warum sich bestimmte Bevölkerungsgruppen stärker gemeinwohlorientiert in die Gesellschaft einbringen als andere und wie auch bislang nicht Engagierte aktiviert werden können.

Nicht immer kommen die Studien zu den gleichen Ergebnissen. Ebenso wie die Bestimmungsgründe für politische Partizipation vielfältig sind, so gibt es auch zahlreiche Faktoren, die beeinflussen, ob jemand aktiv wird oder nicht. Personenbezogene De-

terminanten für die Engagementbereitschaft sind zum Beispiel Einkommen und die Bildung und wirken mit strukturbezogenen Determinanten wie dem politischen Gesellschaftssystem zusammen (vgl. Wolf 2005). Die Persönlichkeitsfaktoren sind von den gesellschaftlichen Faktoren in der Forschung nicht immer leicht zu trennen, da wechselseitige Einflüsse bestehen.

Wolf (ebd.) benennt als personenbezogene Determinanten:

- Die Psychische Grundbedingungen wie die Charakterzüge, Einstellungen, Motive, Wertorientierungen einer Person: So engagieren sich persönlichkeitsstarke, kontaktfreudige, gesellige und selbstbewusste Menschen stärker als furchtsame, verschlossene und unsichere Persönlichkeiten.
- Erwartungshaltungen und Einstellungen: Diese sind eng verbunden mit individuellen und gruppenspezifischen sozialen Erfahrungen und der politischen Kultur eines Landes. Wichtig ist zum Beispiel, ob jemand dem Funktionieren des politischen Systems grundsätzlich vertraut und ob er von der eigenen Fähigkeit, Politik wirksam zu beeinflussen überzeugt ist.
- Betroffenheit: Die Motivation zur Beteiligung ist dann hoch, wenn es um Projekte und politische Entscheidungsprozesse geht, die einen hohen Stellenwert im individuellen und kollektiven Wertesystem einnehmen.
- „Kosten-Nutzen-Rechnung“: Der direkte materielle Gewinn und die immaterielle Zielsetzung wie die Befriedigung von Statusbedürfnissen einer Person spielen eine Rolle.
- Partizipationsverständnis: Fühlt sich jemand zum Beispiel zu politischem Engagement verpflichtet?
- Informiertheitsgrad: Basis für die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement oder politischer Beteiligung sind Kenntnisse über Beteiligungsmöglichkeiten und ein guter Wissensstand über die Funktionszusammenhänge des politischen Systems.
- Fähigkeit zur Artikulation von individuellen und kollektiven Interessenslagen.

- Zeit
- Familienstand: Verheiratete bzw. in Partnerschaft Lebende mit einem oder mehreren Kind/ern sind überdurchschnittlich häufig aktiv.
- Alter: Die Partizipationsrate steigt bis zum Alter von etwa 30 Jahren an und fällt ab dem 60. Lebensjahr wieder ab (die 40 – 50jährigen sind nach Klie u. a. 1999 am engagiertesten).
- Geschlecht: Einige Studien ermitteln höhere Engagementquoten der Männer (so ist zum Beispiel nach Wolf 2005 bei gleicher sozioökonomischer Ressourcenausstattung und gleich hohem Bildungsniveau die Partizipationsrate der Männer im konventionellen Bereich nahezu doppelt so hoch wie die der Frauen), andere bei Frauen (vgl. z. B. Klie u. a. 1999), insb. im sozial-karitativen Bereich.
- Sozioökonomischer Status: Diese Determinante hat möglicherweise den größten Einfluss. Personen mit höherem Einkommen und hoher Bildung engagieren sich überdurchschnittlich. Daneben ist auch der Berufsstand ausschlaggebend (es sind überdurchschnittlich viele Beamte und Angestellte aktiv). Alle drei Faktoren müssen in ihrem Wirkungszusammenhang gesehen werden (vgl. auch Munsch 2003). Die für das Engagement notwendigen Ressourcen wie organisatorische Fähigkeiten, kommunikative Ressourcen, die Bereitschaft, auf fremde Menschen zuzugehen und Verantwortung für ein Projekt zu übernehmen, wächst mit steigenden Schul- und Berufsabschlüssen.
- Herkunft: Der Großteil der Engagierten hat die deutsche Staatsbürgerschaft. Bürgerschaftliches Engagement wird aktuell häufig als Möglichkeit zur Integration von Migrant/innen diskutiert.
- Biographische Erfahrungen: So kann beispielsweise der Verlust eines nahen Angehörigen zu Engagement im Hospizbereich führen. Bei sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen dominiert eine informelle, spontane Solidarität unter Familienangehörigen und Freunden, während kaum Erfahrungen mit formellem Engagement in Vereinen oder anderen Organisationen bestehen (vgl. Munsch 2003).

Insgesamt können die bürgerschaftlich Engagierten mit einem sehr ausgeprägten Mittelschichtenprofil charakterisiert werden (vgl. Klie u. a. 1999). Schumacher (2004) stellt die Ergebnisse einer qualitativen Untersuchung in vier Berliner Umweltorganisationen und –initiativen vor, deren zentrale Fragestellung war, in welchem Verhältnis Erwerbsarbeit und freiwilliges Engagement auf Ebene der engagierten Bürger/innen zueinander stehen. Verschiedene individuelle Perspektiven werden deutlich, die zu Typen zusammengefasst werden können: Beim Typ „Verstärkung“ werden Fähigkeiten und Erfahrungen aus dem Beruf in das Engagement hinein getragen und umgekehrt. Für den Typ „Ergänzung“ hat das Engagement den Charakter einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung, die neben anderen subjektiv bedeutsamen Tätigkeitsbereichen einen Platz einnimmt, der zeitlich weniger umfangreich als beim Typ „Verstärkung“ ist. Der Typ „Überbrückung“ übt das Engagement in Phasen der Erwerbslosigkeit aus. *„Es beruht auf dem Wunsch, im gesellschaftlichen Umfeld mitzuwirken und einen sozialen und inhaltlichen Ausgleich für das fehlende berufliche Umfeld zu finden. Ferner wird es als Rahmen genutzt, um sich beruflich neu zu orientieren und neu erworbene Kenntnisse zu erproben“* (Schumacher 2004, S. 55). Der Typ „Ausgleich“ sucht das Engagement, da das gegenwärtige Beschäftigungsverhältnis nicht den individuellen Ansprüchen entspricht. Die Möglichkeit, sich in gesellschaftlich relevanten Bereichen zu engagieren, wird als Element der Selbstbestimmung und der Information („auf dem Laufenden bleiben“) verstanden. Für Personen, für die Erwerbsarbeit keine zentrale Rolle spielt, z. B. im Ruhestand oder nach der Familienphase, kann das Engagement den Charakter einer „alternativen Aufgabe“ erhalten, die andere Tätigkeiten ersetzt (vgl. Schumacher 2004).

Neben den personenbezogenen Determinanten gibt es Einflussfaktoren, die sich aus dem sozialen Umfeld ergeben und die individuell-psychischen, sozialen und demographischen Determinanten ergänzen. So spielen zum Beispiel die primären Sozialisationsagenturen wie Familie und Freundeskreis, sekundäre Sozialisationsagenturen wie Schule, Jugendverbände und tertiäre Sozialisationsagenturen, d. h. Institutionen wie Parteien, Verbände und Kirchen eine Rolle für das Beteiligungsverhalten. Die familiäre Sozialisation beeinflusst maßgeblich die Vermittlung allgemeiner politischer Wertorien-

tierungen. Auch die berufliche Sozialisation, etwa das Ausmaß der Mit- und Selbstbestimmung am Arbeitsplatz, übt einen starken Einfluss aus. Partizipations- und Engagementbereitschaft sind Bestandteil eines permanenten politischen Sozialisationsprozesses. Eine Rolle spielt dabei auch die Berichterstattung in den Medien.

Als strukturbezogene Determinanten macht Wolf (2005) die soziodemographische und sozialräumliche Struktur einer Kommune aus. Sie stellt in Städten – insbesondere in mittelgroßen Städten – eine höhere Partizipation fest als in ländlichen Gebieten. Je größer Bevölkerungszahl und Urbanisierungsgrad desto größer sind die Differenzen im Partizipationsverhalten unterschiedlicher Bildungsgruppen. Die Identifikation mit der Gemeinde und die Wohndauer fördern politisches Engagement (vgl. ebd., S. 86)

Bürgerinnen und Bürger, die sich an bürgerschaftlichen Projekten beteiligen, entfalten dabei oft ein hohes Maß an Kreativität. Sie übernehmen sehr bewusst Verantwortung und die Engagementbereitschaft wächst mit den Aktivitäten. In einer Befragung von bürgerschaftliche aktiven Personen in Baden-Württemberg (BW) wurden allerdings auch Schwierigkeiten benannt, die im Zusammenhang mit dem Engagement auftreten (vgl. Klie u. a. 1999) können:

- Es ist nicht immer leicht zwischen der Übernahme von Verantwortung und dem Bewahren einer gewissen Unabhängigkeit eine Balance zu finden: Wer schlecht „nein sagen“ kann oder sich schnell verpflichtet fühlt, ist leicht überfordert.
- Die meisten Vorhaben sind aufwendiger und benötigen mehr Zeit als ursprünglich veranschlagt.
- Die Gewinnung von neuen Mitgestalter/innen ist häufig mühsam und erfordert eigenen Aufwand. Ein Großteil der Arbeit bleibt immer an denselben hängen: Wer aktiv ist, engagiert sich meist mehrfach.
- Insbesondere Engagierte, die Leitungsaufgaben übernehmen, machen oft die Erfahrung, dass Ihnen Fachwissen fehlt (zum Beispiel zu Versicherungs- und arbeitsrechtlichen Fragen). Außerdem müssen sie manchmal Verantwortung für Personal und für die Verwaltung von Geldern übernehmen.

Gaskin und Smith (1997) benennen folgende Gründe als wesentliche Hemmfaktoren, sich bürgerschaftlich zu engagieren: Zu wenig Freizeit, noch nie angesprochen worden sein und daher nie wirklich drüber nachgedacht haben. In einer europaweiten Studie stellten sie fest, dass die wenigsten Bürger/innen negativ gegenüber bürgerschaftlichem Engagement eingestellt sind, dass aber Unwissenheit über Möglichkeiten und Potenziale von bürgerschaftlichen Projekten weit verbreitet ist. Gaskin und Smith erkennen das Versäumnis der Freiwilligen-Organisationen, Ehrenamtliche in hinreichender Zahl anzusprechen (vgl. ebd., S. 36). Für die Anwerbung von Ehrenamtlichen seien soziale Netzwerke äußerst wichtig: Ein großer Teil der Aktiven ist durch Freunde oder Familienmitglieder auf die Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements aufmerksam geworden. Braun u. a. (2000) bauen deshalb auf den auf den Aus- und Aufbau kommunaler Unterstützungsstrukturen, um die Zugangschancen zum freiwilligen Engagement durch aktive Ansprache und die Information interessierter Bürger/innen über Möglichkeiten, Tätigkeitsfelder und Organisationsmöglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement zu verbessern. Dies sollte bereichsübergreifend und für alle Bevölkerungsgruppen geschehen.

2.3.1 Motivation für bürgerschaftliches Engagement

Die Gründe der Bürger/innen, sich bürgerschaftlich zu engagieren sind vielfältig. Grundsätzlich können folgenden Motivationen unterschieden werden:

- altruistische Motive wie Solidaritätsgefühl, Mitleid, Mitgefühl oder Identifikation mit Armen und Notleidenden sowie Pflichterfüllung und Gemeinwohlorientierung,
- gemeinschaftsbezogene Motive wie der Wunsch nach Kontakten und Kommunikation und soziale Integration,
- gestaltungsorientierte Motive wie das Anliegen aktiv zu partizipieren und mitzubestimmen,
- problemorientierte Motive, also die Bewältigung eigener Probleme oder die Veränderung gesellschaftlicher Missstände und

- entwicklungsbezogene Motive. Dabei geht es um das Erlangen neuer Erfahrungen und Fähigkeiten (personal growth), Selbstverwirklichung oder das Verlangen, sich sinnvoll während einer Arbeitslosigkeit oder nach der Verrentung zu beschäftigen, das Bedürfnis persönliche Zufriedenheit zu finden sowie
- moralische und religiöse Gründe wie die Verfolgung des Gebots aktiver Nächstenliebe, die Vorstellung von politischer Verpflichtung oder moralische und ethische Wertvorstellungen. (vgl. u. a. Barker 1993)

Diese Motive treten nicht isoliert auf. Vielmehr wirkt eine Kombination mehrere Motive zusammen.

Gemäß Anheier und Toepler (2002) lassen europäische Untersuchungen eine „deutliche Verschiebung von religiös-moralischen Vorstellungen weg, hin zu instrumentellen, individualistischen Motivlagen“ (Anheier; Toepler 2002, S. 32) für Ehrenamtlichkeit erkennen. War in der Vergangenheit die Religiosität oft Bindeglied zwischen den verschiedenen Motivlagen, verlieren religiöse Werte und selbstlose Motive seit den 1980er Jahren im Zuge der Säkularisierungsbewegungen v. a. in Europa und Australien an Bedeutung, während individuelle und instrumentelle Gründe (zum Beispiel Erlangen neuer Erfahrungen und Fähigkeiten) relativ an Bedeutung gewonnen haben. Bürgerschaftliches Engagement steht immer weniger im Dienste des Nächsten oder der Gemeinschaft, sondern wird häufig als Qualifizierungsbemühung verstanden und durch eigennützige Überlegungen motiviert (zum Beispiel Knüpfen von Kontakten für das Berufsleben oder zur Freizeitgestaltung, vgl. ebd.) – die Enquete-Kommission spricht von einer Verschiebung von pflichtbezogenen Motiven hin zu selbstbezogenen Motiven (vgl. Enquete-Kommission 2002a, S. 115). Die veränderten Motivlagen beeinflussen Art, Umfang und Struktur des bürgerschaftlichen Engagements. Ehrenamtliches Engagement ist ergebnisorientierter geworden. Die Bürger/innen interessieren sich heute vielmehr für kurzfristige Aufgaben mit konkreten Ergebnissen, als dass sie zum allgemeinen Einsatz für bestimmte Organisationen und deren Ziele bereit wären (vgl. Anheier; Toepler 2003, S. 36).

Immer ist Engagement auch in den biografischen Prozess eingebettet und basiert auf lebensgeschichtlichen Erfahrungen. Es ist beispielsweise begründet in persönlichen religiös oder weltanschaulich fundierten Grundüberzeugungen und knüpft an eigene Konflikte (Lebenskrisen, aktuelle Problemlagen, biografische Neuorientierung) an (vgl. Enquete-Kommission 2002a, S. 118). Die Pluralisierung von Lebensentwürfen und die Auflösung tradierter sozialer Milieus wirkt auf das Bürgerschaftliche Engagement und dessen lebensgeschichtliche Einbettung (vgl. Enquete-Kommission 2002a, S. 120). „Die ‚biografische Passung‘ für die Übernahme einer bürgerschaftlichen Aktivität [wird] immer wichtiger“ (vgl. Enquete-Kommission 2002a, S. 120). Diese erfordert institutionelle Passung. Lebensgeschichtliche Motive (potenziell) engagierter Bürger/innen und die Anforderungen des Engagements müssen unter einen Hut gebracht werden.

Insgesamt ist nicht nur mit einem entsprechenden Angebot an Ehrenamts-Aufgaben auf die veränderten (gesellschaftlichen) Bedingungen einzugehen, anzusetzen ist auch an den Hemmnissen für Bürgerschaftliches Engagement. Nach Anheier und Toepler ist der Hauptgrund, sich nicht bürgerschaftlich zu engagieren neben dem Mangel an freier Zeit eine weit verbreitete Unwissenheit über Möglichkeiten und Potenziale, also die Tatsache, nie gefragt bzw. angesprochen worden zu sein bzw. nie wirklich darüber nachgedacht zu haben (vgl. Anheier; Toepler 2002, S. 36).

2.3.2 Spezielle Zielgruppen für bürgerschaftliches Engagement

Jugendliche

Mit einem Anteil von 37 % ist die Gruppe der 14- bis 24-Jährigen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung nach den Ergebnissen des Freiwilligensurveys von 1999 überdurchschnittlich engagiert (vgl. Enquete-Kommission 2002a, S. 203). Auch darüber hinaus besteht Engagementpotenzial: Zwei Drittel der nicht engagierten Kinder und Jugendlichen hätten durchaus Interesse an einem Engagement und die Hälfte der bereits Engagierten wäre bereit, ihre Aktivitäten auszuweiten (vgl. ebd., S. 210).

Jugendliches Engagement findet vor allem in den Bereichen „Sport und Bewegung“, „Freizeit und Geselligkeit“, „Schule/Kindergarten“, „Kirchlicher/religiöser Bereich“,

„Rettungsdienste/Freiwillige Feuerwehr“ statt. Sein Schwerpunkt liegt im persönlichen Lebensumfeld der Kinder und Jugendlichen, es bezieht sich auf Kinder und Jugendliche und kommt diesen zugute (vgl. ebd., S. 203). Unterrepräsentiert sind in der Gruppe der Kinder und Jugendlichen soziale und politische Engagementfelder. Der Anteil der Jugendlichen, die sich für Politik interessieren ist rückläufig. Dies ist verstärkt in den neuen Bundesländern spürbar (vgl. ebd., S. 205). Einer Ablehnung der klassischen Bundes-, Landes-, Lokalpolitik steht das Interesse und die Bereitschaft und Fähigkeit zum Engagement für die Probleme des eigenen Alltags- und Lebensbereichs ebenso wie für globale Probleme (beispielsweise Umweltschutz und Menschenrechte) gegenüber.

Die soziale Integration – das Eingebunden-Sein in Organisationen und Strukturen, ein großer Freundeskreis, die Verwurzelung am Wohnort sowie Kirchenbindung – ist auch für Kinder und Jugendliche wichtige Voraussetzung für Engagement und wird wiederum durch Engagement verstärkt (vgl. ebd., S. 207). Die Art und Weise wie Jugendliche an bürgerschaftliches Engagement herangeführt werden und die Erfahrungen, die sie dabei machen, üben einen großen Einfluss auf ein potenzielles Engagement im Erwachsenenalter aus: Eine frühe Sozialisation spielt eine wichtige Rolle für späteres gemeinwohlorientiertes Handeln (vgl. Jakob 2002, BMFSFJ 2005). Vor dem Hintergrund dieser „Investition“ in das künftige Sozialkapital der Gesellschaft gewinnt die Engagementförderung in Kindheit und Jugend eine herausragende Bedeutung. Mögliche Formen für Jugendliche sich in die Bürgergesellschaft einzubringen, sind zum Beispiel das „Freiwillige Soziale Jahr“, das „Freiwillige Ökologische Jahr“ oder der „Europäische Freiwilligendienst“. Diese Freiwilligendienste fungieren zum einen als „Gelegenheitsstrukturen für Partizipation und Mitgestaltung“ und zum anderen als „Sozialisationsinstanzen für bürgerschaftliches Engagement“ (vgl. Jakob 2002).

Stärker gesellschaftspolitisch orientierte Handlungsfelder als Lernorte für Partizipation und Mitgestaltung ergeben sich durch die Beteiligung an politischen Initiativen oder Organisationen im lokalen Raum. Gemäß der Enquete-Kommission (2002a) sollte die Engagementförderung stärker in den Alltag pädagogischer Institutionen und Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Horte, Jugendfreizeiteinrichtungen etc. einfließen sowie

eine gezielte Unterstützung von Kindern und Jugendlichen durch Infrastruktureinrichtungen wie Freiwilligenagenturen und Ehrenamtsbörsen stattfinden (vgl. Enquete-Kommission 2002a, S. 208). Es müssten also für Kinder und Jugendliche Zugangswege eröffnet werden, die Möglichkeiten für Information und Kontakt eröffnen. Zudem müssen angemessene Gelegenheitsstrukturen in Organisationen, Verbänden und Vereinen, welche die Interessen von Kindern und Jugendlichen berücksichtigen, geschaffen werden. Das heißt, die angebotenen Themen und Aufgaben müssten überschaubar und zeitlich berechenbar sein, den Engagierten aber nichtsdestotrotz genügend Raum für selbstbestimmte Entscheidungen und eigenverantwortliches Handeln lassen (vgl. ebd., S. 211).

Ältere

Die derzeitige demographische Entwicklung legt die Erweiterung der Zielgruppe der sich engagierenden Bürger/innen um die „jungen Alten“ nahe. Immer mehr Menschen scheiden früher aus dem Arbeitsleben aus und die Menschen leben länger. Dabei sind sie körperlich und geistig fit und zudem oft gut ausgebildet. (vgl. u. a. Seiters 2005, S. 8) Beim Eintritt in den Ruhestand haben Menschen heutzutage durchschnittlich noch etwa zehn bis zwanzig Jahre, die sie aktiv gestalten können. Ihre freie Zeit wollen sie mit sinnvollen Tätigkeiten füllen.

Obwohl die nachberufliche Lebensphase damit sowohl für den Einzelnen als auch für die Gesellschaft an Bedeutung gewinnt, wurde das Potenzial gesellschaftlicher Teilhabe und aktiver Gestaltung dieser Lebensphase durch die Frühverrentungsprozesse sogar negativ beeinflusst. Voraussetzung für eine Engagementbereitschaft ist in der Regel ein gewisses Maß an sozialer Integration. Ein abrupter Übergang in den Status des Ruheständlers kann als Bruchstelle wirken (vgl. Sing 2001, S. 31). Dies betrifft Menschen in der mittleren Lebensphase und Ältere in Ostdeutschland in besonderem Maße. Sing (ebd.) plädiert dafür, gesellschaftliche Räume neben dem Arbeitsmarkt zu öffnen, um Ausschlusserfahrungen Nicht-Erwerbstätiger zu überwinden. Gesellschaftliche Integration ist durch gezielte Teilhabe an gesellschaftlicher Arbeit wie etwa im Bereich der sozialen Dienste und der Ökologie möglich. Diese Beschäftigungsfelder dürf-

ten allerdings nicht in Konkurrenz zu bestehenden Arbeitsplätzen stehen: Es geht um zusätzliche Aufgaben, die ohne bürgerschaftliches Engagement nicht erbracht würden.

Das Engagement Älterer ist individuell wie gesellschaftlich voraussetzungsvoll. Ältere Arbeitnehmer sind oft nicht auf das Ende ihrer Berufstätigkeit vorbereitet und können ihre neu gewonnen Freiräume nicht unbedingt als „Chance für neue Lebensinhalte“ nutzen, insbesondere gelingt dies dann nicht, wenn ihnen die entsprechenden Grundlagen fehlen (vgl. Albrecht 2003, S. 191). Es bedarf einer Infrastruktur der Engagementförderung im Alter und fördernder Rahmenbedingungen, die sowohl organisatorische Unterstützung bieten als auch gesellschaftliche Wertschätzung vermitteln. Das vom BMFSFJ initiierte Modellprogramm „Seniorenbüros“ (vgl. auch Kap. 2.4.3) verfolgt das Ziel, eine engagementfördernde Infrastruktur für ältere Menschen aufzubauen. Absicht ist die Beratung älterer Menschen über Aktivitätsmöglichkeiten, die ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechen, die Vermittlung ehrenamtlicher Aufgaben und Hilfe beim Aufbau eigenen Projektgruppen.

Der Mangel an Informationen bezüglich der Möglichkeiten eines Engagements, die Befürchtung, nicht ernst genommen zu werden sowie die Angst, den Anforderungen des Ehrenamts nicht gerecht zu werden, sprechen für viele Ältere gegen die Übernahme einer freiwilligen Tätigkeit. Die im Zusammenhang mit dem Modellprogramm „Seniorenbüros“ gewonnenen Erfahrungen legen jedoch nahe, dass diese Barrieren eines ehrenamtlichen Engagements durch gezielte Qualifizierungsangebote weitgehend überwunden werden können (vgl. BMFSFJ 2001).

Wenn sich Ostdeutsche im Ruhestand bürgerschaftlich engagieren, so beruht der Wunsch danach meist mehr auf persönlichem Interesse am Kontakt zu anderen Menschen oder auf karitativer Überzeugung als auf dem Eingebundensein in Organisationen. Das Engagement gilt also der „Beziehungspflege zu Gleichgesinnten“ im Sinne eines „Miteinander – Füreinander“ (Albrecht 2003, S. 191) – der Aspekt „Hilfe für Andere“ ist dagegen weniger ausgeprägt.

Meist hat, wer im nachberuflichen Lebensalter aktiv ist, das Engagement schon während des Erwerbslebens begonnen und häufig besteht ein Zusammenhang zwischen

ehemaliger beruflicher Tätigkeit und der Art des Engagements. Hinsichtlich der Möglichkeiten und des Nutzen frühzeitiger Förderung bürgerschaftlichen Engagements für die soziale Integration Älterer besteht noch Forschungsbedarf.

Arbeitslose

Das Job-AQTIV-Gesetz vom 10.12.2001 (§ 118 a Sozialgesetzbuch Drittes Buch SGB III) legt fest, dass Arbeitslose einer ehrenamtlichen Tätigkeit nachgehen können, ohne dass ihr Anspruch auf Sozialleistungen entfällt, sofern das Engagement die berufliche Eingliederung nicht beeinträchtigt (vgl. Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz 2004). Mit dieser Regelung wird berücksichtigt, dass bürgerschaftliches Engagement die Chance Arbeitsloser erhöhen und Chancen bieten kann, in eine reguläre Beschäftigung zu finden.

Arbeitslose weisen allerdings eine niedrigere Engagementquote auf als der Bevölkerungsdurchschnitt und bei Engagierten, die arbeitslos werden, geht das Engagement häufig zurück. Nach Blaschke (2003) orientieren sich das öffentliche Engagement und die Engagementbereitschaft Armer und Arbeitsloser vorwiegend auf soziale (Nah-)Bereiche und auf den Selbsthilfebereich. Arbeitslose, die bürgerschaftlich aktiv sind, waren in der Regel bereits zu Zeiten der Erwerbstätigkeit engagiert. Manchmal gelingt es, über das Engagement entstandene Kontakte für die Wiederaufnahme einer Beschäftigung zu nutzen, was ein Indiz dafür ist, dass bürgerschaftliches Engagement die Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützt.

Den Ergebnissen einer im Jahr 2000 in Bayern durchgeführten qualitativen Befragung² sind gerade ältere Arbeitslose selten zu ehrenamtlichen Engagement bereit, da sie einerseits finanziell auf Erwerbsarbeit angewiesen sind, andererseits in einer Gesellschaft, die sie aus dem zentralen Lebensbereich der Erwerbsarbeit ausgeschlossen hat, nicht auch noch unbezahlte Arbeit leisten wollen. Sing (2001) sieht aber die Möglichkeit, dass Arbeitslose durch das Eingebunden-Werden in soziale Netze dennoch zur

² Die Studie erfolgte im Rahmen des Projekts „Ehrenamtliche Tätigkeiten und Erwerbsarbeit. Theoretische Aspekte und empirische Befunde zur Arbeitsmarktrelevanz des Ehrenamtes“, gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung

Mitarbeit zu aktivieren können. Notwendig dafür ist ein gesellschaftliches Umdenken, so dass rechtzeitig geeignete Maßnahmen getroffen werden können, die eine Alternative zur fehlenden Arbeitsmarktintegration bieten bzw. den negativen Effekten der Arbeitslosigkeit entgegenwirken.

In der Debatte um bürgerschaftliches Engagement wird von einem Großteil der daran Beteiligten das Krisenlösungspotenzial optimistisch beurteilt: So soll es zum Beispiel helfen, die Arbeitslosigkeit zu senken und die Qualität sozialpolitischer Leistungen zu erhalten bzw. zu erhöhen und damit den Verfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu verhindern. Ein konkretes Konzept zur Förderung ehrenamtlicher Arbeit ist das der „Bürgerarbeit“. Die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen schlägt vor, durch Bürgerarbeit ein *„neues attraktives Zentrum gesellschaftlicher Aktivität (...) jenseits der Erwerbsarbeit und jenseits der Arbeitspflicht für Sozialhilfeempfänger“* zu schaffen (vgl. Erlinghagen 2001). Die Kommission definiert Bürgerarbeit als freiwilliges soziales Engagement, das „projektgebunden“ und damit zeitlich begrenzt geleistet wird. Sie soll nicht entlohnt aber belohnt werden (zum Beispiel durch Anerkennung von Rentenansprüchen und Sozialzeiten oder Gebührenbefreiung für Kinderbetreuung im Kindergarten etc.). Sozialhilfeempfänger beziehen für diese Tätigkeiten nicht Sozialhilfe, sondern „Bürgergeld“. Der Vorschlag sieht vor, dass die Mittel dafür aus den Haushalten der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe entnommen werden. Bürgergeldempfänger sollen nicht mehr den Status „arbeitslos“ haben (neuer Berufsstand „Bürgerarbeiter“). Mit dem Konzept ist die Hoffnung verbunden, den Prozess der Dequalifizierung bei Arbeitslosen aufhalten zu können. Durch Bürgerarbeit sollen Arbeitslose ihre Fähigkeiten verbessern und neue Dinge hinzulernen (Bürgerarbeit als Qualifizierungsmaßnahme).

Nach Erlinghagen (ebd.) stützen empirische Ergebnisse diese Hoffnungen der Zukunftskommission jedoch nicht. Denn Arbeitslosigkeit erhöht nicht die Bereitschaft, ehrenamtlich tätig zu werden. Außerdem sieht er in der Erbringung öffentlicher Leistungen durch Bürgerarbeit die Gefahr, dass der notwendige Versorgungsgrad mit Kollektivgütern nicht erreicht wird.

Auch Mutz und Kühnlein (2003) sehen Konzepte wie „Bürgerarbeit für Arbeitslose“ (vgl. Beck 1997 und 1999 sowie Zukunftskommission 1998) ins Leere laufen, da es nicht allein darauf ankommen darf, Arbeitslose „irgendwie beschäftigen“.

In Ostdeutschland spielt Jakob (2003a) zufolge das Thema Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit bürgerschaftlichem Engagement eine sehr viel größere Rolle als in den alten Bundesländern. Grundsätzliche strukturelle Ähnlichkeiten bestehen dahingehend, dass in beiden Teilen der Republik Arbeitslose und Geringqualifizierte wenig in bürgerschaftliche Aktivitäten einbezogen sind. Allerdings interessieren sich ostdeutsche Arbeitslose stärker für Engagementmöglichkeiten und suchen vergleichsweise häufig Freiwilligenagenturen auf. In der DDR war die Lebensführung stark auf den Beruf bzw. auf die Betriebe zentriert. Der Rückgriff auf bürgerschaftliches Engagement in Zeiten der Arbeitslosigkeit ist in Ostdeutschland teilweise durch die Tradition erklärbar, dass Arbeit starke soziale Funktionen übernimmt. Jakob (2003) fordert, das bürgerschaftliche Engagement von Arbeitslosen stärker zu fördern, zum Beispiel durch mehr Mitspracherechte in politischen und verwaltungstechnischen Entscheidungsprozessen. Für Ostdeutschland ist insbesondere auf die Entfaltung einer eigenständigen Engagementkultur zu achten (vgl. ebd., S. 83).

Bürgerschaftliches Engagement ist sicherlich kein Allheilmittel zur Bekämpfung sozialer Problemlagen. Trube (2005) erkennt beispielsweise aber die Chance, dass durch Engagement von Bürger/innen neue Arbeitsplätze entstehen können: *„Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und ihre Initiierung durch bürgerschaftliches Engagement haben in der Vergangenheit zu so genannten arbeitsplatzgenerierenden Effekten beigetragen“* (Trube 2005, S. 53). Es sind Arbeitsfelder beispielsweise im Umweltschutz, im Gesundheits- und Sozialwesen und in der Kultur entstanden.

2.3.3 Einrichtungen bürgerschaftlichen Engagements

Zivilgesellschaftliche Strukturen werden in der BRD durch ein weites Netz von Vereinen, Verbänden und Bürgerinitiativen gebildet. Es gibt verschiedene Einrichtungen wie Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen, und -zentren und vergleichbare lokale Anlaufstellen die das Ziel verfolgen, freiwilliges und bürgerschaftli-

chen Engagement unterschiedlicher Zielgruppen anzuregen und zu unterstützen. Diese erfüllen eine Reihe von Funktionen, wie zum Beispiel die Vermittlung bürgerschaftlicher Aktivitäten, Interessenvertretung Ehrenamtlicher, das Anbieten von Fort- und Weiterbildungen, Plattform für Meinungsbildung oder Werkstätten sozialer Aktionen.

Seit den 1960er Jahren ist eine Vielfalt politisch-gesellschaftlicher Teilhabeformen aus dem politischen Anspruch der Bürger/innen, an politischen Planungen und Entscheidungen zumindest beratend mitzuwirken, entstanden. In den 1990er Jahren sind – angeregt durch die umweltpolitische Debatte – außerdem Lokale Agenda 21-Gruppen und Soziale Stadt-Projekte sowie Initiativen im Rahmen des Bundesmodellprogramms „Aktivierung der Bürger zur Beteiligung und Engagement in der Stadtentwicklung“ entstanden.

Obwohl Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern (z. B. USA und Schweiz) nicht auf eine lange Tradition bürgerschaftlicher Teilhabe zurückschauen kann, zeigt sich mittlerweile doch ein *„reichhaltiges Reservoir, Repertoire und Potenzial an politisch-gesellschaftlichen Teilhaberechten und Mitwirkmöglichkeiten“* (Wollmann 2002, S. 111). Der Deutsche Caritasverband ist mit ca. 500.000 hauptamtlich Beschäftigten und rund 600.000 ehrenamtlich Engagierten in mehr als 26.000 Einrichtungen und Diensten der weltweit größte Verband im Dritten Sektor (vgl. Puschmann 2004). Mittlerweile gibt es eine nahezu unüberschaubare Vielzahl größerer, regionenübergreifender und kleinerer Einrichtungen. Wollmann (ebd.) ist der Auffassung, dass eine Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements nun sinnvoller durch die Vernetzung bestehender Projekte und Initiativen geschehen sollte als durch die Schaffung von neuen Formen.

Die Ausdifferenzierung der lokalen Infrastrukturen zur Engagementförderung ist ein Zeichen für eine neue Form von Verantwortungsübernahme durch Bürger/innen, für eine Aufwertung des bürgerschaftlichen Engagements und für die Anerkennung seiner Bedeutung für das Gemeinwesen. Allerdings ist es bislang kaum gelungen, eine moderne Engagementförderung in Kommunen und Organisationen zu etablieren (vgl. Jakob 2005).

Nach Braun u. a. (2000) fehlt bestehenden Einrichtungen der Engagementförderung – soweit in den Kommunen vorhanden – der übergreifende Charakter. Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros sind Anlauf- und Kontaktstellen für jeweils bestimmte Bereiche oder Bevölkerungsgruppen, was aus der Aufgaben- und Haushaltsmittelzuweisung nach kommunalen Ressorts resultiert. Durch die Schaffung eines integrierten Gesamtkonzeptes ließen sich personelle und sachliche Ressourcen die Potenziale solcher Einrichtungen effizienter nutzen.

Freiwilligendienste und Familie

In den Themenbereichen Familienpolitik und bürgerschaftliches Engagement wurden innerhalb der öffentlichen Förderpolitik (zum Beispiel durch das BMFSFJ) neue Akzente gesetzt. Dazu gehört, die Untersuchung der Bezugspunkte zwischen Familie und Engagement: Kann freiwilliges Engagement dazu dienen, familienfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen? Im Rahmen eines Modellprogramms des Bundesfamilienministeriums, bei denen Angehörige sich um Pflegebedürftige kümmern, werden generationsoffene Freiwilligendienste erprobt (vgl. Jakob 2005). Erfolgreich etabliert haben sich lokale Bündnisse für Familien (vgl. Müller 2007).

Perspektiven lokaler Engagementförderung

Um Bürger/innen zur Mitwirkung zu motivieren, ist es förderlich, wenn nicht nur die Einrichtungen des Dritten Sektors, sondern auch beispielsweise Schulen, Kindergärten und andere Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft beteiligungsorientiert ausgestaltet sind. Das Ziel ist die Öffnung der Strukturen für Beteiligung und Mitgestaltung im gesamten öffentlichen Bereich (vgl. Klein 2005).

Die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement kann außerdem durch Instrumente der direkten Demokratie gefördert werden, da diese die Mitspracherechte der Bürger/innen stärken und sie damit aufwerten. Dazu gehört die Direktwahl des Bürgermeisters und die Möglichkeit von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden auf kommunaler Ebene (vgl. Bogumil; Holtkamp; Schwarz 2003 sowie Wollmann 2002). Wollmann (2002) beschreibt, dass die Einführung der direktdemokratischen Teilhaberechte und Verfahren seit den frühen 1990er Jahren wie kommunale Referenden sowie Di-

rektwahl und Abwahlmöglichkeit des Bürgermeisters bzw. der Landräte das kommunalpolitische „Machtdreieck“ zwischen lokaler Bevölkerung, der Kommunalvertretung und der kommunalen Verwaltung in Bewegung brachte (ebd., S. 105). Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger/innen wurden deutlich verbessert.

Bildung und Qualifizierung zielen auf die Herausbildung bzw. Stärkung und Weiterentwicklung von bürgerschaftlichen Kompetenzen. Dabei sollte der Bildungsbegriff nicht nur intellektuell definiert werden, sondern praktisches Handeln, Einübung und Erwerb von Erfahrungswissen einschließen (vgl. Klein; Rauschenbach 2003).

Bürger/innen, die sich engagieren, erwarten keine Bezahlung ihrer ehrenamtlich geleisteten Arbeit, wünschen sich aber eine Erstattung evtl. anfallender Unkosten und einen Versicherungsschutz für die Tätigkeiten. So würde ein Haftpflicht- und Unfallversicherungsschutz für Ehrenamtliche zum Abbau von Ängsten bei Engagementwilligen beitragen (vgl. Stadt Hagen 2001).

2.4 Intersektorale Vernetzung

Ziel des Forschungsvorhabens „Kooperationsnetzwerke und bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen“ ist es, einen Beitrag zur Entfaltung der Kooperation und Koordination zwischen Staat, Wirtschaft, Organisationen des Dritten Sektors und den Bürgerinnen und Bürgern zu leisten.

Netzwerke, welche die Sektoren verbinden, erhöhen die eigene Produktivität jedes einzelnen Sektors und sie wirken sich auch auf Bereiche aus, die nicht unmittelbar beteiligt sind (vgl. Putnam 2002, S. 259).

Meister (2004) führt beispielsweise an, dass Netzwerke zur Lösung regionaler Beschäftigungsprobleme beitragen, da zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit das Zusammenspiel einer Vielzahl von Institutionen, Ressourcen und Kompetenzen notwendig ist (vgl. Meister 2004, S. 249). Beispiele regionaler Netzwerke zeigen, dass sie nicht nur eine Senkung der Arbeitslosigkeit bewirken, sondern zusätzlich regionale Innovationen schaffen, das Sozialkapital erhöhen und so Voraussetzungen zu nachhaltiger Entwicklung schaffen (vgl. ebd., S. 250).

Die These ist, dass derartige Netzwerkstrukturen auf lokaler bzw. kommunaler Ebene besonders effektiv sein können, da dort direkte Mitwirkungsmöglichkeiten vorhanden sind. Die Kommunen sind gefordert, den Einrichtungen des Dritten Sektors größere Gestaltungsmöglichkeiten und Freiheiten einzuräumen. Die Finanzkrisen von Bund, Ländern, Kommunen und Verbänden beeinflussen die Situation engagementfördernder Infrastruktureinrichtungen entscheidend, da Einrichtungen der Engagementförderung stark auf öffentliche und insbesondere kommunale Mittel angewiesen sind.

Ohne auf Vollständigkeit zu setzen, zeugen die im Folgenden dargestellten Vernetzungs- und Kooperationsansätze von einer großen Vielfalt: Zum einen sind hinsichtlich der beteiligten Sektoren bi- und trisektorale Vernetzungen angeführt. Zum anderen kann die Art der Vernetzung und Kooperation unterschiedlich sein. Diese können personeller, informationeller, finanzieller und/oder struktureller bzw. organisatorischer Art sein.

2.4.1 Lokale Agenda 21

Im Rahmen der Lokalen Agenda 21 sind die Kommunen aufgefordert, in einem Konsultationsprozess mit allen kommunalen Akteuren eigene Pläne für eine nachhaltige Entwicklung zu verabschieden. Die Kommunalverwaltung soll im Dialog mit ihren Bürgern, den örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft gemeinsame Entscheidungen fällen. Es geht darum, das Bewusstsein für Nachhaltigkeit zu schärfen (Verknüpfung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Dimension und Berücksichtigung der gegenseitigen Wechselwirkungen), dabei voneinander zu lernen und so zu wichtigen Informationen und guten Strategien für die Formulierung einer kommunalen Agenda zu gelangen. Diese konsensorientierten Partizipationsprozesse in Form von offenen Lern-, Such- und Gestaltungsabläufen, in denen divergierende Interessen Berücksichtigung finden, stellen einen wesentlichen Bestandteil der Lokalen Agenda-Prozesse dar und bilden die Basis zur Schaffung einer breiten Akzeptanz und damit für den langfristigen Erfolg des Nachhaltigkeitskonzeptes (vgl. Wolf 2005). *„Mit der expliziten Aufwertung von Bürgerbeteiligung, Information und Öffentlichkeitsarbeit in den Lokalen Agenda 21-Prozessen gewinnt auch bürgerschaftliches Engagement ein neues*

Handlungsfeld“ (Enquete-Kommission 2002a, S. 187). Das Konsensprinzip beinhaltet einen kontinuierlichen Diskussionsprozess: Argumente müssen abgewogen, Kompromisse geschlossen werden. Kritisch ist dabei, dass verschiedene Akteursgruppen über unterschiedliche personelle, sachliche, räumliche und finanzielle Ressourcen und damit auch über unterschiedliche Fähigkeiten zur Durchsetzung ihrer Interessen verfügen (vgl. Wolf 2005).

In vielen Städten und Gemeinden bleibt die Umsetzung des Programms jedoch hinter seinen hohen qualitativen Ansprüchen zurück (vgl. Enquete-Kommission 2002a). Neben den vielfach unausgewogenen Kräfteverhältnissen wirkt es auf Engagierte demotivierend und frustrierend, wenn sie den Eindruck haben, dass ihre Arbeit von Rat und Verwaltung ignoriert wird, weil die Verbindlichkeit von Vereinbarungen der Lokale Agenda 21-Gremien nicht schon im Vorfeld geklärt ist. Problematisch ist auch, dass die explizit geforderte Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen häufig nicht konsequent gelingt, denn hauptsächlich fühlen sich bereits aktive Bürger mit guter Ausbildung angesprochen (Enquete-Kommission 2002a, S. 188). Weitere Schwierigkeiten sind teilweise geringe finanzielle und personelle Ressourcen der Agenda-Büros und die dürftigen Mittel für eine ausgewogene Öffentlichkeitsarbeit.

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags zur Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements (2002a) empfiehlt den Aufbau dauerhafter Strukturen, die beispielsweise durch Einsetzen von Agenda-Beauftragten mit ressortübergreifender Kompetenz oder die Einrichtung eines Agenda-Büros mit Anbindung an politische Leitungsebene erreicht werden könne. Wichtig sei ebenfalls die Effizienz der Bürgerbeteiligungsprozesse zu erhöhen. Dies könne durch die professionelle Unterstützung sonst häufig unstrukturiert und unorganisiert verlaufender Diskussionen geschehen. Hilfreich dabei sei die Einrichtung von Bürgerforen, Runden Tischen, öffentlichen Dialogen, Zukunftswerkstätten, Planungszellen u. ä., um unterschiedliche Akteure mit einander ins Gespräch zu bringen (vgl. ebd., S. 189).

2.4.2 Selbsthilfekontaktstellen

Selbsthilfekontaktstellen bilden eine wichtige Drehscheibe zwischen den an Selbsthilfe interessierten Bürger/innen, den Selbsthilfegruppen, den hauptamtlich Tätigen in Einrichtungen und Organisationen, der kommunalen Politik und der lokalen Öffentlichkeit (vgl. Jakob 2005). Insgesamt ist das Netz solcher Einrichtungen in Deutschland relativ flächendeckend. Dabei ist es dichter in städtischen als in ländlichen Gebieten und dichter in Westdeutschland als Ostdeutschland.

Kommunen und Länder haben die Finanzierungsbeihilfen in den letzten Jahren zurückgefahren. Stabilisiert hat sich die Unterstützung durch gesetzliche Krankenkassen. Dennoch ist die finanzielle Absicherung vieler Selbsthilfestellen unsicher. Auch hier zeigt sich eine Verschlechterung durch den Wegfall von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Zuge der Arbeitsmarktformen.

2.4.3 Seniorenbüros

Seniorenbüros sind als Reaktion auf den Strukturwandel des Alters und auf neue Anforderungen zur eigenständigen Gestaltung der Lebensphase Alter entstanden und mittlerweile eine wichtige Instanz für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements und die Unterstützung von Prozessen der Selbstorganisation von Älteren geworden. Sie bieten unter anderem Beratungsleistungen und Qualifizierungsangebote für freiwilliges Engagement von älteren Menschen.

Art und Umfang der Förderung von Seniorenbüros durch die Kommunen sowie die Ausstattung mit finanziellen Mitteln und Personal variieren stark: Insbesondere in Ostdeutschland sind Seniorenbüros häufig von Finanzknappheit betroffen. Zudem ist die Zahl der hauptamtlich Beschäftigten knapp bemessen, was durch Arbeitsmarktformen und in der Konsequenz durch gestrichene Arbeitsförderungsmaßnahmen eher noch verschlechtert hat. Für die fachliche Weiterentwicklung und als Finanzierungsquelle spielen Bundesmodellprogramme eine wichtige Rolle. So sind zum Beispiel mehrere Seniorenbüros Kooperationspartner in dem Modellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen EFI“, gefördert vom BMFSBGF in den Jahren 2002 – 06 eingerichtet worden.

Die Bedeutung von Seniorenbüros ist mit den soziodemographischen Merkmale der älteren Generation zu begründen: Steigende Bildungsgrade, die bessere Gesundheitsversorgung und die bessere finanzielle Situation vieler Älterer lassen weiterhin steigende gesellschaftlichen Beteiligung Älterer erwarten. Ihr freiwilliges Engagement nimmt dem Freiwilligensurvey zufolge zu (vgl. BMFSFJ 2005).

2.4.4 Freiwilligenagenturen und Freiwilligen-Zentren

Zu den Kernaufgaben dieser Einrichtungen zählen, an bürgerschaftlichen Projekten interessierte Bürger zu informieren, sie zu beraten, zu vermitteln sowie Qualifizierungsmaßnahmen für Engagierte anzubieten, Organisationen in Bezug auf die Schaffung engagementfördernder Rahmenbedingungen zu beraten, Engagementangebote kommunal zu vernetzen sowie Öffentlichkeits- und politische Lobbyarbeit zu leisten (vgl. Jakob 2005, Klein 2005).

Die Freiwilligenagenturen haben ihre Angebote und Leistungen in den letzten Jahren ausdifferenziert und bieten im lokalen Gemeinwesen sehr spezifische Formen der Engagementförderung an. Allerdings ist die Infrastruktur der lokalen Engagementförderung instabil und viele kleine Einrichtungen befinden sich in prekärer und teilweise sogar existenzbedrohender Situation (vgl. Jakob 2005, S. 81). Damit steht die öffentliche Akzeptanz der Arbeit von Freiwilligenagenturen in offensichtlichem Missverhältnis zur Bereitschaft der finanziellen Förderung. Zukünftig sollte die Entwicklung innovativer Projekte zu gesellschaftlich relevanten Themen und die Förderung von Vernetzungen sowie die Etablierung von Kooperationsstrukturen zwischen verschiedenen lokalen Akteuren verstärkt auf dem Programm stehen.

Ebert und Hesse (2003) konstatieren, dass in der DDR die vorhandenen Formen eines stark politisch geprägten Engagements nach der Wende nahezu vollständig zusammenbrachen, während sich in den alten Bundesländern über Jahrzehnte hinweg eine gefestigte Vereins- und Verbandskultur entwickelt hat. Zu Beginn der 1990er Jahre glich sich allerdings die Vereinsdichte – teilweise angeregt durch die Bürgerrechtsbewegungen – schnell an die der alten Bundesländer an. Dennoch ist der Organisationsgrad der ostdeutschen Bevölkerung immer noch um etwa 20 % niedriger und zwar

insbesondere in ländlichen Regionen. Vor dem Hintergrund pluralisierter und individualisierter Lebensentwürfe und wenig ausgeprägter Milieubindungen in Ostdeutschland erkennen Ebert und Hesse (2003) Bedarf an neuen, verbandsunabhängigen, Formen der Unterstützung freiwilligen Engagements (vgl. auch Ebert; Olk 2000). Das Profil von Freiwilligenagenturen wurde in den vergangenen Jahren weiterentwickelt, auch wenn es kein „einheitliches Fachkonzept“ gibt. Synonym verwendet werden Bezeichnungen wie „Freiwilligenzentrum, -zentrale oder auch Ehrenamtsbörse“ (vgl. Ebert; Hesse 2003, Ebert 2003 a und b).

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen hat in den Jahren 2001/2002 eine Fragebogenuntersuchung zum Entwicklungsstand von Freiwilligenagenturen in der BRD durchgeführt, in der 200 Einrichtungen aus dem gesamten Bundesgebiet befragt wurden. In den neuen Bundesländern unterscheiden sich die Trägerstrukturen von Freiwilligenagenturen stark voneinander. Der häufigste Träger war im Jahr 2000 der Paritätische Wohlfahrtsverband mit sieben „Ehrenamtsbörsen“ in Sachsen-Anhalt. Zwei „Freiwilligenzentren“ wurden vom Caritasverband geführt. Daneben gibt es die Stadtmission und eigens gegründete gemeinnützige Vereine als Träger. Der eigenständige Verein ist in den neuen Bundesländern – anders als in den alten – die häufigste Trägervariante (vgl. Ebert; Hesse 2003). Alle befragten Einrichtungen befanden sich in einer schwierigen finanziellen Situation. Die Beschäftigten befanden sich oft in prekären Arbeitsverhältnissen. Ebert und Hesse (2003) fordern daher ein Modellprogramm zur Finanzierung von Freiwilligenagenturen durch den Bund und eine überregionale Interessenvertretung, die auf Bundes- und Länderebene die Förderung des freiwilligen Engagements vorantreibt.

2.4.5 Bürgerstiftungen

Seit Mitte der 1990er Jahre sind in Deutschland eine Reihe von Bürgerstiftungen nach US-amerikanischen Vorbild entstanden (vgl. Enquete-Kommission 2002a, S. 247). Eine Bürgerstiftung ist eine Stiftung, die in der Regel von mehreren Stiftern gegründet wird und auf Zustiftung ausgerichtet ist. Es handelt sich um eine Sonderform der Gemeinschaftsstiftung. Sie ist eine selbständige und unabhängige Institution zur Förde-

rung verschiedener gemeinnütziger Zwecke, wirkt in einem geographisch begrenzten Raum und betreibt einen langfristigen Vermögensaufbau. Von den meisten anderen Stiftungen unterscheidet sie sich dadurch, dass sie ihre Organisationsstruktur, ihre Mittelvergabe und Rechnungslegung transparent macht.

Das Ziel einer Bürgerstiftung ist, es einer größeren Zahl von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen (Corporate Citizens) zu ermöglichen, ihre spezifischen Beiträge zum Gemeinwohl unter einem gemeinsamen Dach zu verfolgen. Dementsprechend breit ist ihr Stiftungszweck. Die Stiftung dient als Sammelbecken für Spenden und Zustiftungen. Der langfristige Aufbau des Stiftungsvermögens durch Zustiftungen sichert die finanzielle Unabhängigkeit einer Bürgerstiftung und gewährleistet die Kontinuität der Stiftungsarbeit. Bürgerstiftungen bieten aber nicht nur die Möglichkeit, Vermögenswerte einzubringen, sondern sind auch eine zivilgesellschaftliche Plattform, auf der Bürger/innen in ihrem lokalen Umfeld mit Gleichgesinnten aktiv werden können. Bürgerstiftungen ermöglichen die es, sowohl finanzielle als auch zeitliche Ressourcen der Bürger/innen sinnvoll zu bündeln und zielgerichtet einzusetzen (vgl. Enquete-Kommission 2002a, S. 247).

Problematisch ist zuweilen der breite Stiftungszweck, der, weil das Gründungskapital eine gleichmäßige Verfolgung aller Stiftungszwecke verbietet, von der Genehmigungsbehörde häufig beanstandet wird. Zu kritisieren ist gemäß der Enquete-Kommission (2002a) auch, dass es immer wieder vorkommt, dass der Name „Bürgerstiftung“ zwar verwendet wird, in der Satzung aber die Dominanz der Kommune, einer Partei oder eines Unternehmens festgeschrieben ist (vgl. ebd., S. 247).

Das Gütesiegel für Bürgerstiftungen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen versucht die klare und eindeutige Verwendung des Begriffs der Bürgerstiftung sicherzustellen. Bisher haben 103 Bürgerstiftungen, die den zehn vom Arbeitskreis Bürgerstiftungen aufgestellten Merkmalen entsprechen, dieses Gütesiegel erhalten.

Bei einem Blick auf die Deutschlandkarte fällt auf, dass nur fünf Stiftungen in den neuen Bundesländern arbeiten. Zur Förderung dieser Organisationsform rät die Enquete-Kommission (2002a) neben der Akzeptanz des breiten Stiftungszwecks durch die Ge-

nehmigungsbehörde und dem Schutz des Begriffes dazu, verstärkt für Bürgerstiftungen zu werben, um ihnen mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen (vgl. ebd., S. 251).

2.4.6 Bürgerhaushalte

Der Bürgerhaushalt ist ein Verfahren der direkten Beteiligung der Bürger/innen an der Aufstellung des kommunalen öffentlichen Haushalts. Über den Dialog mit den Bürger/innen erhalten Politik und Verwaltung Entscheidungshilfen und Anregungen zur Verteilung der finanziellen Mittel (vgl. Innenministerium NRW 2004, S. 9).

Das Ziel des Bürgerhaushaltes ist eine effiziente Verwaltung, die im Dialog mit Bürgerschaft, Politik und Verwaltung die Leistungsfähigkeit der kommunalen Dienstleistungsproduktion verbessert und die Wettbewerbsfähigkeit der Kommune steigert. (vgl. www.buergerhaushalt-europa.de) Politische Akteure versprechen sich von einer aktiven Beteiligung der Bürgerschaft an der Haushaltsplanung zahlreiche Vorzüge: Durch Transparenz und das bessere Verständnis für den kommunalen Haushalt ergibt sich gesteigerte Akzeptanz von notwendigen Sparmaßnahmen, das Verfahren fordert und fördert bürgerschaftliches Engagement und politischer Beteiligung und trägt zu einer Verbesserung des Verhältnisses zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung und das Herausbilden einer Kultur der Kooperation bei.

Für die Umsetzung eines Bürgerhaushalts existieren verschiedene Realisierungsformen, die wenig miteinander gemein haben. Das Centre Marc Bloch definiert im Rahmen des Projektes „Der Bürgerhaushalt im europäischen Vergleich – Perspektiven und Chancen des kooperativen Staates auf kommunaler Ebene in Deutschland“ einen Bürgerhaushalt über die Teilnahme von Bürgern ohne politisches Mandat an der Erstellung und/oder Umsetzung öffentlicher Finanzen. (vgl. www.buergerhaushalt-europa.de) Um den Bürgerhaushalt von anderen Beteiligungsverfahren abzugrenzen, werden ihm die folgenden fünf Kriterien zu Grunde gelegt.

Es stehen finanzielle Aspekte im Zentrum des Verfahrens.

- Der Bürgerhaushalt betrifft die Ebene der Gesamtstadt oder eines Bezirks mit eigenen politisch-administrativen Kompetenzen.

- Der Prozess ist auf Dauer angelegt.
- Die Beratung/Entscheidung der Bürger beruht auf einem Diskussionsprozess im Rahmen besonderer Treffen oder Foren.
- Die Organisatoren müssen über die Ergebnisse der Diskussion Rechenschaft ablegen.

Bei der Gestaltung des Verfahrens des Bürgerhaushalts sind drei Schritte zentral: Information, Konsultation und Rechenschaft (vgl. Innenministerium NRW 2004, S. 8). Nur auf Basis aussagekräftiger *Informationen* kann ein Dialog zwischen Bürger/innen, Politik und Verwaltung stattfinden. Zu diesem Zweck muss der Haushaltsplan verständlich und transparent aufbereitet werden, die Bürger/innen müssen über Grenzen und Ausgestaltungsmöglichkeiten des Haushaltes aufgeklärt werden. Der Schwerpunkt des Verfahrens liegt auf der *Konsultation* durch Dialog. Der Austausch zwischen den Akteuren kann über verschiedene Wege stattfinden: Möglichkeiten sind beispielsweise Bürgerforen, Befragungen und Telefoninterviews. Bürger können ihre Anregungen, Bedenken und Ansichten zum Haushalt einbringen und Stellung zu bestimmten Investitionsvorhaben nehmen. Dadurch werden Entscheidungshilfen für die Politik generiert. Für das gegenseitige Vertrauen der Akteure ist es wichtig, dass die kommunalen Entscheidungsträger *Rechenschaft* darüber abzulegen, welche Anregungen der Bürger bei der Beschlussfassung berücksichtigt wurden und welche nicht. Grundsätzlich wird Wert darauf gelegt, die Anregungen der Bürger möglichst umfassend mit einzubeziehen. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Entscheidung für den Haushaltsbeschluss letztendlich beim Rat liegt und die Anregungen der Bürger/innen nicht verbindlich sind (vgl. Innenministerium NRW 2004, S. 12).

Inspiziert durch die Erfahrungen der brasilianischen Stadt Porto Alegre hat sich die Idee des Bürgerhaushalts in Europa rasant ausgebreitet, so dass sich die Zahl der Städte mit einem Bürgerhaushalt heute auf über fünfzig beläuft. (www.buergerhaushalt-europa.de). In Deutschland haben zum Beispiel Vlotho, Emsdetten, Berlin-Lichtenberg, Esslingen, Hilden, Castrop-Rauxel, Monheim a. R., Hamm und Rheinstetten einen Bürgerhaushalt.

2.4.7 Das Projekt JobAct der Projektfabrik e. V.

Die Projektfabrik e. V. wurde 2005 gegründet und hat ihren Sitz in Witten/Nordrhein-Westfalen. Diese junge, interdisziplinäre Kulturinitiative, entwickelt Projekte und führt diese im Rahmen lokaler Netzwerke durch. Dabei spielt eine enge Kooperation mit der regionalen Wirtschaft und ortsansässigen Bildungs-, Sozial- und Kultureinrichtungen eine wichtige Rolle. Mit ihrem Projekt JobAct, welches den Bundesförderpreis „Jugend in Arbeit“ erhielt, versucht die Initiative mit theaterpädagogischen Methoden, Biographiearbeit sowie individuellem Bewerbungsmanagement Jugendliche unter 25 Jahren auf dem Weg in die Ausbildung zu unterstützen. Die Teilnehmer sollen ihre Persönlichkeit durch Eigeninitiative und Teamfähigkeit weiterentwickeln, eine neue Sichtweise auf die eigene Biographie bekommen, Verantwortung übernehmen, Selbsteinschätzung und Eigenpräsentation lernen und einen passenden Ausbildungsplatz finden. Das Konzept sieht zwei Phasen vor. In der ersten Phase erarbeiten die Teilnehmer innerhalb von fünf Monaten ein Theaterstück von der Idee bis zur Premiere. Dabei werden sie von Theaterpädagogen und bei Bedarf durch zusätzliche Fachkräfte unterstützt. Parallel dazu findet ein intensives Bewerbungsmanagement statt. Die Projektfabrik akquiriert Unternehmen, die für die Jugendlichen als potentielle Arbeitgeber in Frage kommen würden und nach Möglichkeit beteiligen sich diese an der Realisierung des Theaterstücks. Beispielsweise könnte eine Schreinerei mit beim Bühnenbau helfen oder ein Friseur in der Maske. Die Theaterpremiere bildet den Abschluss der ersten Phase. Anschließend folgt ein viermonatiges betriebliches Praktikum in einem zuvor gewonnenen Unternehmen. Die Jugendlichen werden auch in dieser Phase durch Sozialpädagogen unterstützt, damit eine möglichst stabile Ausgangslage für die Übernahme in die Ausbildung geschaffen wird. Das Praktikum sollte zum 31. Juli enden, so dass ein zeitlich nahtloser Übergang in die Ausbildung stattfinden kann. Die Finanzierung des Projektes erfolgt über das Jobcenter ARGE. In den ersten sechs Monaten zählt die Teilnahme als Arbeitsangelegenheit. Die Jugendlichen erhalten einen Verdienst von zwei Euro pro Stunde zusätzlich zum Arbeitslosengeld II.

JobAct hat bisher in Städten Nordrhein-Westfalens stattgefunden, ist aber örtlich übertragbar. Benötigt wird ein vor Ort etablierter Bildungsträger und ein örtlich ansässiges

Theater oder theaterpädagogische Einrichtung. Die Projektfabrik unterstützt die Mittel-Akquise, übernimmt die Leitung und Koordination des Projektes, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und organisiert die Premierefeier.

Das Projekt JobAct kann als gutes Beispiel für intersektorale Vernetzung angesehen werden. Jugendliche, beteiligte öffentliche Einrichtungen, Organisationen, Unternehmen und Vertretern aus der Politik treten miteinander in Kontakt und zusätzlich werden die teilnehmenden Unternehmen untereinander vernetzt. (Quelle: www.projektfabrik.org).

2.4.8 Bundesinitiative „Unternehmen Partner der Jugend“

Die Bundesinitiative "Unternehmen: Partner der Jugend" (UPJ) e. V. ist ein bundesweites Kompetenznetzwerk von Unternehmen, gemeinnützigen Mittlerorganisation und Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Verwaltung (www.upj-online.de). Unter dem Motto "Soziale Kooperation macht Sinn" fördert UPJ die langfristige Zusammenarbeit von Wirtschaft, gemeinnützigen Organisationen und öffentlicher Verwaltung zur Lösung gesellschaftlicher Probleme und für ein zukunftsfähiges Gemeinwesen (vgl. UPJ o. J.). UPJ wird seit dem Jahr 1996 vom Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend, verschiedenen Bundesländern und Stiftungen gefördert und hatte früher einen Fokus auf die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen im Gemeinwesen mit Schwerpunkt im Jugend- und Sozialbereich (Lang 2003, S. 221).

Zu den Aufgaben gehören Unternehmen als Kooperationspartner für Jugendeinrichtungen vor Ort zu gewinnen und öffentlich für ein verstärktes Bürgerschaftliches Engagement der Wirtschaft zu werben (Lang 2003, S. 219). Daraus sollen neue soziale Partnerschaften im Gemeinwesen zwischen Jugendinitiativen, sozialen Organisationen, Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen entstehen. Ein Nutzen wird für alle Beteiligten in der Entwicklung von sozialem Kapital im Gemeinwesen gesehen (vgl. Lang; Kromminga 2002, S. 20ff.).

Ungefähr 500 Kooperationsprojekte von kleinen, mittleren und großen Unternehmen hat UPJ bisher initiiert, beraten, begleitet, ausgewertet und dokumentiert (UPJ o. J.).

UPJ ist in fünf Arbeitsbereichen mit jeweils verschiedenen Partnern und Förderern aktiv. Dazu zählen u. a. (vgl. UPJ o. J.):

- Die Unterhaltung eines Kompetenzzentrum und Servicebüro für Corporate Citizenship.
- Die Zusammenarbeit mit 18 gemeinnützigen Partnerorganisationen in 12 Bundesländern (davon 3 ostdeutsche: Thüringen, Sachsen, Berlin-Brandenburg). Die gemeinnützigen Mittlerorganisationen kennen sich in ihrer Region aus, verfügen über Erfahrungen an der Vermittlung von Kooperationsprojekten zwischen Unternehmen und sozialen Organisationen auf der lokalen und regionalen Ebene. Sie fungieren als Schnittstelle zwischen Wirtschaft, gemeinnützigen Organisationen und öffentlicher Verwaltung und haben den Überblick über Organisationen, die vor Ort als Partner für das Engagement von Unternehmen in Frage kommen können.
- Das 2003 gegründete Corporate Citizenship-Unternehmensnetzwerk „Unternehmen: Aktiv im Gemeinwesen“ (UAG). Hier sind mittlere und größere Unternehmen zusammengeschlossen, die das Gemeinwesen aktiv mitgestalten und den Austausch mit anderen Unternehmen dazu suchen. Ziele des Netzwerkes sind die Verbreitung von Corporate Citizenship in Deutschland, die Durchführung von Programmen und Kampagnen sowie die Entwicklung von Strategien und Instrumenten insbesondere für mittelständische Unternehmen.
- Die Einbindung von Botschaftern einerseits zur Verbreitung der Idee sozialer Kooperationen für neue soziale Kooperationen andererseits, um deren Wissen, Know-how und Verbindungen in die Arbeit der Bundesinitiative „Unternehmen: Partner der Jugend“ einzubringen.
- Die Unternehmensberatung 3C (= Competence in Corporate Citizenship), welche Unternehmen bei der Entwicklung, Einführung und Durchführung von Corporate Citizenship- und CSR-Strategien und –Maßnahmen berät und unterstützt.

2.4.9 Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Das im Jahr 2002 gegründete Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) eröffnet Möglichkeiten zu trisektoraler Kooperation. Hier stellen die Organisationen, Verbände, Zusammenschlüsse und Initiativen der Zivilgesellschaft und des Dritten Sektors die einflussreichste und stärkste Gruppe im Netzwerk. Aber auch Vertreter/innen der Wirtschaft/des Arbeitslebens sowie staatlicher und kommunaler Organisationen sind repräsentiert. Zwei Zielsetzungen werden verfolgt:

- nach innen: Austausch, Beratung Kooperation
- nach außen: Artikulation des engagementpolitischen Reformbedarfs auf nationaler, europäischer, internationaler Ebene

Wesentliche Motivation zur Gründung des Bundesnetzwerks war die Vernetzung der verschiedenen Akteure des bürgerschaftlichen Engagements. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ hatte die Gründung eines bundesweiten Netzwerkes als eine konkrete politische Handlungsempfehlung erarbeitet. Ein zentrales Anliegen besteht darin, die rechtlichen, institutionellen und organisatorischen Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement zu verbessern und zu diesem Zweck als Ansprechpartner für Parlamente, Regierungen und Öffentlichkeit verfügbar zu sein. Die Bundesgeschäftsstelle des BBE bietet Serviceleistungen wie die Bereitstellung von aktuellen Informationen auf der Internetseite und durch das Versenden von Newslettern, Beratungsleistungen zu Strategiefragen, moderierte Foren der Kontaktaufnahme und Vernetzung sowie Öffentlichkeitsarbeit für bürgerschaftliches Engagement (CBE 2007).

2.4.10 Die Marktplatz-Methode

Angelehnt an dem Marktplatz als Treffpunkt zum Austausch und Handeln wird die Idee des Marktplatzes auf den Bereich des bürgerschaftlichen Engagements übertragen. Marktplätze sind als lokale halbtägige Veranstaltungen konzipiert, auf denen sich Vertreter von Unternehmen und gemeinnützigen Einrichtungen im Rahmen einer dynamischen und informellen Atmosphäre begegnen. Angebot und Nachfrage können

hier aufeinander treffen und gemeinsame Aktivitäten zur Verbesserung des Gemeinwesens zwischen den Partnern als Tauschgeschäft vereinbart werden. Die Methode sieht vor, dass die beiden Gruppen innerhalb eines strikten Zeitrahmens („speed dating“) ihre Kooperationsvereinbarungen abschließen. Getauscht werden kann fast Alles, Projektmitwirkungsmöglichkeiten, persönlicher Einsatz, Know-How etc., nur kein Geld.

Demnach dient die Methode zum einen selbst der Verbesserung der Vernetzung und Kooperation zwischen Akteuren der Wirtschaft und dem gemeinnützigen Sektor. „Marktplätze“ werden als Orte der Vernetzung gesehen, die den gesellschaftlichen Austausch in einer flexiblen Struktur fördern, um erfolgreiche lokale Partnerschaften zu verabreden. Zum anderen wird empfohlen die Marktplatz-Veranstaltung bereits in Kooperation zu organisieren und durchzuführen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2007, S. 14). Die Marktplätze können sowohl Unternehmen, einzelnen Wohlfahrtsorganisationen, Kommunen als auch speziellen Mittlerorganisationen wie beispielsweise Freiwilligenagenturen und Bürgerstiftungen organisiert werden.

Die Idee der Marktplätze wurde ursprünglich in den Niederlanden entwickelt und ist dort unter dem Namen „Beursvloer“ bekannt (www.beursvloer.com). In Deutschland hat die Bertelsmann Stiftung im Rahmen des Modellprogramms „Gute Geschäfte“ die Methode in Deutschland bereits mehrmals durchgeführt. Ziel ist es, neue soziale Partnerschaften zwischen gemeinnützigen Initiativen und Unternehmen zu fördern und deren Verbreitung zu unterstützen (vgl. www.gute-geschaeft.org). In Deutschland wurde die Marktplatz-Methode bisher in fünf deutschen Bundesländern durchgeführt, von den ostdeutschen waren Thüringen (Jena) und Brandenburg (Brandenburg an der Havel, Ludwigfelde und Oranienburg) darunter.

2.4.11 Mehrgenerationenhäuser

Mit dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser möchte die Bundesregierung eine Antwort auf die im Zuge des demografischen Wandels veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen geben (vgl. BMFSFJ 2007, S. 3). Mehrgenerationenhäuser sollen Orte sein, an denen

- Eltern Hilfe finden,
- Kinder von anderen Menschen lernen und Zuwendung und Aufmerksamkeit erfahren,
- ältere Menschen ihre vielfältigen Kompetenzen und ihre Erfahrung einbringen und eine sinnvolle Aufgabe finden können,
- junge Menschen sich über die Grenzen der Familie hinweg in einem verlässlichen Rahmen begegnen können,
- Berufstätige sich in die Gemeinschaft einbringen und Unterstützung in Anspruch nehmen können,
- Ehrenamtliche und Profis zusammen an gemeinsamen Aufgaben arbeiten und voneinander lernen.“ (BMFSFJ 2007, S. 4).

Mehrgenerationenhäuser sollen gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Aspekte miteinander verbinden, in dem sie Begegnung, Kontakte und gemeinsame Aktivitäten ermöglichen und gleichzeitig als Vermittlungsplattform für unterschiedliche Dienstleistungen fungieren (vgl. BMFSFJ 2007, S. 5ff.).

Bis Ende 2007 beabsichtigt die Bundesregierung in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt in Deutschland ein Mehrgenerationenhaus aufzubauen (insgesamt 439, vgl. BMFSFJ 2007, S. 4). Um eine Förderung zu erhalten, sind verschiedene Voraussetzungen zu erfüllen, wobei der Vernetzungsaspekt eine wichtige Rolle spielt (vgl. BMFSFJ 2007, S. 8ff.). So sind die vor Ort bestehenden Strukturen und Angebote einzubeziehen und die Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren aus der Wirtschaft, Verwaltung, Schulen, Verbänden, Vereinen etc. anzustreben (vgl. ebd.). Jedes Mehrgenerationenhaus hat aufgrund der differierenden Ausgangsbedingungen und Bedürfnisse vor Ort einen eigenen, spezifischen Charakter (vgl. dazu auch Liebich 2006, S. 126ff., Beispiele für Mehrgenerationenhäuser unter www.mehrgenerationenhaeuser.de). Ein statistischer Überblick über die bisher geförderten Mehrgenerationenhäuser zeigt (vgl. BMFSFJ o. J.a und b):

- 25 % der Einrichtungen legen den Schwerpunkt auf die Stärkung von Familie, 10 % auf die Bildung von Senioren, die Kulturarbeit und die Kinderbetreuung. 20 % sind offene Bürgertreffs.
- Träger der Einrichtungen sind Städte und Kommunen (10 %), kirchliche Organisationen (20 %), verschiedene Hilfsorganisationen (10 %) und einzelne, private Initiativen (über 50 %).
- Die Hälfte der ausgewählten Häuser befindet sich in ländlichen Gebieten oder Kleinstädten, die andere in mittelgroßen oder Großstädten.
- Von den ersten 200 Mehrgenerationenhäuser befinden sich 55 in den ostdeutschen Bundesländern.

2.4.12 Lokale Bündnisse für Familie

Ein Lokales Bündnis für Familie ist ein Zusammenschluss von Partnern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in einer Kommune, einem Kreis oder einer Region mit dem Ziel, konkret und vor Ort etwas für Familien zu tun (vgl. Servicebüro Lokale Bündnisse für Familie 2006). Dies kann in eher informeller Weise in Form eines Gesprächskreises erfolgen, einer festen Arbeitsgruppe bis hin zu einem Verein. Lokale Bündnisse engagieren sich in allen Bereichen, in denen die Rahmenbedingungen für Familien verbessert werden können: von der Bündelung familienrelevanter Informationen (in einem Internetportal oder einem Familienatlas) bis zur Kinderbetreuung. Die bundesweite Initiative Lokale Bündnisse für Familie wurde im Januar 2004 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit dem Ziel gestartet, Familienfreundlichkeit auf lokaler Ebene zu verbessern. 379 Bündnisse beteiligen sich aktuell (Anfang April 2007) aktiv als Partner der Initiative, (vgl. für den aktuellen Stand www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de). Die Verteilung der Bündnisse auf die Bundesländer verdeutlicht stark abweichende Konzentrationsgrade (vgl. www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de, Link: Karte). Ebenfalls ersichtlich ist, dass sich in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland bisher weniger Bündnisse gebildet haben.

Dienel (2007) betont, dass Familienpolitik durch die Lokalen Bündnisse für Familie zur Querschnittsaufgabe wird, an der Akteure aus den verschiedenen Bereichen der Wirtschaft, Politik und Verwaltung, des Dritten Sektors, Schulen und private Initiativen mitwirken und dies unterstützen können. Dies ermöglichte auch die Erschließung von neuen Finanzierungsquellen, z. B. durch die beteiligten Unternehmen, die Bildung von PPPs, den Einbezug von Bürgerstiftungen sowie Privatpersonen. Lokale Netzwerke und vernetzte Unterstützungsdienste sind für Familien und Familienbildung angesichts des demografischen Wandels, den veränderten Familienstrukturen sowie weniger werden rein staatlichen Angeboten notwendig (vgl. Dienel 2007, S. 307).

Die Bündnisse stellen eine Modernisierung der Familienpolitik dahingehend dar, dass neue Methoden der Netzwerkbildung durch die Politik angewendet werden (vgl. Dienel 2007, S. 306f.). Es handle sich um einen Top-down-Ansatz von der Bundesebene, der Bottom-up-Bewegungen auf der lokalen Ebene fördern will (vgl. Dienel 2007, S. 307). Die Aktivitäten des Bundesfamilienministeriums umfassen bestehen primär in der Einrichtung eines Servicebüros - in privater Trägerschaft - , welches Informationsmaterialien für den Aufbau von Bündnissen bereitstellt und Interessierte berät sowie die Vernetzung und den Erfahrungsaustausch der Bündnisakteure durch die Organisation von Veranstaltungen und das Internet fördert (vgl. Servicebüro Lokale Bündnisse für Familie 2006, S. 5f.).

Die schnell ansteigende Zahl von Bündnissen kann laut Dienel (2007) u. a. dadurch erklärt werden, dass keine Verdrängung vorhandener Maßnahmen stattfindet, da hier eine Lücke bestehe und Familienfreundlichkeit nicht mehr als Kostenfaktor, sondern als produktiver Faktor gesehen wird (z. B. als Standortfaktor gegen Abwanderung). Außerdem werde dieser Ansatz überparteilich unterstützt und kann an die lokalen Situation angepasst werden. Die Bündnisse sind außerdem für Unternehmen anschlussfähig. Erfahrungen aus der bisherigen Bündnisarbeit zeigen, dass Unternehmen sich organisatorisch, praktisch und/oder finanziell in den Bündnissen beteiligen. Unternehmen wiederum können durch die Vernetzung sowie den Informations- und Erfahrungsaustausch profitieren, da dadurch Maßnahmen an die Bedürfnisse vor Ort angepasst werden können und damit auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie der

Beschäftigten gefördert wird (vgl. dazu auch Servicebüro Lokale Bündnisse für Familie o. J.). Die ökonomische Vorteilhaftigkeit von Familienfreundlichkeit z. B. als Standortfaktor und zur Fachkräftesicherung für Regionen bzw. Unternehmen wird in verschiedenen Studien thematisiert. Eine diesbezüglich durchgeführte quantitative und qualitative Netzwerkanalyse anhand von mehreren Lokalen Bündnissen kommt zu den Ergebnissen, dass die Bündnisse zur Entstehung und Weiterentwicklung von funktionsfähigen Netzwerken beitragen (vgl. BMFSFJ 2006, S. 13). Die Vernetzung schaffe Voraussetzungen für die Entstehung von Synergieeffekten und die Stärkung von Handlungs- und Innovationsfähigkeit. Durch die Netzwerke können weitere Akteure gewonnen werden und aktorsgruppenübergreifende Kontakte und Kooperationen haben zugenommen (vgl. ebd, S. 13ff.). Die Untersuchung kommt aber auch zu dem Ergebnis, dass Vertreter der Wirtschaft vergleichsweise wenig eingebunden in die Bündnisse sind (vgl. ebd, S. 24).

2.4.13 Public Private Partnership

Als neue Kooperationsformen zwischen Staat und Markt steht der Begriff Public Private Partnership (PPP), ins deutsche wird der Begriff mit Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP) übersetzt.

Die Verbreitung unterschiedlicher PPP-Formen findet seit ungefähr Mitte der 1980er Jahre in Deutschland statt. Die ersten Aufgabenfelder von PPP können der Stadt- und Regionalentwicklung zugeordnet werden, ebenfalls häufig verbreitet sind PPPs im Infrastrukturbereich, in der Sozial-, Kultur-, Bildungs- und Gesundheitspolitik (vgl. dazu Sack 2007, Schwalb 2007).

PPPs existieren verschiedene Formen, beziehungsweise auf Sack (2007) können die folgenden zwei groben Kategorien gebildet werden:

- Organisatorische PPP: Die beteiligten Akteure bilden eine gemeinsame Organisation zur Erbringung einer Leistung, z. B. in Form von privatrechtlichen gemischtwirtschaftlichen Gesellschaften und Vereinen. Auch Betriebe im kommunalen Besitz (z. B. Stadtwerke) werden dazu gezählt.

- Vertragliche PPP: Im Rahmen dieser Kooperation findet die Leistungserbringung durch das Unternehmen werden u. a. Ziele der unterschiedlichen Akteure wird vertraglich vereinbart. Ziele, Qualitätsstandards und Risiken werden festgeschrieben.

PPPs können aus verschiedenen Gründen gebildet werden. Vor dem Hintergrund leerer öffentlicher Kassen werden PPPs als Lösungsansatz zur Aufrechterhaltung von öffentlichen Einrichtungen und Angeboten gesehen sowie zur Lösung gesellschaftlicher Probleme. Im Zuge der Privatisierungstendenzen von einst öffentlichen Aufgaben dienen PPPs dem Übergang zu ihrer weiteren Vermarktlichung. Die Integration privater Akteure kann aber auch der Qualitätssteigerung von öffentlichen Leistungen dienen.

PPPs werden auch als Instrument des Corporate Citizenship bzw. Corporate Social Responsibility-Konzepts genannt (vgl. z. B. Habisch; Wegner 2004, Sack 2007). Habisch/Wegner sprechen den Public Private Partnerships (PPP) bzw. bi- oder tri-sektoralen Partnerschaften den stärksten Zuwachs zu (vgl. Habisch; Wegner 2004, S. 46). Vor dem Hintergrund fehlender finanzieller öffentlicher Ressourcen, bestehe ein Antrieb private Mittel einzubeziehen. Dies sei besonders für Ostdeutschland interessant, um in Infrastrukturmaßnahmen zu investieren, ohne auf Steuererhöhungen und Verschuldung zurückzugreifen zu müssen (vgl. Habisch; Wegner 2004, S. 46). Auch könne in den neuen Bundesländern eine stärkere Offenheit gegenüber neuen Ansätzen der Mittelbeschaffung verzeichnet werden (vgl. Habisch; Wegner 2004, S. 46). Im Zuge dessen könne es zu einer neuen Rollenverteilung zwischen Staat, privaten Unternehmen und Bürgern oder gesellschaftlichlichten Gruppierungen kommen (vgl. Habisch; Wegner 2004, S. 50). Zur weiteren Entwicklung besteht die Notwendigkeit der Verbesserung in rechtlicher, organisatorischer und informativer Hinsicht unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Kooperationsformen und Rahmenbedingungen der Akteure (vgl. Habisch; Wegner 2004, S. 45f., 50).

Im Rahmen der Local Governance-Debatte werden PPPs als ein wichtiges Instrument zum einen zur Steuerung und Koordinierung gesellschaftlicher und politischer Prozesse gesehen und zum anderen zur Modernisierung der Kommunalverwaltung mit Auswirkung auf die Entscheidungsfindung der öffentlichen Politik.

Von Seiten der Politik wird in einigen Bundesländern, z. B. in Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen, die Verbreitung von PPPs durch sogenannte Task Forces und Pilotprojekte gefördert (vgl. www.ppp-bund.de). Im BMVBS ist ein förderables PPP-Kompetenz-Netzwerk mit der Aufgabe eingerichtet worden, interessierten Projektträger durch Information und Beratung bei der PPP-Projektentwicklung zu unterstützen sowie die Kommunikation und Koordination zwischen den regionalen und sektoralen Kompetenzzentren und Ansprechpartnern in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft zu fördern.

Auf Basis einer Analyse zu den Funktionen von PPPs im Zusammenhang mit Fragen der lokalen Steuerung und sektorübergreifenden Partnerschaften merkt Sack (2007) kritisch an, dass auch demokratische Probleme im Zuge der Verbreitung von PPPs auftauchen können. Dazu gehören u. a. Fragen der Kontrolle über die Geschäftstätigkeit der einzelnen sektorübergreifenden Kooperation, einer zunehmenden Intransparenz sowie der Zurechenbarkeit. Sack (2007) empfiehlt für demokratisches bürgerschaftliches Engagement im Rahmen lokalen Regierens eine distanziertere Haltung gegenüber sektorübergreifenden Kooperationen einzunehmen, da neue Abhängigkeiten und Selektivitäten entstehen können.

3 Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland

Matthias Platzeck (2006) sieht die zukünftige Entwicklung Gesamtdeutschlands in den neuen Bundesländern modellhaft abgebildet: Phänomene wie Geburten- und Bevölkerungsrückgang sowie Überalterung sind schon jetzt sehr ausgeprägt. Die noch junge Wirtschaft steht dabei in einem harten internationalen Wettbewerb. Der Solidarpakt zeichnet den finanziellen Rahmen für den Aufbau Ost bis 2019. In den Jahren bis dahin geht es darum, die Weichen so zu stellen, dass die Erneuerung aus eigener Kraft gelingt. Dazu bedarf es einer offenen Diskussion.

Ein Beitrag zur Stärkung der Regionalentwicklung in Ostdeutschland ist, die Menschen zur engagierten Auseinandersetzung mit dem Wandel, der Lebensqualität und dem sozialen Zusammenhalt vor Ort auseinanderzusetzen. Mögliche Aktivitäten (vgl. Bullerjahn 2006) liegen dabei etwa im Aufbau privater Dienstleistungen insbesondere im Gesundheits- und Betreuungsbereich, in der Stärkung des örtlichen Handwerks, in Selbsthilfe bei der Organisation des öffentlichen Nahverkehrs (Beispiel Bürgerbus, vgl. Kap 3.4.1) oder in Initiativen zur Belebung des Lebensumfeldes in kulturellen Vereinen und Sportvereinen, Jugendhäusern oder Seniorenclubs.

Nach Backhaus-Maul prägen zwei ostdeutsche Besonderheiten die bestehenden Engagementstrukturen und beeinflussen die Diskurse: Das Nachwirken von Engagementtraditionen aus DDR-Zeiten sowie die Folgen des gesellschaftlichen Umbruchs und Transformationsprozesses. Zu DDR-Zeiten waren ehrenamtliche Tätigkeiten sehr eng mit dem politischen System verbunden. Es gab keinen eigenständigen „Dritten Sektor“, der relativ unabhängig war. *„Aufgrund des Machtmonopols der SED und der Durchorganisation der Gesellschaft war keine wirkliche Teilhabe und Mitwirkung an der Gestaltung der politischen Angelegenheiten in der DDR möglich“* (Backhaus-Maul; Ebert, Jakob; Olk 2003, S. 15).

Diese Traditionen wirken auf vielfältige Weise fort. Möglicherweise ist die Distanz ostdeutscher Bürger/innen gegenüber einem Engagement Resultat der Erfahrungen in einer der DDR-Massenorganisationen. *„Auch die Zurückhaltung eines Teils der Kommunen bei der Übertragung von sozialen Einrichtungen und Diensten an freigemeinnüt-*

zige Organisationen und Bürgergruppen dürfte in sozialistischen Vorstellungen von einem ‚starken Staat‘ begründet sein, der für die Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Dienstleistungen allumfassend zuständig ist“ (ebd., S. 15). In der DDR war Engagement oft an die Betriebe angebunden. Auch heute noch wird Engagement teilweise als Vorstufe zur Erwerbsarbeit angesehen. Durch den Institutionentransfer von West nach Ost wurden die Grundstrukturen rechtlicher, marktwirtschaftlicher, administrativer und demokratischer Institutionen top-down in den neuen Bundesländern implementiert, während jegliche Engagementpolitik, die sich sachlich einer direkten staatlichen Steuerung verschließt und allenfalls in ihrer Selbstkonstitution durch geeignete Rahmenbedingungen begünstigt werden kann, strategisch deutlich ins Hintertreffen geriet. (vgl. ebd.).

3.1 Besonderheiten des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland

Gemäß dem Freiwilligensurvey (BMFSFJ 2005, vgl. auch Priller 2002 und Enquete-Kommission 2002a) differieren die Engagementquoten innerhalb Deutschlands erheblich: Innerhalb Westdeutschlands ist ein Nord-Süd-Gefälle zu verzeichnen und in Ostdeutschland sind sie niedriger als in Westdeutschland, wobei die Quoten in allen ostdeutschen Bundesländern gleichermaßen niedrig sind. So schwanken die Beteiligungsquoten zwischen 40 % aktiver Bürger/innen über 14 Jahre in Baden-Württemberg und 24 % in Berlin. Neben unterschiedlichen Traditionen in Bezug auf ehrenamtliches Engagement wirken sich Faktoren wie die Landespolitik, strukturelle Bedingungen (Stadtstaat, Flächenstaat, Siedlungsdichte usw.) oder religiöse Bindungen auf die Engagementbereitschaft aus.

Nach Roth (2001) gibt es vier historisch-strukturelle Gründe, die gegen die Annahme einer raschen Angleichung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland an westdeutsche Verhältnisse sprechen:

1. Sozialisation: Mentalitäten – beispielsweise in Bezug auf die Organisationskultur – sind geprägt worden und beständig.

2. Wende-Erfahrungen: Bis in die Gegenwart wirken, insbesondere die Ausreisebewegung von zu DDR-Zeiten Oppositionellen nach.
3. Transformationsprozesse: Mit der Wiedervereinigung wurden Institutionen der alten BRD übernommen. Damit entfielen Zwang und Chance, eigene Wege zu gehen und es kam zu einer Mischung aus DDR-Erbe, unvollständigen Transformationen und eigenen ostdeutschen Umwidmungen
4. Ungleichheiten zwischen Ost und West: Zum Beispiel in Bezug auf den Zugang zur Erwerbsarbeit und die Abwanderung haben sich diese verfestigt.

95 % der Bevölkerung waren in einer Massenorganisation Mitglied, jeder zweite Bürger war ehrenamtlich tätig. Die Attraktivität einer Mitgliedschaft in einer Massenorganisation und damit der hohe Organisationsgrad der DDR-Bevölkerung ergab sich daraus, dass solche Aktivitäten der beruflichen Karriere, für Prämien und Privilegien (z. B. Wohnungs- und Autozuteilung) dienlich sein konnten (vgl. Enquete-Kommission 2002a, S. 225). In der DDR gab es somit eine gewissermaßen aufoktroierte „Kollektivkultur“. Wirklich „freiwilliges“ Engagement mit eigenständigerem Charakter hatte es aufgrund dieser Strukturen schwerer, sich zu entfalten. Kontrovers wird diskutiert, ob der bevormundende Charakter des DDR-Regimes nicht wesentliche Voraussetzungen bürgerschaftlichen Engagements wie Freiwilligkeit, Öffentliche Artikulation, garantierte zivile und politische Beteiligungsrechte erdrückte und bürgerschaftliches Engagement damit unmöglich machte (vgl. ebd.).

Roth (2001) zufolge haben die Ereignisse nach 1989 traumatisch auf die meisten messbaren Formen des sozialen Engagements gewirkt. Dennoch beurteilen viele den Zugewinn an Freiheit im Sinne der Möglichkeit der Mitgestaltung gesellschaftlicher Wirklichkeit ohne staatliche Vorgaben positiv. Andererseits beendeten mehr als 37 % der in der DDR Engagierten ihr Engagement zwischen 1989 und 1991. In der Hälfte der Fälle war der Grund die Auflösung von Vereinen, Gruppen und Organisationen, die vorher Träger der Tätigkeit waren, zum Beispiel gesellschaftliche Massenorganisa-

tionen und Betriebe (vgl. Enquete-Kommission 2002a, S. 226). Da diese aber wichtige Gelegenheits- und Infrastrukturen für Engagement darstellen, trägt die geringe Organisations- und Mitgliedschaftsdichte in den neuen Ländern entscheidend zum geringeren Engagementniveau bei (vgl. ebd., S. 227).

Bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit in Ostdeutschland

In den neuen Bundesländern sind die Grenzen zwischen freiwilligem Engagement und Arbeitsmarkt fließender als in den alten: Soziale Einrichtungen bieten oft ein Nebeneinander von ABM-Kräften, Festbeschäftigten und Ehrenamtlichen. Über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden Projekte und Einrichtungen – und mit ihnen das dort angelagerte ehrenamtliche Engagement – gefördert, die sonst kaum Bestandschance hätten. Oft wechseln die in einem Projekt Tätigen von einer Rolle in die nächste, mit der Hoffnung, einmal fest angestellt zu werden. Die Arbeitsmarktorientierung macht sich auch hinsichtlich der Motive bemerkbar: Knapp die Hälfte der Befragten in Ostdeutschland erwartet einen beruflichen Nutzen durch das bürgerschaftliche Engagement (vgl. Roth 2001). Die Enquete-Kommission (2002a) weist auf mögliche negative Folgen dieses Verhältnisses hin: Tritt bürgerschaftliches Engagement an die Stelle der Integration in den Arbeitsmarkt, gehen zivilgesellschaftliche Dimensionen bürgerschaftlichen Engagements – Freiwilligkeit, Partizipation und Mitgestaltung – verloren (vgl. ebd., S. 229). Andererseits könnten viele wichtige soziale Versorgungsleistungen und Dienste ohne die Nähe zwischen Erwerbsarbeit und Engagement nicht mehr bereitgestellt werden (vgl. ebd., S. 231).

Häufiger als in Westdeutschland, wo Freiwillige vielfach für ihre Tätigkeit angeworben werden, kommen Freiwillige in den neuen Bundesländern durch eigene Initiative zu ihrer freiwilligen Tätigkeit. Insbesondere Jüngere sowie arbeitslose Engagierte bringen zunehmend ihre eigenen Interessen auch in beruflicher Hinsicht in das Engagement hinein. *„Sie sehen ihre freiwillige Tätigkeit durchaus als gemeinwohlorientiert an, fügen dieser Motivation aber eine Interessenorientierung persönlicher Art hinzu“* (Roth 2001, S. 28). Mit dem Arbeitslosenverband ist ein Verband entstanden, der nicht nur bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe, sondern auch Beratung, Bildung, Weiterbildung organisiert (vgl. Enquete-Kommission 2002a, S. 229). Der Tradition der Wende-

zeit folgend, finden sich in ostdeutschen Kommunen auch heute an Sachproblemen orientierte Runde Tische und Foren zu Themen wie Gewalt, Drogen, Armut oder Arbeitslosigkeit .

3.1.1 Das Erbe der DDR

Verschiedene Studien stellen fest, dass freiwilliges Engagement in Ostdeutschland weniger entwickelt ist als in Westdeutschland. Erklärt wird dies einerseits durch die aktuelle Situation, so zum Beispiel, die bislang ungünstigere soziale Lage in den neuen Bundesländern. Andererseits werden die Folgen des Systemumbruchs beim Übergang von der DDR zur BRD in Bezug auf das Fortwirken der in der DDR vorhandenen Einstellungsmuster und Zugangsschemata (vgl. Gensicke 2004) verantwortlich gemacht.

Bezug zur Demokratie

Probst (1993) weist auf die mangelnde Erfahrung mit Demokratie und Selbstverwaltung in den neuen Bundesländern als „politische Altlast staatssozialistischer Systeme“ (Probst 1993, S. 164) hin. *„Die Strukturen der Entmündigung, der Hierarchisierung und Innovationsverhinderung auf allen gesellschaftlichen Ebenen durch den autoritär-administrativen Staat haben tiefe Spuren im soziokulturellen Gefüge der DDR hinterlassen und erschweren den Demokratisierungsprozeß.“* (ebd., S. 164f.) Nach langer Unterbrechung der demokratischen Tradition durch zwei aufeinander folgende Diktaturen, die durch undemokratische, autoritäre und einschüchternde Handlungsformen Bürgerbewusstsein und der Eigeninitiative zum Erliegen brachten, müsse Partizipation neu erlernt werden. Erschwert werde dies nach Probst zudem dadurch, dass viele ostdeutsche Bürger/innen zunächst einmal die Schattenseiten der Marktwirtschaft (Massenentlassungen, Arbeitslosigkeit, soziale Verunsicherung) kennen lernten. (vgl. ebd., S. 165)

In der Zeit von Wende und Wiedervereinigung wurden die ostdeutschen Bürgerbewegungen nicht nur als Hoffnungsträger der demokratischen Wende gefeiert, sondern von Teilen der Öffentlichkeit auch als eine neue politische Formation verstanden, deren Politikverständnis möglicherweise für den Westen Modellcharakter haben könnte.

Die politische Linke erhoffte sich von den Aktivitäten der Bürgerbewegungen einen stimulierenden Impuls für eine Demokratisierung der BRD. Probst stellt 1993 fest, dass die Bürgerbewegungen seit den Volkskammerwahlen 1990 ihre Rolle als massenwirksame und politisch intervenierende Kraft eingebüßt haben. *„Die Bürgerbewegungen hatten zwar ein Programm zur Ablösung der Zwangsherrschaft der SED, aber sie hatten für die Mehrheit der Bürger/innen der DDR kein überzeugendes Konzept für ein eigenes ökonomisches und politisches System alternativ zur Bundesrepublik anzubieten.“* (Probst 1993, S. 12). Repräsentanten der Bürgerbewegungen wurden in vielen ostdeutschen Gemeinden und Landkreisen in einflussreiche Funktionen gewählt, zum Beispiel als Bürgermeister, Landräte, Dezernenten oder Frauenbeauftragte.

Fortbestehende und weggebrochene Strukturen

Das historische Erbe der DDR wirkt auch dadurch fort, dass einige Verbände und Massenorganisationen den Systemwechsel überstanden haben und bis heute freiwilliges Engagement in erheblichem Umfang veranstalten, so zum Beispiel die „Volkssolidarität“ (vgl. Roth 2001). In der DDR geprägte Milieus und Netzwerke, Mentalitäten und Einstellungen wirken weiter auch wenn sie vielerorts aufgebrochen worden sind. Traditionsbedingt und transformationsgefördert weisen viele Selbsthilfe- und Freiwilligeninitiativen eine große Staatsnähe auf. Oft sind die Einrichtungen aus öffentlichen Förderprogrammen entstanden und von ihnen weiterhin abhängig. Es gibt keine starke Tradition eigensinniger ziviler Selbstorganisation.

Gesellschaftliche Blockaden sind dadurch zu begründen, dass die zu DDR-Zeiten vergleichsweise ausgesprochen „gleiche“ Gesellschaft eine rasante soziale Ungleichheitsentwicklung mit vielfältigen Ausgrenzungsprozessen erfahren hat (dauerhafte Massenarbeitslosigkeit auf hohem Niveau, vielfältige Ausgrenzungsprozesse, Abwanderung, soziale Problemquartiere, Entvölkerung ländlicher Regionen, wachsende regionale Unterschiede). Durch den Zusammenbruch politischer und betrieblich eingebundener Engagementstrukturen nach der Wende bei gleichzeitigem Fehlen bzw. nur langsamem Aufbau von alternativen Trägern gibt es insbesondere bei Jüngeren eine große Kluft zwischen Engagement und Engagementbereitschaft (vgl. Roth 2001 und Bleicher 2002).

In Westdeutschland sind Gemeinwesenkonzepte und Strukturen der Selbsthilfe in einem gesellschaftlichen Entwicklungsprozess entstanden bzw. ausgehandelt worden, der zu großen Teilen bottom-up verlief. In Ostdeutschland fehlte dieser Prozess: die Konzepte wurden nach der Wiedervereinigung im Verlauf der Transformation von Westdeutschland: durch gesetzliche Regelungen oder Programme wie „URBAN“³ und die „Soziale Stadt“⁴ übernommen. Es ergeben sich daraus folgende Fragen: Inwieweit machen sich die Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland diese Konzepte, die ihnen quasi vorgesetzt worden sind, zu Eigen? Inwiefern verändern sich die Konzepte durch die Adaption ostdeutscher Rahmenbedingungen? Entstehen dadurch neue Muster?

Transformationsforschung

Nach Reißig (2000, S. 13) wird die sozialwissenschaftliche Transformations- und Vereinigungsforschung von der Sichtweise der „nachholenden Modernisierung“ bestimmt, die von einer Angleichung der ostdeutschen Verhältnisse an das westdeutsche Vorbild ausgeht. Nach Schmitt (2004) und Reißig (1998) greift diese These jedoch zu kurz: *„Dieser Gedanke des ‚Nachholens‘ ist jedoch insofern stark zu relativieren, als zwar tatsächlich auf der Ebene von Institutionen und Leitbildern ein ‚Nachholen‘ erfolgte, die übertragenen Institutionen und Leitbilder aber in den ostdeutschen Lebenswelten nur schwach verankert sind und häufig sogar in Diskrepanz zu den Handlungen und Wertorientierungen der Ostdeutschen stehen.“* (Schmitt 2004, S. 19). Die Systemtransformation geht also nicht mit einer sozialen Integration einher und durch die Übertragung von Institutionen sowie von Entwicklungsleitbildern und –konzepten werden die konkreten Interaktionen der ostdeutschen Akteure nur bedingt bestimmt.

Auch wenn in der DDR eine Vielzahl von Partei-, Verbands- oder Kirchenorganisationen existierten, ergab dies doch kein pluralistisches intermediäres System. Es fehlten in Ostdeutschland bürgerschaftliche Aktivitäten wie sie beispielsweise in der westdeutschen Stadtteilarbeit oder in Bürgerinitiativen vorgenommen wurden. Dem westlichen

³ EU-Gemeinschaftsinitiative

⁴ Bund-Länder-Programm

„Gesellschaftsprinzip des Vielen“ wurde das „Prinzip des Einen“ entgegengesetzt (vgl. Niedermayer 1996 sowie Schmitt 2004). *„Die unverbunden miteinander konkurrierenden Handlungsarenen wurden zugunsten eines vereinheitlichten Einen aufgelöst und in eine höhere Gesamtrationalität der Planung aufgehoben. Einheit im Sozialismus wurde als die historisch endgültige Überwindung von Partikularinteressen aufgefasst, die durch die Partei repräsentiert wurde“* (Weinert 1995, S. 243). Dies bedeutete, dass Veränderung nur mit der Partei möglich war und nicht innerhalb eines Aushandlungsprozesses zwischen Partei und Bürger/innen. Als Bürgerrechtsbewegungen einen Versuch unternahmen, eine öffentliche und parteiunabhängige Ebene der Willensbildung zu schaffen und die DDR zu reformieren, war dies der Anfang vom Ende der DDR: *„Das System erwies sich als nicht flexibel genug, mit öffentlichem Protest umzugehen oder ihn gar – wie in der BRD – nach und nach in ihren eigenen Apparat zu integrieren“* (Schmitt 2004, S. 238). Schmitt (ebd.) stellt fest, dass nach einer kurzen euphorischen Phase der Basisdemokratie in der Wendezeit rasch Enttäuschung einsetzte, da die neuen Angebote einer Bürgerbeteiligung vielen als unzureichend erschienen. Statt eigene Konzepte zu entwickeln, zogen sich frühere Aktivisten demonstrativ in eine offenen antipolitische Haltung zurück. Dazu kommt ein Misstrauen gegenüber Aushandlungsprozessen und Kompromissen.

Probst (1993) vergleicht die ostdeutschen Bürgerbewegungen mit den Neuen Sozialen Bewegungen in Westdeutschland: In der Bundesrepublik sei es den Reformbewegungen gelungen, *„die herrschenden Eliten unter verstärkten Legitimationsdruck zu setzen, das etablierte Institutionensystem zu verändern und die Politische Kultur nachhaltig zu beeinflussen“* (ebd., S. 36). Dagegen waren die oppositionellen Bewegungen in der DDR aufgrund der rigiden Abschottung des politischen Systems gegenüber allen politischen Innovationen oft auf sich selbst zurückgeworfen. In der DDR blieb den Neuen Sozialen Bewegungen aufgrund des Informationsmonopols der SED und der von ihr kontrollierten und gesteuerten „Staatsöffentlichkeit“ die Möglichkeit versperrt, ihre Anliegen in einer breiteren Öffentlichkeit zu verankern. Die Trotz dieser Rahmenbedingungen waren sie Vorreiter und Träger einer „zweiten Öffentlichkeit“.

Nach Badelt (2002) gelang es den Bürgerrechtsbewegungen nicht, im politischen Alltag der Nachwendezeit einen festen (und einflussreichen) Platz einzunehmen. Das relativ hohe Maß an Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen während der Wende und hoffnungsvolle Ansätze einer Demokratisierung des politischen Systems wurden nach der Vereinigung rasch auf ein geringes Maß an gesellschaftlicher Einflussnahme zurückgeführt (vgl. ebd., S. 359). Es ist eine Skepsis der Bevölkerung in den neuen Bundesländern gegenüber dem neu etablierten politischen und wirtschaftlichen System festzustellen, vor allem in Hinblick auf die Auswirkungen der politischen und gesellschaftlichen Veränderungen als Folge der Vereinigung. (vgl. ebd., S. 390).

Dennoch wirken die Impulse zur Belebung des politischen Raums bis heute fort. Viele Akteure der „friedlichen Revolution“ sind in den unterschiedlichsten Bereichen bürgerschaftlich engagiert geblieben. Runde Tische, lokale Projekte, Initiativen und Einrichtungen tragen ihre Handschrift und haben eigene Traditionen ins Leben gerufen, die vor allem im kommunalen Raum wirksam sind. Chancen des unvollständigen Transfers westdeutscher Modelle bieten sich dadurch, dass ein lockeres und weitmaschiges Akteursnetzwerk entstanden ist. *„Es hat sich in vielen Politikfeldern (noch) kein professionell gefestigtes Netz von Zuständigkeiten und Abgrenzungen stabilisiert. Nicht-Professionelle bekommen eher eine Chance.“* (Roth 2003, S. 30).

3.1.2 Die Rolle der Unternehmen in der Gesellschaft der DDR

Den Betrieben kam in der Gesellschaft und als Ort des bürgerschaftlichen Engagements in der DDR eine zentrale Rolle zu. Die Wirtschaft beeinflusste die soziale Lage zu DDR-Zeiten durch die betriebliche Sozialpolitik entscheidend. Betriebe unterhielten große Teile der sozialen Infrastruktur. Das Angebot der personenbezogenen Dienstleistungen an die Betriebsangehörigen und Bürger/innen beruhte auf Kooperationsverpflichtungen der Betriebe gegenüber der Kommune und anderen Betrieben (vgl. Deich 1997, S. 108).

Die betrieblichen Sozialleistungen umfassten die Arbeiterversorgung, Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens der Werktätigen, sportliche Betätigung, Jugend-, Kinder- und Ferienbetreuung, Naherholung und Wohnungswirtschaft (vgl. Deich 1997,

S. 110, Roesler 2003, S. 22ff.). Die Dienstleistungen wurden überwiegend in den Räumen der Betriebe erbracht und von diesen auch größtenteils finanziert und unterhalten. Mieten, Gebühren und Preise für die Nutzung wurden niedrig gehalten entsprechend der Sozialpolitik der DDR (vgl. Deich 1997).

Die Arbeitsstelle war ein sozialer Mittelpunkt, an dem Solidarität erfahrbar wurde. Dazu trugen die sozialistischen Brigaden – organisierte Gruppen von Werktätigen für u. a. gemeinsame Freizeitaktivitäten, fachliche Weiterbildung und Lösung von spezifischen Produktionsaufgaben bei (vgl. Roesler 2003, S. 12ff).

Während der Arbeitszeit wurden teilweise auch private Besorgungen getätigt, wenn gerade schwer erhältliche Waren zu bekommen waren, die schnell wieder vergriffen waren. Die Solidarität am Arbeitsplatz in einer Mangelgesellschaft mit schlechter Versorgungslage zeigte sich dann z. B. in der Gewährung dieser Tätigkeiten durch die Betriebsleitung und Brigaden (vgl. Heydemann 2001).

Brigaden hielten hierbei eine bedeutende Rolle inne: über sie fand eine Verteilung betrieblicher Sozialleistungen statt. Unter den Mitgliedern entwickelten sich teilweise enge soziale Beziehungen und damit einhergehend wurden hier auch arbeitsbezogene und persönliche Konflikte ausgetragen (vgl. Heydemann 2001).

Greiffenhagen und Greiffenhagen (1994) betonen, dass alle wesentlichen Lebensbezüge in der DDR über den Arbeitsplatz vermittelt wurden: Einkommens- und soziale Sicherheit, Versorgung der Familie mit Wohnung, Kindergärten, Kulturleistungen, Freizeit- und Urlaubsaktivitäten, Geselligkeit (vgl. Greiffenhagen; Greiffenhagen 1994, S. 10f.).

Die betriebliche Sozialpolitik hatte ebenfalls die Aufgabe, die Bindungskraft an den Betrieb zu entwickeln, zur Ausschöpfung der Arbeitskräfteressourcen beizutragen sowie die Steuerung der Mobilität der Arbeitskräfte zu bewirken⁵.

⁵ Für einen umfassenden Überblick über Aufgabenfelder, Einrichtungen und Maßnahmen der betrieblichen Sozialpolitik in der DDR vgl. Kothe (1997: 17ff.).

Allerdings wird auch auf eine Divergenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit bzw. Formalität und Informalität der betrieblichen Sozialpolitik hingewiesen.

Die Informalität zeigte sich in den vielfältigen Tauschgeschäften z. B. Lebensmittel für Werksküche gegen Plätze im Ferienlager (vgl. Kothe 1997). Hintergrund dafür waren die zunehmenden Erfahrungen, dass auf dem formalen Weg der Anträge und Revisionschreiben viele Probleme nicht erfolgreich behoben werden konnten. Hieraus resultierte u. a. die Entwicklung eines starken informellen Sektors in der DDR.

Die betriebliche Sozialpolitik wurde darüber hinaus nicht unbedingt immer als Bereicherung erlebt, da sie direkte Eingriffe in die Freizeit und eine politische Steuerung enthielt, so Kothe.

Die Transformation hatte verschiedene Auswirkungen auf die Sozialeinrichtungen im Zuge u. a. des Abbruchs der Mitgliedschaft in Massenorganisationen der DDR (FDJ, FDGB, SED), der Orientierung der Betriebe an marktwirtschaftlichen Effizienzkriterien und dem Umbruch der Staatsorganisation (vgl. Deich 1997, S. 111).

Die Treuhandanstalt erließ 1990 eine Direktive an die Unternehmen, sich von nicht betriebsnotwendigen Einrichtungen zu trennen. Allerdings versuchten im Zuge der Transformation und dem Eintritt in die Marktwirtschaft die meisten Betriebe Strukturen abzubauen, um im Wettbewerb zu überleben (vgl. Deich 1997, S. 108f.).

Viele betriebliche Sozialeinrichtungen wurden entweder privatisiert oder an die Kommunen übertragen. Das Transformationsrecht sah vor, dass volkseigene Betriebe und Einrichtungen, die zur Erfüllung der kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben benötigt werden, in das Vermögen der Gemeinden und Städte übergehen.

Dazu gehörten kulturelle, gesundheitliche und soziale Betreuungseinrichtungen wie z. B. Theater, Museen, Büchereien, Kinderkrippen und –gärten sowie Krankenhäuser (vgl. Kothe 1997, S. 73). Auf Basis einer Fallstudienanalyse kommt Kothe (1997) zu dem Schluss, dass viele ostdeutsche Kommunen mit dem großen Umfang ihnen zugefallener Aufgaben finanziell überfordert waren. Viele kleine Dienstleistungseinrichtungen, wie Schneidereien und Schumacherwerkstätten, die den Beschäftigten zur Verfügung standen sowie kulturelle Einrichtungen wurden geschlossen. Eine Fortsetzung der

betriebsbezogenen Aktivitäten durch Wohlfahrtsverbände fand weniger statt, da diese Anfang 1990 noch nicht Fuß gefasst hatten (vgl. ebd.). Allerdings benennt Kothe es als bemerkenswert, dass *„in allen [untersuchten] Betrieben die bisherige Arbeiterversorgung in einer privatisierten Form fortgesetzt worden ist“* (ebd., S. 88). Während die Präferenzen bezüglich der Kinderbetreuung bei öffentlichen Einrichtungen lägen, werden eine betriebliche Verpflegung und eine betriebsnahe Wohnungspolitik bevorzugt. Diese spezifische Fortsetzung betrieblicher Sozialpolitik weise auf ostdeutsche Erfahrungen hin, die in zukünftige Entwicklungen einbezogen werden könnten (vgl. Kothe 1997, S. 88f.).

Demgegenüber haben die Untersuchungen von Deich (1997) ergeben, dass die betrieblichen Sozialeinrichtungen in der DDR ihre Dienstleistungen aufgrund der oft unsicheren volkswirtschaftlichen Lage nicht in einer Art und Weise erbracht haben, dass ihre Nutzer/innen sie in der Umbruchsphase als „sozialistische Errungenschaften“ verteidigt hätten. Vielmehr konnte festgestellt werden, dass der Abbau der soziokulturellen betrieblichen Einrichtungen in vielerlei Hinsicht durch entsprechende gesetzliche Regelungen rechtzeitig aufgefangen werden konnte und sich dabei auf Ebene der Kommunen viele Akteure aus der Verwaltung, Unternehmen und Bürgerschaft einsetzen. Allerdings könne in den einzelnen neuen Bundesländern aufgrund der teilweise unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen eine jeweils eigene Dynamik ausgemacht werden (vgl. Deich 1997, S. 337f.).

3.2 Bürgerschaftlich Engagierte in Ost- und Westdeutschland

Nach den Ergebnissen des Freiwilligensurveys (BMFSFJ 2005), der Zusammenhänge zwischen freiwilligem Engagement und sozio-demographischen Parametern wie Geschlecht, Alter oder Haushaltsgröße untersucht, engagierten sich im Jahr 2004 in Ost und West 36 % aller Bürger/innen ab 14 Jahren freiwillig. Fünf Jahre zuvor waren es nur 34 %. Das Engagementpotenzial ist mit 43 % in der Gruppe der Jugendlichen am höchsten, 36 % engagieren sich tatsächlich. Die ältere Generation stellt die größte Wachstumsgruppe dar.

Jugendliche

Unter ostdeutschen Jugendlichen war nach den Ergebnissen des Freiwilligensurveys von 1999 der Anteil der freiwillig Engagierten wesentlich geringer als unter westdeutschen Jugendlichen. Das Engagementpotenzial der Jugendlichen in Ostdeutschland hingegen war nur etwas niedriger als in den alten Bundesländern. Auch der Freiwilligensurvey von 2004 spiegelt diese Ergebnisse wider, wobei die Bereitschaft der Jugendlichen in Ostdeutschland zu bürgerschaftlichen Engagement in der Zwischenzeit noch gestiegen ist. In Westdeutschland scheint das Potenzial der „Bereiten“ weitgehend ausgeschöpft zu sein, während es in Ostdeutschland mehr „*brachliegende Motivation und Energie*“ (vgl. BMFSFJ 2005, S. 235 sowie CBE 2007) gibt.

Im Jahr 1999 beobachtete das Freiwilligensurvey, dass Formen der Selbstorganisation für junge Engagierte im Osten eine deutlich höhere Rolle spielten als in den alten Bundesländern. Das BMFSFJ interpretierte dies als Anzeichen, dass sich dort, wo alte Engagementstrukturen zusammengebrochen sind, neue informellere Formen des Engagements leichter etablieren. Der Freiwilligensurvey von 2004 zeigt, dass sich die Tendenz zum informellen Engagement in Projekten und eigenen Initiativen weiter verstärkt hat. 2004 wird jedoch ein rückläufiges Engagement in staatlichen und kommunalen Einrichtungen ermittelt. Allerdings ist diese Entwicklung auch in den alten Bundesländern zu beobachten und kann damit nicht ausschließlich mit der ostdeutschen Vergangenheit begründet werden, sondern spiegelt einen allgemeinen Trend wieder. Ostdeutsche Jugendliche erwarten zunehmend einen beruflichen Vorteil durch ihr freiwilliges Engagement, der sich etwa durch Kompetenzgewinn, Persönlichkeitsentwicklung, informelles und soziales Lernen ergeben kann. Dass die Aneignung von Fähigkeiten durch bürgerschaftliches Engagement zunehmende anerkannt wird, spiegelt sich zum Beispiel darin wieder, dass derartige Aktivitäten mittlerweile eine selbstverständliche Erwähnung in Bewerbungsunterlagen finden.

Junge Erwachsene

Förster (2002) beschreibt die Ergebnisse einer Längsschnittstudie über die Trends der Einstellungen zur politischen Wende und zur deutschen Einheit. 1990 wurden die ost-

deutschen Zehntklässler einer allgemein bildenden Oberschule das erste Mal und bis zum Jahr 2000 insgesamt 14-mal befragt. *„Von Anfang an bejahte die überwiegende Mehrheit der Panelmitglieder grundsätzlich die Wende, nur eine Minderheit von ihnen wünscht die früheren politischen Verhältnisse zurück. Bei der Einstellung zur deutschen Einheit ist eine fast kontinuierlich wachsende Zustimmung zu beobachten. Das vereinte Deutschland ist für diese jungen Ostdeutschen zu einer Selbstverständlichkeit geworden, die nicht in Frage gestellt wird (...)*“ (Förster 2002, S. 303). Die Folgen für Ostdeutschland werden von den Panel-Teilnehmern dennoch ambivalent beurteilt. Ein Großteil der Befragten reflektiert sowohl positive als auch negative Veränderungen. Seit Mitte der 1990er Jahre hat jedoch der Anteil derer zugenommen, die mehr positive als negative Veränderungen wahrnehmen. Die politische Identifikation der Panelmitglieder mit der vereinten Bundesrepublik ist allerdings nur schwach entwickelt. Der Identitätswandel vom DDR- zum Bundesbürger erweist sich als sehr langsam verlaufender Prozess. Die Zustimmung zur Wiedervereinigung ist nicht gleich bedeutend mit der (uneingeschränkten) Zustimmung zum neuen Gesellschaftssystem. Viele Panelmitglieder sind enttäuscht und kritisch gegenüber den politischen Parteien eingestellt. Ihre Bereitschaft zur politischen Partizipation ist geringer geworden. *„Die Panelmitglieder äußern sich seit Jahren kritische über ihre demokratischen Mitgestaltungsrechte, an die sie in der Wendezeit große Erwartungen hatten. Vor allem in dieser Hinsicht ist ein Prozess der Desillusionierung mit starken Rückwirkungen auf die Systembindung unverkennbar. (...) Nur eine Minderheit von weniger als 5 % hat über viele Jahre hinweg die Erfahrung gemacht, dass die Politiker an ihrer Meinung interessiert sind.“* (ebd., S. 309). Viele fühlen sich hinsichtlich ihres Anteils am gesellschaftlichen Wohlstand ungerecht behandelt. Auch die Chancen, es in der heutigen Gesellschaft durch Leistung zu etwas zu bringen, werden zurückhaltend beurteilt.

Arbeitnehmer/innen und Arbeitslose

Die größten Unterschiede im freiwilligen Engagement zwischen Ost- und Westdeutschland zeigten sich in der Altersgruppe der 40 bis 59-Jährigen. Aus dieser sind in Ostdeutschland deutlich weniger Bürger/innen engagiert als in Westdeutschland. Ein

Grund dafür wird in der bedeutend höheren Arbeitslosenquote gesehen, denn in allen Studien weisen Arbeitslose die geringsten Engagementquoten auf.

Arbeitslosigkeit ist mit Einkommens- und Statusverlust sowie mit negativen Erlebnissen und Gefühlen verbunden und geht mit einer geringeren Neigung, sich freiwillig zu engagieren einher. Die Quoten der freiwillig engagierten Arbeitslosen liegen in Westdeutschland bei 24 %, in Ostdeutschland bei 22 %.

Nach Gensicke (2004) ist, wer in Ostdeutschland Arbeit hat, darum bemüht, diese zu behalten und zieht seine Energien vom freiwilligen Engagement ab. Auch spielt die Struktur der Erwerbstätigkeit eine Rolle. Der Anteil der im tertiären Sektor Beschäftigten ist in Ostdeutschland geringer als in Westdeutschland, wohingegen der Anteil der Arbeiter im Osten um zehn %-Punkte höher liegt als im Westen. Angestellte, insbesondere im öffentlichen Dienst, und Beamte bilden aber die Gruppe mit dem höchsten Engagementpotenzial. Die Bildungsabschlüsse in Ostdeutschland sind durchschnittlich auf einem niedrigeren Niveau als in Westdeutschland. Die Variable Bildungsabschluss weist einen hohen Zusammenhang mit den Engagementquoten auf: Befragten mit Volks- bzw. Hauptschulabschluss engagieren sich im Durchschnitt deutlich weniger als diejenigen mit Hochschulabschluss. Hochschulabsolventen in den neuen sind genauso oft freiwillig engagiert wie in den alten Ländern.

Sozialräumliche Faktoren

Deutliche Unterschiede zeigen sich auch in Anbetracht der Haushaltsgröße. Die Engagementquoten von Personen, die in Haushalten mit vier oder mehr Personen leben, sind sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland besonders hoch. In Ostdeutschland bleiben sie jedoch deutlich hinter den westdeutschen Werten zurück. Dies kann eventuell dadurch erklärt werden, dass sich Frauen in den neuen Bundesländern stärker auf den Beruf konzentrieren und die Hausfrauenrate geringer ist als in den alten Ländern (vgl. ebd.). Außerdem wurde ermittelt, dass sich die Personengruppe der Hausfrauen in Westdeutschland überdurchschnittlich engagiert, während sie dies in Ostdeutschland unterdurchschnittlich tut.

Statt in Ballungsräumen mit über 500.000 Einwohnern leben die im Freiwilligensurvey Befragten aus den neuen Bundesländern zu einem größeren Anteil in mittleren Großstädten, in mittlere Städten und im ländlichen Raum als die Befragten aus Westdeutschland. In Westdeutschland weisen Menschen, die in ländlich geprägten Siedlungsformen leben, besonders hohe Engagementquoten auf. In Ostdeutschland ist dieser Zusammenhang weniger eindeutig (vgl. Gensicke 2004).

Der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland zeigt sich nirgends so deutlich wie im Bereich Kirche: In Westdeutschland engagieren sich 6 % der freiwillig Tätigen im Bereich der Kirche, in Ostdeutschland liegt der Anteil bei nur 2 % (vgl. Enquete-Kommission 2002a, S. 227). Dies steht im Zusammenhang mit den in Ostdeutschland weiter fortgeschrittenen Entkirchlichungs- und Säkularisierungsprozessen und der entsprechend schwächeren „Kirchenbindung“ der Menschen. In Ostdeutschland sind 75 % der Menschen ohne Konfession, in Westdeutschland nur 21 %. Dies in zweifacher Hinsicht für das Engagementniveau in Ostdeutschland relevant: Einerseits zeigen empirische Befunde, dass das Merkmal Kirchenbindung Engagement positiv beeinflusst, andererseits stellen die Kirchen in Westdeutschland einen großen Teil der Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement (vgl. ebd., S. 227). In Westdeutschland sind kirchliche und religiöse Verbindungen nach den Vereinen mit einem Anteil von 15 % des freiwilligen Engagements der zweitwichtigste Träger bürgerschaftlichen Engagements, während sie in Ostdeutschland für nur 7 % des Engagements den institutionellen Rahmen darstellen (vgl. ebd., S. 228).

Eine andere Personengruppe mit großer Neigung, sich in bürgerschaftlichen Projekten zu engagieren, sind politisch Interessierte. Auch in diesem Personenkreis bleibt das freiwillige Engagement in den neuen Bundesländern im Vergleich zu den alten zurück.

Wertetypen

Gensicke (2004) bildet Wertetypen, indem er kulturelle, sozialstrukturelle und lebenszyklische Merkmale kombiniert. Er identifiziert die „Ordnungsliebenden Angepassten“, die „Nonkonformen Idealisten“ sowie die „Aktiven Realisten“. Erstere schätzen die in der deutschen kleinbürgerlichen Tradition stehenden Konventionen besonders hoch

(„nach Sicherheit streben“, „fleißig und ehrgeizig sein“) und sind kaum an Selbstentfaltung und Engagementmöglichkeiten interessiert. Gegenüber dem Wertewandel nehmen sie eher eine resistente Position ein. Diese Gruppe ist in den neuen Ländern stärker vertreten als im Westen. Auch die „Aktiven Realisten“ sind in Ostdeutschland stärker vertreten als in Westdeutschland. Sie vertreten das aufgeklärte und aktive Klein- und Mittelbürgertum, versuchen, Konventionenwerte mit intellektuell-kreativen Entfaltungswerten in Einklang zu bringen und haben ein höheres Engagementpotenzial als die „Ordnungsliebenden Angepassten“. Dagegen gibt es in den neuen Bundesländern weniger „Nonkonforme Idealisten“, die politisches, soziales und ökologisches Engagement und die eigene intellektuell-kreative Entfaltung besonders wichtig finden.

3.3 Modellprojekte für bürgerschaftliches Engagement und intersektorale Vernetzung in Ostdeutschland

Dieses Kapitel stellt beispielhaft einige Modellprojekte bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland vor, die in Kooperation von mindestens zwei der Sektoren Staat, Wirtschaft und Dritter Sektor durchgeführt werden.

3.3.1 Trisektorale Vernetzung

3.3.1.1 Alternative Mobilitätskonzepte unter Einsatz von bürgerschaftlichem Engagement

Seit August 2005 wird das Projekt mobikult - Mobilität ist Kultur - im Rahmen der europäischen LEADER+-Initiative gefördert und vom Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin in Kooperation mit dem nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH sowie Partnern in sechs brandenburgischen Regionen bearbeitet.

Eine Mobilitätskultur spiegelt das Verhalten aller am Mobilitätsprozess beteiligten Akteure wider: Es geht darum, wie Betreiber Mobilitätsangebote organisieren, Politiker sie thematisieren, Planer sie konzipieren und Kunden sie nutzen. Dieses Verhalten zu lenken, steuern und zu beeinflussen, bedarf ein hohes Maß an Kommunikations- und

Moderationsprozessen (vgl. Schmidtman 2006). Im Rahmen von mobikult wurden neue, Branchen übergreifende Kooperationsformen für öffentliche Mobilität erarbeitet: Auf kommunaler Ebene sollten Kommunikations- und Kooperationsprozesse zwischen Gemeindevertretern, Bürger/innen und Verkehrsunternehmen in Gang gesetzt werden, um geeignete neue Mobilitätsstrategien für ländliche Räume zu entwickeln. Mobikult hat neue Partnerstrukturen initiiert und aufgezeigt, wie mittels innovativer Kooperationsstrategien zwischen Mobilitätsdienstleistern, Dienstleistern partizipierender Branchen und kommunalen Aufgabenträgern, aber auch durch neue Vermarktungsstrategien öffentliche Mobilitätsangebote kundenorientierter und wirtschaftlicher gestaltet und angeboten werden können als bisherige klassische Linienverkehre.

Es entstanden Pilotprojekte wie unter anderem eine Touristenbuslinie in der Märkischen Schweiz, ein Bürgerbus in Fläming-Havel sowie mehrere Servicestationen zur integrierten Vermarktung von Tourismus und Mobilität in den Regionen Wald- und Heide, Märkische Schweiz, Strittmatter-Land und Wirtschaftsraum Schraden. Um den Wünschen und Fragen nach Informationen bzw. Dienstleistungen im Mobilitäts- und Tourismusbereich nachzukommen, ist der Aufbau von Servicestationen als zentrale Anlaufstellen eine nachhaltige Investition (vgl. ebd.). Hierfür ist nicht nur das Bewusstsein, sondern auch das aktive Engagement und Handeln von Bürger/innen der Region notwendig. Ihre Ideen und Vorschläge bilden die Grundlage der Planungen. Zentral ist, dass Mobilitätskunden und Verkehrsdienstleister zusammenarbeiten und nach Defiziten und neuen Angebotsstrategien vor Ort suchen. Diese Kooperationen lassen einen Mehrwert für alle Beteiligten erwarten: Die Einwohner/innen ländlicher Regionen profitieren von einem verbesserten oder zumindest stabilisierten Mobilitätsangebot. Und viele Dienstleister im ländlichen Raum sind auf Vernetzung geradezu angewiesen, wenn sie auch zukünftig am Markt bestehen wollen (vgl. www.mobikult.de).

Ähnliche Ziele wurden in den am Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin angesiedelten Teilprojekten des Forschungsvorhabens IMPULS 2005 in Kooperation mit dem nexus Institut und dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) verfolgt. In diesem Verbundvorhaben, gefördert im Rahmen der Forschungsinitiative Personen-

nahverkehr für die Region (PNV) des BMBF, wurde in den Jahren 2001 bis 2004 der übergreifende Ansatz verfolgt, Möglichkeiten für einen neuen integrierten und angebotsorientierten Personen- und Güterverkehr in dünn besiedelten ländlichen Gegenden zu erforschen und Pilotprojekte in die Praxis umzusetzen. Das Untersuchungsgebiet umfasste die drei brandenburgischen Landkreise Oberhavel, Barnim und Uckermark im Norden und Nordwesten Berlins, die gebietsweise Merkmale der Strukturchwäche aufweisen. Das Spektrum möglicher Mobilitätsangebote reicht von Formen des Mitnahmeverkehrs über Mitfahrzentralen, Fahrgemeinschaften und Zusteiger-Mitnahmekonzepte, klassisches und privates Carsharing, Anrufsammeltaxen, Bürger-, Vereins- und Gemeindebusse bis hin zur zeitlichen Abstimmung von Öffnungszeiten von Läden und Ämtern auf der einen und Verkehrsangeboten auf der anderen Seite. Die genannten ÖPNV-Formen lassen sich größtenteils nicht mehr in die gängigen Einteilungen öffentlicher und privater Verkehr, Linien- oder freier Verkehr sowie Eigen- oder Gemeinwirtschaftlichkeit einordnen und werden vielfach unter dem Begriff „Gemeinschaftsverkehr“ zusammengefasst, da für sie die gemeinsame Nutzung eines Verkehrsmittels durch mehrere Personen charakteristisch ist.

Schon wenn Eltern in ländlichen Regionen Fahrgemeinschaften gründen um ihrer Nachwuchs zum Sport zu bringen und sie auf diese Weise auch Kindern die Teilnahme ermöglichen, deren Eltern den Hol- und Bringedienst nicht leisten können, zählt dies zu den informellen Strukturen bürgerschaftlichen Engagements. Eine ganz explizite Form des Einsatzes von freiwilligem Engagement findet sich beim Mobilitätskonzept Bürgerbus. Die Idee der Bürgerbusse geht auf ein Projekt zurück, das unter dem Oberbegriff „Voluntary Transport“ in Birmingham (GB) im Jahre 1966 initiiert und in den darauf folgenden Jahren in Großbritannien oftmals kopiert wurde. 1977 wurde das Konzept in veränderter Form unter dem Begriff „Buurtbus“ in den Niederlanden eingeführt. Das Prinzip, so wie es inzwischen in fast 100 Bürgerbusvereinen in Deutschland praktiziert wird, sieht Kleinbusse mit bis zu acht Sitzplätzen für Fahrgäste vor, die von ehrenamtlichen Fahrer/innen bedient werden (vgl. z. B. BMV 1995; Schmithals; Schenk 2004). Voraussetzung ist eine ausreichende Anzahl ehrenamtlicher Fahrer/innen, so dass sich deren jeweiliger Einsatz auf wenige Stunden im Monat be-

schränkt. Es ist sinnvoll, den Betrieb von Bürgerbussen über einen Verein zu organisieren, der mit den Einnahmen seine Kosten deckt aber keine Gewinne erzielt. Auch die Organisation, also die Fahrplangestaltung, Werbung, Planung der Einsätze, Abrechnung, Werbung u. ä. wird durch ehrenamtliche Arbeit geleistet. Gegebenenfalls wird der Verein vom örtlichen Verkehrsunternehmen bezuschusst (vgl. VDV 1997 sowie IR-PUD 1998). In Deutschland wurde das Bürgerbuskonzept erstmalig 1985 im nordrhein-westfälischen Landkreis Borken eingeführt. Inzwischen wird es weitgehend erfolgreich in über 50 Gemeinden (hauptsächlich in NRW) eingesetzt.

Das erste das erste Bürgerbusprojekt in Ostdeutschland wurde im Frühjahr 2005 in Gransee im Rahmen des IMPULS-Projektes ins Leben gerufen und wird mittlerweile erfolgreich betrieben. Ein weiteres wurde in Belzig durch das mobikult-Projekt angestoßen: Am 7. September 2006 konnte dort der Bürgerbus Hoher Fläming eingeweiht werden, der seitdem an Werktagen dreimal täglich auf zwei Strecken verkehrt.

Die Projekte vermitteln einen Eindruck, wie durch innovative Kooperationsstrategien öffentliche Mobilitätsangebote auch in strukturschwachen Regionen kundenorientierter und wirtschaftlicher gestaltet werden können als klassische Linienverkehre. Um derartige Projekte umzusetzen, ist es notwendig, die spezifische Situation vor Ort zu berücksichtigen: Dazu gehören neben den Fragen nach örtliche Gegebenheiten wie der Größe der Stadt oder dem bereits vorhandenes Verkehrsangebot auch gesellschaftliche Rahmenbedingungen.

Neben den erkennbaren Potenzialen – so zeigen die umgesetzten Bürgerbusprojekte, dass „es geht“ – wurden bei den Umsetzungsbemühungen in den genannten Projekten auch Hemmfaktoren identifiziert. So war der Granseer Bürgerbus das erste geglückte Vorhaben, nachdem Bemühungen zur Realisierung von Mobilitätskonzepten in anderen Gemeinden zuvor gescheitert waren. Die teilweise bestehende Auffassung, dass die Aufrechterhaltung eines ausreichenden Verkehrsangebotes nicht Sache von Bürger/innen in Eigenverantwortung sei, kann die Umsetzung eines Vorhabens gefährden und auch die Personalfrage birgt Risiken, da die Fahrer/innen nicht zur ehrenamtlichen Arbeit verpflichtet werden können (vgl. BMV 1995). Verkehrsanbieter befürchten unter Umständen eine Konkurrenz zum öffentlichen Linienverkehr.

Während diese Hinderungsgründe auch in Westdeutschland eine Rolle spielen, so tauchten auch spezifisch ostdeutsche Schwierigkeiten auf. Als ein Hemmnis hat sich herausgestellt, dass der Begriff des Ehrenamtes in Ostdeutschland oftmals mit negativen Assoziationen verbunden wird. Zu DDR-Zeiten war es kaum erwünscht, sich mit eigenem Engagement hervorzutun, wenn dies nicht im Sinne der Staatsführung war. *„Daher rührt die im Untersuchungsgebiet festzustellende Tendenz, anstatt eigene Initiative zu entwickeln, die politische Ebene für die Defizite auf der einen Seite zwar verantwortlich zu machen, und von ihr gleichzeitig eine Verbesserung der Zustände zu fordern, sie aber auf der anderen Seite gar nicht mehr wirklich zu erwarten. Diese Einstellung mündet dann in einer resignierenden Einstellung.“* (Schmithals; Schenk 2004, S. 10)

Die hier präsentierten Beispiele zeigen auch, mit welchen Argumenten bestimmte Bedenken ausgeräumt werden können: So können die nur unter dem Einsatz bürgerschaftlichen Engagements möglichen Angebote wie das Bürgerbuskonzept als Zusatzangebote verstanden werden, die nicht die bestehenden Strukturen ersetzen, sondern eine Verbesserung darstellen, die nicht in Konkurrenz zum klassischen Angebot stehen und auch nicht im eigentlichen Sinne „notwendig“ sind.

3.3.1.2 Netzwerk Zukunft – Schule und Wirtschaft für Brandenburg

In einem Beschluss "Schüler - Fit für die Wirtschaft" vom 28.2.2001 forderte der Brandenburgische Landtag, dass ein Netzwerk, bestehend aus dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport sowie Kammern, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Hochschuleinrichtungen entstehen soll, um die Ausbildungsfähigkeit und damit die Zukunftschancen Brandenburger Schülerinnen und Schüler zu fördern (vgl. Netzwerk Zukunft o. J.). Daraufhin entstand das Netzwerk Zukunft – Schule und Wirtschaft, welches im Jahr 2006 in einen gemeinnützigen Verein überführt wurde. Gründungsmitglieder des Vereins „Netzwerk Zukunft. Schule und Wirtschaft für Brandenburg e. V.“ sind das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (MBSJ), die Industrie- und Handelskammern Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus, die Handwerkskammern Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus sowie die Vereinigung der

Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. V. (UVB) (vgl. Netzwerk Zukunft 2006). Die Netzwerkarbeit zielt auf Verbesserung der Berufsorientierung und damit eine Stärkung der Ausbildungsfähigkeit entsprechend den Anforderungen des Arbeitsmarktes und umfasst u. a. die Gründung regionaler Gesprächskreise mit Schulen, Betrieben, Sozialpartnern, Hochschuleinrichtungen und Arbeitsämtern, die gezielte Weiterbildung für Lehrkräfte, die Unterstützung von Praxiserfahrungen für Schüler/innen in Form von Betriebspraktika und in Eigeninitiative geführten Schülerfirmen. Die Geschäftsstelle fungiert als Service- und Koordinierungsstelle, indem sie informiert, berät und Kontakte vermittelt, um die Umsetzung zeitgemäßer Ansätze der Berufsorientierung und eines praxis- und arbeitsweltbezogenen Unterrichts an Brandenburger Schulen auszuweiten.

3.3.1.3 CIVITAS-Initiativen

CIVITAS-Netzwerkstelle „Menschen’S Kinder“ in Sangerhausen/Sachsen-Anhalt

Die CIVITAS-Netzwerkstelle „Menschen’S Kinder“ in Sangerhausen, 2002 gegründet, hat es sich zum Ziel gemacht, Engagementmöglichkeiten für Menschen vor Ort zu schaffen. Dazu werden Ideen gesammelt, Handlungsstrategien entwickelt, Aktivitäten koordiniert und mit Partnern vor Ort nach gemeinsamen Zielen gesucht, wie zum Beispiel die Schaffung einer Plattform für bürgerschaftliches Engagement und eine Bürgerstiftung für die Region. Ein Bürgerverein „Mitbürger e. V.“ wurde bereits gegründet (vgl. Stiftung Demokratische Jugend 2006)

Lokale Kompetenzen stärken

Die Kompetenzstärkung von engagierten Bürgern und institutionellen Akteuren ist eine wichtige Voraussetzung für den Aufbau von handlungsorientierten und öffentlichkeitswirksamen Verantwortungsgemeinschaften in einem demokratischen Gemeinwesen. Über innovative Netzwerkarbeit können Bürger und Akteure miteinander in Kontakt treten, Wissen vermitteln und gesammelte Erfahrungen austauschen. Deshalb ist die Ausbildung lokaler Netzwerke wichtig, um aktuelle Entwicklungen aufzugreifen und Angebote direkt am regionalen Bedarf zu orientieren.

Die Netzwerkstelle nord.ost.aktiv in Nordvorpommern ist eine von 25 Netzwerkstellen, die durch das Bundesmodellprogramm CIVITAS seit April 2004 in den Neuen Bundesländern gefördert werden. Ihr Ziel ist es, eine wirksame Struktur für politische und jugendkulturelle Bildung im Rahmen eines demokratischen Gemeinwesens aufzubauen. Über konkrete Kooperationsprojekte und die Qualifizierung von haupt- und ehrenamtlichen Multiplikator/innen werden örtlich Initiativen, Träger und Einzelpersonen in das Vorhaben eingebunden. Zu den Aufgaben der Netzwerkstelle gehören die Organisation regionaler Fachkonferenzen, Fortbildungen zu Methoden kultureller und politischer Jugendbildung und Seminare im Bereich Finanzierung und Projektentwicklung sowie die Aufklärung und Beratung zu den Themen Rechtsextremismus und Demokratie (vgl. Stiftung Demokratische Jugend 2006).

Zusammenarbeit mit kommunaler Verwaltung

Die CIVITAS-Netzwerkstelle in Treptow-Köpenick hat 2004 gemeinsam mit der Bezirksverwaltung das „Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick“ gegründet. Die Aufgabe des Zentrums ist es, „ein demokratisches Klima im Bezirk zu schaffen und Beteiligungsformen zu fördern“, so der Oberbürgermeister Dr. Klaus Ulbricht. Mit Partnern aus dem Bezirk werden Ideen gesammelt, bestehende Strukturen unterstützt und Themen besprochen, die wichtig erscheinen. Beispielsweise entwickeln Bürger/innen in der Arbeitsgemeinschaft „Angsträum“ Bahnhof Schöneweide Handlungsstrategien für die Demokratisierung des Ortes. Außerdem organisiert die Netzwerkstelle Fortbildungen zu Methoden politischer Bildung (vgl. Stiftung Demokratische Jugend 2006).

3.3.1.4 Initiative für Beschäftigung!

1998 gründeten drei Führungspersönlichkeiten aus der Wirtschaft die Initiative für Beschäftigung!, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Mehr als 400 deutsche Unternehmen engagieren sich inzwischen in den Projekten und Netzwerken der Initiative (www.initiative-fuer-beschaeffigung.de). Die 1998 gegründete Initiative steht für das Beispiel regionaler öffentlich-privater Kooperation: alle relevanten Akteure vor Ort sollen in Netzwerken zusammengebracht werden und gemeinsame Projekte zur Gestaltung der regionalen Arbeitsmärkte entwickeln (vgl. Meister 2003, S. 249f.). Ein Bei-

spiel wäre, dass ein Unternehmer erstmals persönlich eine/n Arbeitsamtvertreter/in trifft, wodurch Vorbehalte abgebaut werden können. Die Projekte werden in Arbeitskreisen entwickelt und die Umsetzung initiiert. Für eine bundesweite Impulswirkung wird ein regelmäßiger Ideen- und Erfahrungsaustausch zwischen den Netzwerken organisiert (vgl. Meister 2003, S. 251).

Im Rahmen der Initiative findet Kooperationslernen statt, da angenommen wird, dass Kooperationserfahrungen das regionale Sozialkapital und damit die Chancen einer positiveren regionalen Entwicklung fördern.

Auf der Internetseite www.initiative-fuer-beschaeftigung.de sind in Ostdeutschland (ohne Berlin) derzeit (Januar 2007) fünf regionale Netzwerke (Thüringen, Halle-Merseburg, Bautzen, Lausitz und Leipzig) aufgelistet.

Die Erfolgsaussichten der Netzwerke werden unterschiedlich eingeschätzt. Meister (2003) nennt als Erfolgskriterien u. a. die Beteiligung und das Engagement von Unternehmensvertreter/innen bzw. führenden Unternehmenspersönlichkeiten in der Initiative, die Verfügbarkeit von zur Zielerreichung notwendigen Ressourcen, Vertrauen aufgrund der Gefahr der Ausnutzung sowie die Ermöglichung von (schnell sichtbaren) Erfolgsergebnissen durch schnelle Umsetzung unter Mitwirkung aller Beteiligten (vgl. Meister 2003, S. 255ff.). Hierzu sind Experten und Entscheidungsträger notwendig. Die Struktur der Netzwerke ist an die Vorstellung der „lose[n] Kopplung“ (Hild 1997) angelehnt, d. h. die Vernetzung und Zusammenarbeit erfolgt problembezogen. Netzwerke können sich dann wieder auflösen oder verändern, wenn ein spezifisches Ergebnis erreicht wurde. Die Dauerhaftigkeit von Projekten sei dann aber oft eine Frage der Finanzierung.

Als Vorschläge für die Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen zur Förderung von Netzwerken zur Gestaltung regionaler Arbeitsmärkte wird die Schaffung von größeren Freiräumen vor Ort und eine gezieltere Förderung von systemübergreifenden Projekten sowie stärkere Anreize für diese hervorgehoben (vgl. Meister 2003, S.257ff.).

3.3.1.5 Beispiel einer Kommune: Elsterwerda

Eine im Rahmen des Projektes „Soziale Verantwortung von Unternehmen – CSR. Ein Instrument nachhaltiger Stabilisierung von KMU-Netzwerken in unterschiedlichen regionalen Kontexten“ untersuchte Stadt ist Elsterwerda, die als Beispiel und Handlungsempfehlung für die Wahrnehmung Sozialer Verantwortung von Unternehmen im sozialen Umfeld gesehen werden kann (vgl. Thomas u. a. 2006, S. 16). Elsterwerda war im Jahr 2005 als „wirtschaftsfreundlichste Stadt Brandenburgs“ ausgezeichnet worden. Als exemplarische Faktoren des Erfolgs und Komponenten sozialer Verantwortung nennen Thomas u. a.:

den Wirtschaftsbeirat der Stadt als tragfähiges Gremium der Kommunikation und Zusammenarbeit mit Unternehmen,

die professionelle Unterstützung von Investoren, die sich ansiedeln wollen,

die Aussetzung des Hebesatzes der Gewerbesteuer, die im Dialog zwischen Kommune und Unternehmen vereinbart wurde und die sogar bewirkt hat, dass die Einnahmen aus Gewerbesteuern höher als erwartet gestiegen sind,

ein gutes Zusammenwirken von Schule und Wirtschaft, z. B. durch die Entwicklung einer kommunalen „Ausbildungsfibel“ mit 330 Ausbildungsplätzen und Kooperationsverträgen zwischen Schulen und Unternehmen,

die Bildung eines Fonds der Stadt für Infrastrukturprojekte, in den interessierte Unternehmen einzahlen

das Engagement von KMU bei der Entwicklung des Stadtkonzepts (Elsterwerda - „pulssierender Wirtschafts- und Schulstandort in ländlicher Region“),

die öffentliche Anerkennung des Engagements von Unternehmen, z. B. durch die Ehrentafel der Stadt und Verweise in Schriften und im Internet.

3.3.2 Vernetzung von Wirtschaft und Drittem Sektor

3.3.2.1 Förderung Bürgerschaftlichen Engagements in der Öffentlichkeit: Das Verbundnetz der Wärme

Die ostdeutsche Ehrenamtsinitiative „Verbundnetz der Wärme“ verfolgt den Anspruch, dem Ehrenamt eine öffentliche Plattform zu bieten sowie dem Thema mehr Aufmerksamkeit in Gesellschaft und Medien zu verschaffen und wurde 2001 von der Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft (VNG) ins Leben gerufen. Unter der Schirmherrschaft des Bundestagsvizepräsidenten Wolfgang Thierse fördert das Verbundnetz der Wärme Menschen, die sich den Bedürfnissen anderer annehmen und wirbt für „mehr menschliche Wärme in der Gesellschaft“.

Derzeit hat das Verbundnetz der Wärme knapp 130 Mitglieder aus den neuen Bundesländern und Berlin. Sie haben sich in verschiedenen Bereichen – von der Hilfe für Kinder und Jugendliche über Projekte mit Behinderten und Senioren bis zur Unterstützung der Integration von Ausländern – verdient gemacht und wurden aufgrund dessen von ihren Stadt- und Gemeindeverwaltungen bzw. Landratsämtern vorgeschlagen.

Jedes Jahr kürt eine Kommission zehn Mitglieder zu „Botschaftern der Wärme“. Sie stehen mit ihren Projekten und Initiativen ein Jahr lang beispielgebend für die Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement in der Öffentlichkeit und wirken als symbolische Vorbilder und Impulsgeber für ehrenamtliche Arbeit. Sie nehmen entsprechende PR-Termine wahr und arbeiten gezielt mit Entscheidungsträgern aus allen öffentlichen Bereichen zusammen. Für das Jahr ihres aktiven Botschafter-Einsatzes erhalten sie eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 6.000 Euro, die sie einer Initiative oder einem Verein ihrer Wahl zur Verfügung stellen können.

3.3.2.2 Runder Tisch Jugend und Wirtschaft in Brandenburg

Der Runde Tisch in Brandenburg ist ein Praxisnetzwerk und eine Plattform engagierter Brandenburger Unternehmen, die mit eigenen exemplarischen Projekten in ihrem jeweiligen Umfeld Akteure miteinander vernetzen und Unternehmen und junge Menschen aktivieren, sich gemeinsam zu engagieren (vgl. UPJ Brandenburg o. J.). Mit dem

Ziel die Entwicklungsperspektiven junger Menschen in Brandenburg zu verbessern, dient der Runde Tisch der Entwicklung und Erprobung von Lösungen für gesellschaftliche Probleme in einzelnen Handlungsfeldern – z. B. in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Freizeit, in der Kultur, im sozialen Umfeld, in der Berufs- und Lebenswegplanung. Damit sollen zugleich positive Umfeldbedingungen für die Wirtschaft geschaffen und gesellschaftliche Wirkung erzeugt werden (vgl. ebd.).

3.3.2.3 Perspektive-Netzwerkstelle Patchwork Plus Oberlausitz

Gerade in ländlichen Gebieten Ostdeutschlands ist eine hohe Perspektivlosigkeit in der Bevölkerung aufgrund der wachsenden Problemlage entstanden. Besonders strukturschwache Regionen sind gekennzeichnet durch einen Bevölkerungsrückgang, Abwanderung junger Menschen, die zunehmende Alterung der Wohnbevölkerung, die Schrumpfung der technischen und sozialen Infrastruktur und die hohe Arbeitslosigkeit. Lokale Netzwerkstellen arbeiten nun daran, die Akteure vor Ort zu mobilisieren, mit an zukünftigen Entwicklungen ihrer Region zu wirken.

In der Oberlausitz/Sachsen in Kamenz arbeitet die Perspektive-Netzwerkstelle Patchwork Plus zu Angebote für Jugendliche. Gemeinsam mit der Bautzener Netzwerkstelle und weiteren Partnern aus der Region wurde die Internetplattform „Lausitzer Jugendbaustelle“ (www.lajuba.de) weiter ausgebaut, damit die bestehenden Jugendangebote in der Region transparenter dargestellt werden und die Zusammenarbeit von unterschiedlichen Akteuren erleichtert wird. Neben der Jugendarbeit, ist die Kooperation mit wirtschaftsbezogenen Netzwerken im Landkreis ein weiterer Schwerpunkt. Steffen Stolze, Leiter der Perspektive-Netzwerkstelle Patchwork Plus beschreibt sein Anliegen folgendermaßen: *„Wir wollen vor allem kleine regionale Unternehmen in Gemeinwesenprojekte einbinden und so Unternehmer wie auch Jugendliche für jeweilige Interessen, Einstellungen und Erwartungen sensibilisieren.“* (Stiftung Demokratische Jugend 2006, S. 18f.). Um Jugendliche und Unternehmen zu vernetzen, nimmt der Netzwerker regelmäßig an Unternehmerstammtischen teil und versucht in Zusammenarbeit mit Schulen und Vereinen Ausbildungspatenschaften zu initiieren.

3.3.2.4 Unternehmensinitiativen

GSE ProtectPotsdam

GSE Protect ist eine Gesellschaft für Sicherheits- und Eigentumsschutz mbH mit 20 Standorten in Deutschland (Hauptsitz in Potsdam) und macht auf ihrem Internetauftritt (www.gse-protect.de) und über die Plattform www.charity-label.com deutlich, dass sich das Unternehmen der Gesellschaft verpflichtet fühle und soziales Engagement zur Unternehmenskultur gehöre. Ein Schwerpunkt des Engagements bildet die Gruppe der Jugendlichen und der attraktiven Gestaltung der neuen Bundesländer für diese. Mit weiteren Unternehmen und Partnern gründete GSE Protect im Jahr 2004 beispielsweise den Runden Tisch „Jugend und Wirtschaft“ in Brandenburg, in dem sich Unternehmensvertreter, Jugendarbeiter und Politik treffen, um gemeinsam den Standort Brandenburg zu verbessern. Darüber hinaus umfasst das Engagement die Förderung von Konflikttrainings in Schulen, die von einem freien Träger der Jugendhilfe durchgeführt werden, das Fahrsicherheitstrainings-Projekt „Cool ans Ziel“ (www.coolansziel.de), welches von GSE Protect zusammen mit dem ADAC u. a. entwickelt wurde, damit junge Menschen lernen schwierige Situationen im Straßenverkehr besser zu erkennen und zu vermeiden. Des Weiteren beteiligt sich die Firma aktiv am Netzwerk Zukunft – Schule Wirtschaft. Im Rahmen dieses Netzwerkes bietet die Geschäftsführung von GSE Protect zusammen mit dem Betriebsrat Gesprächskreise in Schulen an, um so „Wirtschaft“ vor Ort bei den Jugendlichen zu präsentieren. Mit dem Schuljahr 2006/2007 wurde ein Kooperationsvertrag zwischen GSE Protect und einer ortsansässigen Schule unterzeichnet, um aus der bisherigen Zusammenarbeit eine Partnerschaft entstehen zu lassen. Im Rahmen dieser Partnerschaft ist vor allem der Austausch von Wissen geplant.

PeHa GmbH Neuruppin

Der Geschäftsführer der PeHa GmbH, Peter Haase, wurde 2006 für sein Engagement für Ältere und Schwerbehinderte, die als schwer vermittelbare Arbeitskräfte gelten, zum Landessieger Brandenburg der bundesweiten Mittelstandsinitiative „Mutmacher der Nation“ gekürt. Die Mutmacher-Initiative wird durchgeführt von DasÖrtliche, dem Verband Deutscher Bürgschaftsbanken und dem Unternehmensmagazin „impulse“

(vgl. DasÖrtliche 2004 – 2007) und zielt darauf, kleine und mittlere Unternehmer/innen, die durch ihren Optimismus, Leistungswillen und ihr Durchhaltevermögen vorbildlich schwierige Situationen gemeistert haben, der Öffentlichkeit bekannt zu machen, um zu zeigen, dass es auch anders als nur mit Jammern geht. Die PeHa GmbH versteht sich als Komplettdienstleister in den Bereichen Reinigung, Sicherheit, Grünflächenpflege und Winterdienst und ist darüber hinaus in der Personalvermittlung aktiv (vgl. PeHa GmbH o. J.). Auf der Homepage www.peha-service.de ist eine eigene Seite zum sozialen Engagement zu finden, auf der u. a. die Firmenphilosophie und die sozialen Aktivitäten bezüglich des Integrationsmanagements zum Erhalt der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten und der besseren Eingliederung von erkrankten Mitarbeiter/innen. Extern werden regionale Sportvereine und eine Förderschule für geistig behinderte unterstützt.

Komsa Kommunikation Sachsen AG Hartmannsdorf

Auch zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie können Unternehmen auf verschiedenste Art und Weise beitragen. Die Komsa AG unterstützt aufgrund des Bedarfs an Kinderbetreuung ihrer Mitarbeiter/innen u. a. das Kinderhaus „Weltenbaum“ (www.weltenbaum.info), eine bilinguale Kindertagesstätte für Kinder von 0-6 Jahren. Komsa sieht darin nicht nur einen Nutzen für sich und die Beschäftigten, sondern möchte mit der Schaffung des Kinderhauses auch „ein Zeichen setzen hinsichtlich der gesellschaftlichen Prioritäten - für die dringend notwendige Förderung privaten Engagements im bislang fast ausschließlich staatlichen Bereich der Kinderbetreuung“ (Komsa AG o. J.). Betreiber der am 1. November 2003 eröffneten Einrichtung ist der Verein pro pueritia e. V., der von Unternehmensangehörigen der Komsa AG gegründet wurde. Die Initiative wurde durch das Sächsische Sozialministerium und die Stiftung "Innovation und Arbeit" im Rahmen eines Modellprojekts zur Schaffung betrieblicher Kindergärten unterstützt (Komsa AG o. J.).

3.3.3 Vernetzung von Verwaltung und Drittem Sektor

3.3.3.1 Das Engagement benachteiligter Gruppen – Das Modellprojekt „Leipziger Osten“

Bürgerschaftlichem Engagement wird oft eine integrierende und die Lebensbewältigung unterstützende Funktion für sozial und ökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen zugesprochen. Gerade innerhalb dieser benachteiligten Gruppen sind die Engagementquoten jedoch besonders niedrig.

Die Übernahme bürgerschaftlicher Aktivitäten kann Migrant/innen dabei helfen, Sprachprobleme zu überwinden, Freundschaften zu schließen, die neue Lebensumgebung kennen und verstehen zu lernen, sich in Deutschland besser zurechtzufinden und darüber hinaus allgemein nützliche neue Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben. In verschiedenen Projekten wurde versucht, die Integration von Migrant/innen durch Aktivitäten bürgerschaftlichen Engagements voranzubringen.

Ein Beispiel ist das Netz von Einrichtungen, Vereinen und Projekten „zur Förderung des gleichberechtigten Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern in Dresden“, das sich in der Region Dresden entwickelte. In diesem Netzwerk arbeiten Migrationsdienste der Kommune und freier Trägerschaft mit Beratungs-, Betreuungs-, Bildungs-, Begegnungs- und Kulturangeboten, der Ausländerbeirat des Stadtrates, so genannte ethnische Vereine, Freundschaftsvereine und –gesellschaften sowie religiöse Gemeinschaften zusammen. Gegründet wurden die teilnehmenden Institutionen von Engagierten sowohl deutscher als auch nicht-deutscher Herkunft. Durch „learning by doing“, Fort- und Weiterbildungen professionalisierten sie ihre Tätigkeiten. Gemeinde weist allerdings auch auf die besondere Wichtigkeit informeller Netzwerke – Familie, Freunde, Bekannte – für Migrant/innen hin. Besonders für Vietnames/innen, die größte ethnische Gruppe in den neuen Bundesländern spielen diese eine herausragende Rolle (vgl. Gemende 2003).

Wie schwierig es ist, bestimmte Bevölkerungsgruppen zu motivieren, sich zu engagieren, zeigt das (Negativ-)Beispiel „Leipziger Osten“. Der „Leipziger Osten“ diente im Rahmen des Bund-Länder-Programmes „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbe-

darf – die soziale Stadt“ als Modellprojekt des Freistaates Sachsen. In dem Gebiet konzentrieren sich benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Es ist von einem hohen Wohnungsleerstand, und großer Arbeitslosigkeit betroffen. Mit 8 % der Einwohner ist der Ausländeranteil für Ostdeutschland vergleichsweise hoch. Zudem spielen Probleme der Lärmbelästigung, die hohe Zahl von „Billigläden“, Brachflächen und Bauruinen eine Rolle. Um die Bürger/innen zur Beteiligung an der Stadtgebietenentwicklung zu animieren, wurde im November 2000 das erste „Forum Leipziger Osten“ durchgeführt. Um die 100 Teilnehmer/innen beteiligten sich in zehn Arbeitsgruppen. Auffällig dabei war die fehlende, bestenfalls unzureichende Beteiligung der Bürger/innen. Allenfalls die im Stadtbezirk ansässigen Ladenbesitzer meldeten sich zu Wort – um den befürchteten Zuzug ausländischer Ladenbetreiber zu verhindern. Es beteiligten sich vornehmlich Personen sozialer Fachlichkeit. Etwa die Hälfte der Teilnehmer/innen waren Mitglieder der Verwaltung, rund ein Drittel war im Programmgebiet in irgendeiner Form gegen Bezahlung beschäftigt. Nur die verbleibenden 20 % der Teilnehmer/innen waren Bürger/innen, die sich durch nichts anderes auszeichneten als dadurch im Leipziger Osten zu wohnen.

Nach Stock (2002) ist der Grund für die verhaltene Partizipation der Bürger/innen auf die Vorgehensweise im Programmgebiet „Leipziger Osten“ zurückzuführen. In den dreimal jährlich stattfindenden Tagungen des Forums, die für jedermann zugänglich sind, ist der Raum für Diskussionen knapp bemessen. Zudem mag angezweifelt werden, dass sich viele Bürger/innen nach ausführlichen Beiträgen vermeintlicher Experten zutrauen, sich zu Wort zu melden (vgl. Stock 2002, S. 13). Hemmend auf die Beteiligung von Bürger/innen wirkten auch die straffen zeitlichen Vorgaben und strengen Vorgaben, die selbst für die „professionellen“ Akteure kaum erreichbar sind und von in ihrer Freizeit engagierten Bürger/innen nicht eingehalten werden können. Die entsprechend geringe Beteiligung der Bürger/innen im Stadtentwicklungsprozess sollte konsequenterweise durch neue Formen der Partizipation forciert werden (vgl. ebd., S. 15).

Stock kritisiert den ausgeprägten top-down-Charakter des Programms „Soziale Stadt“ im Leipziger Osten, das mit der hohen Erwartung, in möglichst kurzer Zeit große Er-

folge vorweisen zu können, verbunden ist. Bürgerbeteiligung werde formal zwar angestrebt, habe aber „ausschließlich in dem amtlicherseits vorgegebenen Rahmen zu erfolgen“ (ebd., S. 16). Das Interesse an der Entwicklung alternativer Strukturen, die möglicherweise zu einem größeren Bürgerengagement geführt hätten, bestand keinerlei Interesse.

„Bürgerbeteiligung ist nicht per Förderrichtlinie zu verordnen, schon gar nicht, wenn vorrangig benachteiligte Bevölkerungsgruppen angesprochen werden sollen.“ Gemäß Stock (2003) engagieren sich benachteiligte Bevölkerungsgruppen vor allem in den Bereichen der eigenen Betroffenheit. Anlass für das Engagement ist häufig ein konkretes Problem, nicht aber eine allgemeine Fragestellung wie etwa „Leben und soziales Miteinander“. Das heißt, dass sich aus dem persönlichen Engagement ein persönlicher Nutzen erhofft wird während das Profitieren anderer erst an zweiter Stelle steht. *„Erst wenn Erfahrung gemacht wird, dass individuelle Bemühungen nur begrenzt wirkungsvoll sind und eine kollektive Interessenvertretung vor allem langfristig erfolgsversprechender ist, kommt es zu gemeinsamen Formen des Engagements, sowohl auf sozialraumbezogener als auch auf thematischer Ebene“* (Stock 2003, S. 233).

3.3.4 Vernetzung von Wirtschaft und Verwaltung

3.3.4.1 Der Wirtschaftsbeirat der Stadt Strausberg

Als Beispiel für die Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und der Wirtschaft kann der Wirtschaftsbeirat der Stadt Strausberg genannt werden. Interessierte Bürger sind zu einem öffentlichen Stammtisch eingeladen, um Kontakt zu den Beiratsmitgliedern zu knüpfen sowie Informationen, Anliegen und Vorschläge auszutauschen. Der Wirtschaftsbeirat wurde im Juni 2005 durch den Bürgermeister ins Leben gerufen und besteht aus engagierten Unternehmern verschiedener Branchen. Ziel des Wirtschaftsbeirates ist die Verbesserung des Wirtschaftsstandortes Strausberg, dem in fünf Arbeitsgruppen mit verschiedenen Arbeitsschwerpunkten nachgegangen wird:

- Arbeitsgruppe 1: Verbesserung der Informationspolitik durch Newsletter und eine Ausschreibungsdatenbank, Förderung der Ansiedlungspolitik durch die

Stadt, Vergabe des Strausberger Innovations- und Gründerpreises (SIGI - Strausberger Innovations- und Gründerinitiative).

- Arbeitsgruppe 2: Entwicklung von Ideen zur Identifikation mit Strausberg sowie Wohnen und Arbeiten in Strausberg („Stolz auf Strausberg“).
- Arbeitsgruppe 3: Touristisches Wegeleitsystem, Attraktivität der Altstadt, Infrastrukturentwicklungsmaßnahmen.
- Arbeitsgruppe 4: Darstellung des Wirtschaftsbeirates in der Öffentlichkeit, Leitbildentwicklung für den Wirtschaftsbeirat, Entwicklung einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit der Stadtverordnetenversammlung.
- Arbeitsgruppe 5: Suche nach realisierbaren Möglichkeiten der Entbürokratisierung.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt ist die Verknüpfung zwischen Wirtschaft und Jugend. Unter anderem gibt es Patenschaften zwischen Unternehmen und Schulen. Im Rahmen einer solchen hat z. B. das Strausberger Unternehmen SiduTec eine Patenklasse einer Grundschule eingeladen und Einblick in die Arbeit des Unternehmens gewährt. Der Wirtschaftsbeirat arbeitet mit anderen Initiativen der Stadt, wie z. B. dem Lokalen Bündnis für Familie, zusammen und organisiert bzw. unterstützt gemeinsame Aktivitäten.

4 Potenziale und Hemmnisse bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland

„Die Stärke und Qualität unserer Gemeinschaft beruhen auf den Aktivitäten ihrer Bürgerinnen und Bürger, auf deren Kreativität, deren Lebendigkeit und Vielfalt und dem Willen, Verantwortung zu übernehmen für sich und andere.“

Klaus Riegert

Es ist deutlich geworden, dass für Ostdeutschland der Ausbau einer professionellen und dauerhaften Infrastruktur der Engagementförderung, die vorhandene bürgerschaftliche Ansätze unterstützt und neues Engagement anregt, dringend notwendig ist.

Der Staat hat vielfältige Möglichkeiten, bürgerschaftliche Aktivitäten zu fördern: Er kann zum Beispiel Sachkosten mitfinanzieren und er kann zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements den Bürger/innen mehr Mitbestimmungsrechte einräumen. Bullerjahn (2006) programmiert: *„Wir wollen Ostdeutschland zur aktiven Bürgerregion machen, in der die Menschen selbst mit anpacken, mit gestalten, mit entscheiden(...)“*. *„Hier liegt der Schlüssel für starke Regionen: in der Kooperation. Wir brauchen eine Kooperationskultur als wichtigstes Rüstzeug im Wettbewerb der Regionen“* (ebd., S. 48 und 55). Eine moderne Verwaltung muss sich bemühen, Bürger/innen und Unternehmen ein Partner zu sein. *„Es geht um einen Umbau zu einer effizienten, schlagkräftigen und hochmotivierten Verwaltung“*. (ebd., S. 57). Hier müssen Politiker beim Wort genommen werden.

Bürgerengagement ist ein Standortfaktor. Für Investoren sind nicht nur eine geeignete Wirtschafts- und Infrastrukturförderung sowie Rahmenbedingungen wie gute Verkehrsanbindung etc. wichtig, sondern auch engagierte Menschen vor Ort, Lebensqualität, kulturelle Angebote, adäquate Bildungsangebote und regionale Identität können wichtige Kriterien für Investitionsentscheidungen sein. In diesen Bereichen wird bürgerschaftliches Engagement aller Voraussicht nach zunehmend an Bedeutung gewinnen.

So viel versprechend die Potenziale des bürgerschaftlichen Engagements auch sind – so gibt es natürlich auch Hemmnisse und Kritikpunkte: Nicht jeder ist zum Engage-

ment bereit und auch das Potenzial der Engagementbereitschaft ist in Ostdeutschland noch nicht ausgeschöpft.

Im internationalen Vergleich ist die Bedeutung von ehrenamtlichem Engagement in Deutschland gering. Das private Spendenaufkommen bewegt sich auf einem verhältnismäßig niedrigen Niveau. In einer Mitte der 1990er Jahre durchgeführten europaweiten Untersuchung erschien die Bundesrepublik als eines der Schlusslichter in Bezug auf die Quoten bürgerschaftlichen Engagements: Nur für Bulgarien und Slowenien wurden niedrigere Werte ermittelt (Gaskin u. a. 1996).

Anheier (1999) erkennt Defizite in der Nutzbarmachung des Potenzials, das Ehrenamtlichkeit bietet, die unter anderem in fehlenden Zugangschancen zum freiwilligen Engagement liegen. Gensicke (2003) erkennt Handlungsbedarf in den neuen Bundesländern besonders hinsichtlich der Förderung einer Infrastruktur von Anlaufstellen für Menschen, die sich für freiwilliges Engagement interessieren. Diese sollte vor allem durch die Länder und Kommunen geschehen. Bislang ist der Organisationsgrad in Ostdeutschland vergleichsweise niedrig. Für die Förderung geeignet sind Einrichtungen wie zum Beispiel Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros.

Wenn bürgerschaftliches Engagement Aufgaben übernimmt, die früher im Rahmen der staatlichen Daseinsvorsorge geleistet wurden (wie zum Beispiel die Aufrechterhaltung eines ausreichenden Verkehrsangebotes), so wird Kritik laut, dass dies nicht Sache von Bürger/innen in Eigenverantwortung sein darf. Bei „notwendigen“ Leistungen ist zudem die Personalfrage problematisch, da die freiwillig Engagierten nicht zur Arbeit verpflichtet werden können (vgl. BMV 1995). Insofern sollten Angebote, die durch bürgerschaftliches Engagement erbracht werden, den Charakter von Zusatzangeboten haben, die die bestehende Situation verbessern. Der Begriff des Ehrenamts ist in Ostdeutschland häufig negativ konnotiert. Hier ist die Hoffnung, mit den neuen bürgerschaftlichen Engagementformen moderne Konzepte zu entwickeln, auf positive Resonanz gestoßen.

Eine entscheidende Voraussetzung für den Erfolg von bürgerschaftlichen Projekten ist, dass die Konzepte von der örtlichen Bevölkerung akzeptiert und getragen werden. Gillwald (1997) erkennt, dass der Erfolg sozialer Innovationen in hohem Maße davon abhängig ist, dass sie eine Erleichterung alltäglicher Routinen erkennen lassen und potenzielle Befürworter darauf vertrauen können, dass andere mitziehen. Eine Untersuchung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW 1999) hat sich mit den Erfolgsbedingungen für den ÖPNV in der Fläche beschäftigt. Zu den zentralen Erkenntnissen bezüglich der Einführung neuer Mobilitätskonzepte gehört, dass es nicht ohne zentrale Schlüsselpersonen geht: *„Die Lösungsformen müssen auf klaren örtlichen Wünschen und Initiativen sowie sozialer Kontrolle aufbauen. Dazu gehört vor allem eine dynamische Persönlichkeit als Bezugsperson. Sonst funktionieren sie nicht, werden nicht nachgefragt und verschwinden bald wieder“* (ebd., S. B-52). Dieses Erkenntnis lässt sich auf andere Bereiche übertragen. Die Hoffnung auf ein Engagement der Gemeinde gründet sich darauf, dass in ländlichen Regionen „soziale Netze“ noch wirksamer sind als in größeren Ortschaften. Ein zentrales Problem ist immer das langfristige Aufrechterhalten der Motivation (vgl. ebd.).

Neben der Identifizierung und Aktivierung eines lokalen Hauptakteurs in möglichst herausragender Stellung im Ort ist eine allgemeine Unterstützung von offizieller Seite von großer Bedeutung. Hierbei geht es weniger darum, diese Personen als aktive Mitglieder für das Projekt zu gewinnen, sondern vielmehr sie als Meinungsträger in der Öffentlichkeit nutzen zu können, wenn es beispielsweise um das Werben von Sponsoren, oder um öffentlichkeitswirksame Aktionen geht. Bei dem Bemühen, den Bürgermeister oder andere politische Amtsträger für ein Konzept zu gewinnen, sollte darauf geachtet werden, alle politisch relevanten Strömungen vor Ort einzubeziehen, um zu verhindern, dass das Projekt zum kommunalpolitischen Streitfall wird und nach der nächsten Kommunalwahl „geopfert“ wird.

Abgesehen von politischer und öffentlichkeitswirksamer Unterstützung kann amtliche Hilfe auch daraus bestehen, dass bestimmte Infrastrukturen zur Verfügung gestellt wird, um Vereinen ihre Tätigkeit zu erleichtern.

Untersuchungen zur allgemeinen Lage und gesellschaftlichen Stimmung in Ostdeutschland deuten darauf hin, dass hier strukturelle Hemmnisse existieren. Die Bereitschaft zur politischen Partizipation, insb. bei jungen Ostdeutschen, ist zurückgegangen. Die wirtschaftliche Situation wirkt sich demotivierend aus (vgl. Förster 2002). Die Bevölkerungsentwicklung in den ländlichen Regionen ist durch Überalterung und den Wegzug der jungen Generation geprägt. Anfang der 1990er Jahre erlitt der Osten einen sprunghaften Geburteneinbruch und erlebte die Abwanderung von rund einer halben Million Menschen durch Ost-West-Wanderungen (vgl. z. B. Kocks 2003). Um bürgerschaftliches Engagement seitens der Verwaltung erfolgreich fördern zu können, muss nach Gensicke (2003) in Ostdeutschland der Umstand hoher Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung Beachtung finden. *„Freiwilliges Engagement ist bei Arbeitslosen oder sozial Schwachen im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen ohnehin geringer und sollte nicht noch zusätzlich durch die Behörden behindert werden“* (Gensicke 2003, S. 106).

Priller und Winkler (2002) erkennen in spezifischen DDR-Traditionen negativen Einflüsse: Die Mentalitäten begünstigen eher autoritäre und staatszentrierte Mobilisierungen als ziviles bürgerschaftliches Engagement (vgl. ebd., S. 12). Reißig (2002) sieht die geringere Bereitschaft der Ostdeutschen, sich freiwillig zu engagieren, u. a. als Folge eines subjektiven Entwertungssyndroms. Im Zuge der Vereinigung *„bedurfte es keines ostdeutschen Sozialkapitals, keiner speziellen ostdeutschen Kompetenzen, Erfahrungen und sozialen Netze. Sehr spät, zu spät kam es hier zu Korrekturen in der Transformationspolitik“* (Reißig 2002, S. 5).

Reißig (2002) beobachtet bei ostdeutschen Bürgern Resignation und Distanz gegenüber der Politik. Für gesellschaftliche Transformationen fehle das geistige Klima: *„Eine neue Phase der Entwicklung Ostdeutschlands und seiner Regionen erfordert auch, dass die Ostdeutschen aus der nach ihrer Selbstbefreiung bereits 1990/91 erneut verordneten und selbstgewählten Objektorolle herausfinden und sich in eine Subjektorolle bringen“* (Reißig 2002, S. 6, vgl. auch Pollack; Detlef 2002).

Es geht nicht nur um eine Vermehrung des bürgerschaftlichen Engagements, sondern um intelligente kommunalpolitische Systeme, die bürgerschaftliche Projekte als Grund-

lage jeden Gemeinwesens in Teilhabe- und Dienstleistungsstrukturen einbeziehen. Die Herausforderung an die Kommunalpolitik in den kommenden Jahren besteht darin, die „Versäulung“ der Fachpolitiken aufzubrechen und neue Lösungen und Arrangements in Haupt- und Ehrenamt, Professionalität und Subsidiarität zu schaffen, die in verschiedenen städtischen und kulturellen Kontexten unterschiedlich aussehen (vgl. Röbbke 2005).

Schwierigkeiten liegen auf Forschungsseite im Bereich der Messung von bürgerschaftlichem Engagement. Geleistete Aktivitäten im Bereich bürgerschaftlichen bzw. ehrenamtlichen Engagements sind schwer quantifizierbar. Studien wie der Freiwilligensurvey arbeiten mit Befragungen von Bürger/innen, deren Auskünfte auf Selbsteinschätzung beruhen. Fehlerpotenzial liegt darin, dass sowohl Bereitschaft als auch tatsächliches Engagement tendenziell zu hoch bewertet werden (vgl. z. B. Kistler; Hilpert 1999). Das breite Konzept der freiwilligen Tätigkeiten, das vom Freiwilligensurvey benutzt wird, bringt mit sich, dass das gemessene Engagement nicht mit politisch-sozialem Engagement gleichgesetzt werden kann. Bei allen Formen der Befragung ist außerdem zu bedenken, dass persönliche und soziale Merkmale, die sich positiv auf die Teilnahmebereitschaft an einer Umfrage auswirken, auch für eine überdurchschnittlich hohe Bereitschaft zu freiwilligem Engagement sprechen, woraus eine Überschätzung der Engagementquote folgt. Hackett und Mutz gehen daher von einer um 6 bis 8 % reduzierten Engagementquote aus.

Rauschenbach stellte 1999 fest, dass sich Befunde zum Beispiel hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Verteilung des Ehrenamtes oder der Häufigkeitsverteilung zwischen Ost und West oft widersprechen: *„Während ein Teil der Erhebungen glaubt belegen zu können, dass das Ehrenamt ‚weiblich‘ sei, postulieren wiederum andere Studien eine Dominanz der Männer; während ein Großteil der Befragungen ein größeres ehrenamtliches Engagement in den alten Bundesländern ausfindig gemacht hat, haben andere Untersuchungen mehr Ehrenamtliche in den neuen Bundesländern entdeckt“* (Rauschenbach 1999, S. 72). Die Grenze zwischen „freiwilligem“, unentgeltlichem Engagement und Honorartätigkeiten ist fließend, da es eine große Variationsbreite von direkten und indirekten materiellen Anerkennungsformen bzw. Aufwandsentschädi-

gungen gibt (vgl. auch Böhle; Kratzer 1999). Eine irgendwie geartete „Entlohnung“ – sei sie materieller oder immaterieller Natur – wird immer wieder gefordert. Dies erschwert eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse verschiedener Studien, da unterschiedliche Definitionen von bürgerschaftlichem Engagement zugrunde gelegt werden. Rauschenbach konstatiert: *„Insgesamt muss die Forschungslage zum Ehrenamt mithin – trotz der erstaunlich hohen Zahl an Einzelstudien – als unbefriedigend und defizitär bezeichnet werden. So gibt es bislang kaum eine ernstzunehmende Repräsentativität und schon gar keine Stichprobenvergleichbarkeit, und es gibt auch keine angemessenen und einheitlichen Erhebungskategorien (...)“* (ebd., S. 72).

Am Freiwilligensurvey üben Hackett und Mutz (2002) außerdem die Kritik, dass die Ergebnisse zwar nach Bundesländern, Gemeindegrößen, Geschlecht und Altersgruppen gewichtet wurden, nicht jedoch nach Bildung und sozialer Schichtung. Außerdem seien ausländische Mitbürger in der Stichprobe unterrepräsentiert. Positiv tritt allerdings in Erscheinung, dass Pluralisierungsprozesse im Bereich des Engagements berücksichtigt werden.

Die Bedeutung des unternehmerischen Engagements in ostdeutschen Kommunen ist nicht zu unterschätzen. Zum einen könnte die stärkere Einbindung von Unternehmen dazu beitragen, die Engagementpotenziale der Bürger/innen auszuschöpfen, da Motive für bürgerschaftliches Engagement häufig berufsorientiert bzw. arbeitsmarktbezogen sind. Zum anderen sind auch Themen wie Standortqualität und Fachkräftebedarfssicherung von hoher Relevanz für die Unternehmen, die durch bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen und in Kooperation mit weiteren lokalen Akteuren vor allem in den Bereichen Jugend, Familie, Berufseinstieg, Stadtmarketing gefördert werden können.

Wie können Unternehmen für gesellschaftliche Aktivitäten in ihrem sozialen Umfeld und zur Übernahme von Verantwortung für ein funktionierendes Gemeinwesen gewonnen werden. Lang (2003) betont hierfür, dass es wichtig ist, das Thema auf lokaler Ebene auf die öffentliche Agenda zu setzen und durch praktische Beispiele die Bedeutung und positiven Wirkungen für das Gemeinwesen zu verdeutlichen (vgl. Lang 2003, S. 246).

Die Bedeutung der Verbreitung guter Beispiele, positiver Anreize, öffentlichen Diskussionen, um Anregungen zu geben und Lernprozesse zu initiieren, unterstreichen auch Thomas u. a. (2006, S. 15).

Um Unternehmen als Kooperationspartner zu gewinnen, empfiehlt Lang (2003) vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen mit UPJ, Unternehmen als Akteure im Gemeinwesen anzusprechen, deren spezifische Interessen und jeweilige Möglichkeiten in Kooperationsprojekten zum Ausdruck kommen können (vgl. Lang 2003, S. 224). Anstatt den primären Fokus auf die Ressourcenfrage zu richten, sei eine problemlösungsorientierte Sicht- und Vorgehensweise aussichtsreicher (vgl. Lang 2003, S. 224).

Thomas u. a. (2006) bemerken, dass Unternehmen nicht „überfahren“ oder bevormundet werden dürfen (vgl. ebd., S. 8). Wichtig sei, in der Kommunikation und bei Projekten konkrete Bezüge zur alltäglichen Praxis zu schaffen. Dabei sei auch die regionale Abstimmung und Einbeziehung aller relevanten Stakeholder von Bedeutung, um das CSR-Konzept auf regionaler Ebene dauerhaft und wirksam zu etablieren (vgl. Thomas u. a. 2006, S. 24). Eine besondere Verantwortung komme den Industrie- und Handwerkskammern, den Unternehmensverbänden sowie der regionalen Wirtschaftsförderung zu. Als Dialogpartner sind die Gewerkschaften zu berücksichtigen (vgl. Thomas u. a. 2006, S. 11). Die gesellschaftliche Reputation, Kompetenzen und Informationskanäle dieser Bezugsgruppen sind für die Vermittlung von Wissen und Kenntnissen zu nutzen (vgl. Thomas u. a. 2006, S. 11).

Wenn eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Verbänden, Gewerkschaften und regionalen Akteuren gelingt, lassen sich auch offene und kritische Fragen behandeln. Wichtig hierfür sind Kommunikation, Transparenz, eine hinreichende Öffentlichkeit und konkrete Zielstellungen. Gerade wegen der starken regionalen Verwurzelung der meisten Unternehmen, wegen der hohen geschäftlichen Bindung mit der Region gibt es viele Ziele, die unmittelbar im Interesse von Unternehmen und Region liegen. Diese sind geeignete Themen gemeinsamer sozialer Verantwortung (vgl. Thomas u. a. 2006, S. 13).

Um Corporate Social Responsibility in Unternehmensnetzwerken zu etablieren, empfehlen Thomas u. a. (2006) die Hervorhebung von Erfolgen bisheriger Netzwerkaktivi-

täten, die oft auf bereits praktizierter Verantwortungsübernahme beruhen, und an konkrete CSR-Erfahrungen der Unternehmen in lokalen bzw. regionalen Entwicklungsprojekten anzuknüpfen, damit die Übernahme (zusätzlicher) gesellschaftlicher Verantwortung nicht als Belastung und Zumutung erscheint (vgl. Thomas u. a. 2006, S. 20f.). Als Beispiel werden Kooperationen mit Erfahrungsaustausch (Betriebsbesuche; Unternehmerstammtische) genannt sowie die gemeinsame Ausbildung oder andere innovative Instrumente zur „Kompetenzentwicklung im Verbund“ (Personalentwicklung, firmenspezifisches Coaching etc.) und zur direkten Zusammenarbeit mit Schulen und Hochschulen (vgl. Thomas u. a. 2006, S. 20f.).

Im untersuchten Fall wurde eine Deklaration zur sozialen Verantwortung erarbeitet und eine „Road map“ mit Modulen interner und externer sozialer Verantwortung (Sicherung Fachkräftebedarf; Arbeitgeberzusammenschlüsse; Engagement für Regionalentwicklung etc.) entworfen. Thomas (2006, S.20f.) zufolge müsse der Zugewinn aus dem CSR-Konzept für Netzwerke und Unternehmen systematisch erarbeitet und herausgestellt werden.

Hemmende Faktoren für bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen sind zum einen mangelndes Wissen über Corporate Social Responsibility bzw. Corporate Citizenship bei den Unternehmen oder auch ein Nicht-Wollen. Die Einbeziehung von Gemeinwohlinteressen und gesellschaftlichen Aktivitäten könnte dadurch behindert werden. Hier sind die Vermittlung von Kenntnissen und positiven Erfahrungen mögliche Ansatzpunkte (vgl. Thomas u. a. 2006, S. 11). Thomas u. a. (2006) fordern diesbezüglich auch die Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen auf, bei der Ausbildung zukünftiger Führungskräfte die Thematik der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen einfließen zu lassen (vgl. ebd., S. 11).

Weitere Hinderungsgründe können in aufwändigen Formalien liegen, wie Berichte, Auditierungen oder Regulierungen, die gerade für kleinere Unternehmen eine große Belastung darstellen (vgl. Thomas u. a. 2006, S. 13, 15).

In der Befragung der Bertelsmann Stiftung werden vor allem die hohe zeitliche Belastung, zu hohe Kosten, fehlende Messbarkeit der Wirkung sowie zu wenig staatliche

Untersuchung als Hinderungsgründe für gesellschaftliches Engagement genannt (vgl. Bertelsmann Stiftung 2006, S. 15).

Ebenso hemmend könne die kommunale Sparsamkeit und preiswerteste Auftragsvergabe durch kommunale, regionale Politik sowie die Mitnahmementalität bei einigen Unternehmen wirken. Problematisch sind gleichermaßen Kundenorientierungen oder die durch geringe Kaufkraft bedingten Verhaltensweisen. Die Gefahr besteht, sich gegenseitig in einen ruinösen Wettbewerb zu treiben, statt nach noch vorhandenen Spielräumen zu suchen. Dazu müsse man auch die regionalen Handlungsbedingungen erhalten oder verbessern, gemeinsam dem Druck von „außen“ begegnen: Die Finanzausstattung der Kommunen, Fördersätze, Verminderung von Bürokratie, Erhalt einer ausreichenden Infrastruktur nennen Thomas u. a. (2006) als Rahmenbedingungen, von denen Spielräume für soziale Verantwortung abhängen (vgl. ebd., S. 22). Zur Schaffung von Spielräumen sind auch gemeinsame Initiativen mit Gewerkschaften und Verbänden sowie weiteren relevanten Bezugsgruppen notwendig (vgl. Thomas u. a. 2006, S. 22).

Folgende Handlungsempfehlungen lassen sich nach dem derzeitigen Stand der Forschung für künftige Förderstrategien im Bereich bürgerschaftlichen Engagements an die Kommunen und Länder geben:

- Schaffung einer Kultur der Anerkennung: Dies darf kein Schlagwort bleiben. Nach Heuberger ist dies möglicherweise der *„wichtigste Hebel zur Förderung und Stimulierung weiteren bürgerschaftlichen Engagements auf Landes- und Kommunalebene“* (Heuberger 2003, S. 13). Die Anerkennung und Wertschätzung von bürgerschaftlichem Engagement unterstützt die Entstehung sozialer Identität. Mögliche Formen der Wertschätzung sowohl ideeller als auch materieller Natur sind zum Beispiel:
 - Ermäßigte Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs
 - Steuerbefreiung von Aufwandsentschädigungen
 - Landesverdienstorden u. a. Auszeichnungen
 - Ehrenmitgliedschaften

Es wird ein „beteiligungsunfreundliches Verhalten von Organisationen und Institutionen“ festgestellt und kritisiert, dass Politik häufig die Engagementbereitschaft von Bürger/innen nicht annimmt. *„Gelegenheiten zur Verantwortungsübernahme sind daher zu verbessern“* (Schumacher 2004, S. 59). Auch „erst gemeinte Rituale der Dankbarkeit“ bezeichnet Schumacher als geeigneten Weg, um bürgerschaftliches Engagement gesellschaftlich wertzuschätzen.

Schumacher fordert, dass rechtliche, sozialpolitische, kulturelle und ökonomische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Verbindung und Ausübung verschiedener Tätigkeiten nicht mehr länger allein in individueller Verantwortung belassen. Dazu gehört zum Beispiel die Diskussion um ein Grundeinkommen. *„Warum nicht, angesichts der Unterschiede zwischen strukturstarken und strukturschwachen Räumen, sich für Experimente öffnen und z. B. über die (zunächst) regional begrenzte Einführung eines Bürgergeldes oder einer Grundsicherung nachdenken?“* (Schumacher 2004, S. 58). Bürgerschaftliches Engagement könnte durch die Einführung einer steuerfreien jährlichen Aufwandspauschale anerkannt werden (vgl. Kortmann u. a. 2002). Ein anderes Thema sind Feistellungs-, Teilzeit-, Aus- und Wiedereinstiegsmöglichkeiten, um die zeitlichen Voraussetzungen für eine Kombination von Erwerbsarbeit und Engagement zu schaffen.

- Nutzung und Ausbau internetgestützter Information und Kommunikation:
 - Aufbau einer Landeshomepage, mit deren Einsatz Information und Kommunikation zwischen den Organisationen und der Landesregierung sowie der Gruppen untereinander verbessert werden kann (Beispiel Rheinland-Pfalz: www.wir-tun-was.de)
 - Datenbank, in der sich Vereine, Gruppen und Initiativen präsentieren
- Förderung von Vermittlungsagenturen: Selbsthilfeeinrichtungen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen haben sich unabhängig voneinander entwickelt. Nun geht es darum, Potenziale von Vernetzungen zu erforschen und teilweise verschiedene Einrichtungen institutionell gemeinsam zu verankern, um zu einem integrierten gemeinwesenorientierten Infrastrukturkonzept zu gelangen (vgl. Keupp 2002). Laut Brömming (2003) sollte der Staat als Gesetzgeber dringend

das Gemeinnützigkeitsrecht reformieren. Zum Beispiel sollten keine Gebühren für die Errichtung von gemeinnützigen Stiftungen mehr erhoben werden, wie dies in Ostdeutschland noch vielfach der Fall ist.

Aktivierung von Unternehmensvertreter/innen bzw. führenden Unternehmenspersönlichkeiten und gezielte Förderung unternehmerischen Engagements: Informationen und Vermittlung von guten Beispielen für bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen.

- Erfassung interessierter Unternehmen und Koordination von (gemeinsamen) Aktivitäten.
- Einbindung in kommunale Aktivitäten, z. B. Stadtmarketing- und Stadtentwicklungsprozesse.
- Austausch über drängende kommunale Aufgaben, die auch für Unternehmen und den Standort von Bedeutung sind. Gemeinsame Lösungsfindung, um mögliche Kooperationen zu identifizieren, bei denen die Mittel und Kompetenzen der unterschiedlicher Akteure eingesetzt werden können,
- Austausch zwischen Verwaltung/Politik und Wirtschaftsvertretern über potenzielle (bürokratische) Hemmnisse für stärkeres Engagement.
- Eine integrierte Förderstrategie der Länder, ausgerichtet am Leitbild einer lokalen Bürgergesellschaft / Bürgerkommune:
 - Ergänzung repräsentativ-demokratischer Entscheidungsformen mit direkt-demokratischen Entscheidungsformen
 - Öffnung der Gemeindeordnung (z. B. durch Experimentierklauseln oder Projekt bezogene Mitarbeit der Bürger/innen an Entscheidungsprozessen in der Gemeinde). Erste Schritte: Direktwahl von Bürgermeister/innen, Erleichterung von Bürgerbegehren und Referenden. Einsatz von neuen Beteiligungsmethoden (z. B. Mediation, Planungszellen und Zukunftswerkstätten), Verbesserung rechtlicher Rahmenbedingungen.
 - Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für öffentlich Bedienstete in den kommunalen Verwaltungen und Ministerien der Länder, die die Praxis loka-

ler Bürgergesellschaft und die Integration von Bürgerbeteiligung in die Verwaltungsabläufe zum Thema haben.

- Bildungsmaßnahmen für freiwillig Engagierte
- Zur Identitätsbildung kann eine Ausstellung über Bürgerengagement in der Gemeinde organisiert werden (Bürgerausstellung, vgl. Schophaus 2001 sowie Schophaus, Dienel 2003 a und b).
- Bemühungen, Fördermittel für bürgerschaftliches Engagement einzuwerben.
- Erfahrungstammtische zwischen Dörfern initiieren und Dorfpartnerschaften ins Leben rufen (interkommunale Vernetzung, vgl. Stöber 2006).
- Jugendlichen ausgebildete Jugendbetreuer als Ansprechpartner zur Verfügung stellen und die Perspektiven der Jugend ernst nehmen und junge Menschen mit der Problematik der Ausbildungssituation/des Arbeitsmarktes vertraut machen.
- Schulen zur Mitarbeit bei dörflichen Projekten einladen und Räume für Jugendprojekte zur Verfügung stellen.
- Die Medien sollten stärker ihre Verantwortung wahrnehmen, einen Beitrag zur Bewusstseinsbildung für bürgerschaftliches Engagement zu leisten. Bislang ist das Thema nicht präsent genug. Riegert (2003) fordert, dass vor allem die öffentlich-rechtlichen Sender mehr Fälle bürgerschaftlichen Engagements ins tägliche Programm aufnehmen sollten. Dies kann dazu beitragen, ein verbindendes bürgerschaftliches Bewusstsein im Sinne einer gemeinsamen Wertehaltung zu schaffen.

Kunz (2003) sieht den Staat eher im Hintergrund: *„Bei der Rückgabe bürgerschaftlicher Verantwortung und der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements muss sich der Staat direkter Interventionen enthalten sowie zurückhaltend und sensibel agieren, da der nicht-staatliche Bereich mit seinen Bürgergruppen und Organisationen sonst drangsaliert werden würde“* (Kunz 2003, S. 247). Aufgabe des Staates solle es vielmehr sein, die gesetzlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sich das bürgerschaftliche Engagement entfalten kann (vgl. auch Schulz; Zimmermann 2003).

Die Rolle der Politik bei der Förderung unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements und bei der Herausbildung von neuen Partnerschaften zwischen Wirtschaft und Drittem Sektor bestehe nach Bürsch (2003) in der Schaffung günstiger Rahmenbedingungen z. B. durch Abbau rechtlicher Barrieren, Stärkung der öffentlichen Diskussion, Durchführung von Veranstaltungen zum Thema, Kommunikation von Beispielen, Verbesserung der Vernetzung zwischen den verschiedenen beteiligten Akteure (vgl. ebd., S. 40f.). Backhaus-Maul und Brühl (2003) sehen die kommunalen Vertreter der Stadt als „die geborenen Handlungspartner für bürgerschaftliche engagierte Unternehmen“ (ebd., S. 12), da sie am besten über Situation und Probleme vor Ort in Kenntnis sind. Ihre Aufgabe könne darin bestehen, Informationen anzubieten und Kontakte zu vermitteln. Kommunen würden demnach eine Initiator-, Organisator-, Moderator- und Vermittlerfunktion zwischen gesellschaftlich relevanten Akteuren einnehmen (vgl. Backhaus-Maul; Brühl 2003, S. 12f.).

Backhaus u. a. sehen die engagementpolitische Situation in Ostdeutschland komplexer und gestaltungsoffener als in den alten Bundesländern. Allerdings sei es für neue Formen eines selbstbestimmten und -organisierten Engagements nicht leicht, sich zu etablieren. Es mangelt an organisierten Vergemeinschaftungsformen vor Ort. Daher sollten relevante gesellschaftliche Institutionen und Organisationen in den Bereichen Politik, Verwaltung, Bildung, Kultur und Soziales sich für Initiativen engagierter Bürger/innen öffnen. Das beinhaltet eine Übergabe von Teilen der Macht und Kompetenzen auf Bürger/innen, die sich engagieren (vgl. Backhaus; Jakob; Olk 2003).

„Von der Bürgerorientierung zur Bürgerbeteiligung ist noch ein gutes Stück Weg zurückzulegen.“ (Heuberger 2003, S. 20). Erste Erfolg versprechende Ergebnisse zeigen die Gemeinden des CIVITAS-Netzwerks in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung und das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ (vgl. CIVITAS-Netzwerk 2000). Waschkuhn (1999) vermutet allerdings, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis eine aktive Bürgerschaft mit neuen gemeinsamen Zielen in Ostdeutschland entsteht und sich „demokratische Tugenden“ verbreiten. Die Bundesebene kann den Prozess fördern, in dem sie den Kommunen mehr Kompetenzen einräumt und so den Spielraum für politische Gestaltungsmöglichkeiten erweitert.

5 Ausblick

Die im Rahmen der Literaturstudie ausgewerteten Materialien unterstützen die Annahme des Forschungsprojektes, dass sowohl bürgerschaftliches Engagement als auch die Kooperation und Vernetzung der drei Sektoren Verwaltung/Politik, Wirtschaft und Dritter Sektor einen wirksamen Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation in ostdeutschen Kommunen leisten kann.

Die durch die vorliegende Arbeit aufbereiteten Informationen weisen auf Spezifika bürgerschaftlichen Engagements und der intersektoralen Zusammenarbeit in kleineren Städten Ostdeutschlands hin. Die Literaturstudie bildete deshalb einen wichtigen Baustein zur Analyse, welche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements notwendig sind, und wie künftig das Verhältnis von Bürgern und Staat gestaltet werden kann, um eine zukunftsweisende und an den spezifischen ostdeutschen Gegebenheiten orientierte Engagementförderung zu etablieren und die lokalen Infrastrukturen zu stärken.

Aus der bisherigen Analyse können folgende weitere Forschungsfragen abgeleitet werden:

- Keiner der Sektoren ist in sich homogen: es gibt sowohl innerhalb der Verwaltung, in einem Unternehmen und auch im Dritten Sektor (Vereine, Verbände, engagierte Bürger/innen etc.) Akteure mit teilweise unterschiedlichen Interessen und unterschiedlich ausgeprägten Vernetzungen. Hier können nur tief greifende Fallstudien differenzierte Strukturen aufzeigen.
- Moderne Formen von bürgerschaftlichem Engagement treten in Deutschland neben und teilweise an die Stelle von klassischem Ehrenamt und zwar in einem Prozess der Pluralisierung, der zumindest noch nicht zu einem klaren Modell bürgerschaftlichen Engagements geführt hat, sondern zu einem „Nebeneinander von ‚neuem‘ und ‚altem Ehrenamt‘, zivilgesellschaftlicher Aktivität und bürgerschaftlichem Bestreben“ (Zimmermann 2007). Dieser Befund gilt für Ostdeutschland in spezieller Weise, da hier die Ausgangssituation eine andere war als in Westdeutschland. Das heißt, dass hier die neuen Engagementformen andere alte Strukturen überlagern und von diesen „traditionellen“ Formen auch etwas anders geprägt werden.
- Welche Wirkungen kann bürgerschaftliches Engagement auf die regionale Identität der engagierten Bürger/innen haben? Trägt es zu einem größeren Bleibewunsch bei?

- Hinsichtlich des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen konnte festgestellt werden, dass keine repräsentativen Studien verfügbar sind, die den Kenntnisstand, Aktivitäten, Motive und Nutzen des unternehmerischen Engagements differenziert nach Ost und West untersuchen. Um das bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen allerdings in geeigneter Weise zu fördern, bedarf es genauerer Kenntnisse über die Situation ostdeutscher Unternehmen, ihrer Bedarfe und Interessen zur Mitwirkung vor Ort.
- Unternehmen sind in trisektoralen Netzwerken meist unterrepräsentiert. Welche Faktoren behindern bisher die stärkere Integration der Wirtschaft in intersektorale Netzwerke?
- Der Befund, dass bürgerschaftliches Engagement insbesondere bei Jugendlichen und Arbeitslosen in Ostdeutschland stärker arbeitsmarktbezogen motiviert ist, gibt Unternehmen eine potenziell stärkere Rolle bei Ansätzen und Maßnahmen zur Ausschöpfung des Engagementpotenzials. Wie können entsprechende Maßnahmen, bei denen der Erwerb von Qualifikationen und eine Berufsorientierung stärker möglich ist, gemeinsam mit Unternehmen entwickelt, angeboten und kommuniziert werden?

Um Ostdeutschland zu einer aktiven Bürgerregion weiterzuentwickeln, die von den dort lebenden Menschen, selbst gestaltet wird, kommt Kooperationsnetzwerken eine zentrale Rolle zu. Sie sind der Schlüssel zur Stärkung der Regionen. Dafür gilt es, die Rolle der Akteure in den verschiedenen Sektoren zu definieren und die jeweiligen Stärken und bestehende Schwächen zu analysieren, um Handlungsansätze entwickeln zu können. Außerdem sollten Politiker beim Wort genommen werden: Dadurch, dass aufgezeigt wird, welche Unterstützung Bund und Länder für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements leisten können.

Literatur

- Albrecht, Peter Georg (2003): Senioren für Senioren. Bürgerengagement in der Altenarbeit. In: Holger Backhaus-Maul; Olaf Ebert; Gisela Jakob und Thomas Olk (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Potenziale und Perspektiven. Opladen, S. 185 – 201
- Anheier, Helmut K. und Stefan Toepler (2002): Bürgerschaftliches Engagement in Europa. Überblick und gesellschaftspolitische Einordnung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 9/2002: Traditionslinien Bürgerschaftlichen Engagements. Frankfurt am Main, S. 31 – 38
- Anheier, Helmut (1999): Dritter Sektor, Ehrenamt und Zivilgesellschaft in Deutschland. Thesen zum Stand der Forschung aus internationaler Sicht. In: Ernst Kistler; Heinz-Herbert Noll und Eckhard Priller (Hrsg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenlebens. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte. Berlin, S. 145 – 170
- Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg (AG/BE, Hrsg.) (2000): Wege zur Bürgerschaft. Ein Leitfaden zur Förderung Bürgerschaftlichen Engagements in Städten, Gemeinden und Landkreisen in Baden-Württemberg. Freiburg/Stuttgart
- Backhaus-Maul, Holger (2004): Corporate Citizenship im deutschen Sozialstaat. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (Hrsg.): Bürgergesellschaft/Stiftungen, B 14/2004. Bonn, S. 23 – 30
- Backhaus-Maul, Holger (2005): Corporate Citizenship – liberale Gesellschaftspolitik als Unternehmensstrategie in den USA. In: Adloff, Frank; Birsl, Ursula und Philipp Schwertmann (Hrsg.): Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Theoretische und empirische Perspektiven. Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien. Wiesbaden
- Backhaus-Maul, Holger (2006): Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Bürgerschaftliches Engagement. Heft 12/2006. Bonn, S. 32 – 38
- Backhaus-Maul, Holger; Hasso Brühl (2003): Bürgergesellschaft und Wirtschaft – zur neuen Rolle von Bürgern, Verwaltung und Unternehmen. In: Backhaus-Maul,

- Holger und Hasso Brühl (Hrsg.): Bürgergesellschaft und Wirtschaft – zur neuen Rolle von Unternehmen. Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin, S. 9 – 16
- Backhaus-Maul, Holger; Ebert, Olaf; Jakob, Gisela und Thomas Olk (Hrsg.) (2003): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Potenziale und Perspektiven. Opladen
- Backhaus-Maul, Holger; Jakob, Gisela; Olk., Thomas (2003): Engagement in der Bürgergesellschaft. In: Holger Backhaus-Maul; Olaf Ebert; Gisela Jakob und Thomas Olk (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Potenziale und Perspektiven. Opladen, S. 293 – 306
- Backhaus-Maul, Holger; Ebert, Olaf; Jakob, Gisela; Olk, Thomas (2003): Institutionelle Lücken und günstige Gelegenheiten. Zum aktuellen Stand der Debatte über bürgerschaftliches Engagement. In: Holger Backhaus-Maul; Olaf Ebert; Gisela Jakob und Thomas Olk (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Potenziale und Perspektiven. Opladen, S. 5 – 18
- Badelt, Joachim (2002): Die Bedeutung der Neuen Sozialen Bewegungen in Ostdeutschland. In: Arno Waschkuhn und Alexander Thumfart: Politik in Ostdeutschland. Lehrbuch zur Transformation und Innovation. München, S. 359 – 401
- Baer, Susanne (2002): Der Handlungsbedarf für eine bürgerschaftliches Engagement fördernde Verwaltungsreform. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen, S. 167 – 183
- Barker, David J. (1993): Values and Volunteering. In: Justin Davis Smith (Hrsg.): Volunteering in Europe. London
- Bartsch, Gabriele (2003): Lernen in fremden Lebenswelten. Personalentwicklung als Einstieg in das bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen. In: Backhaus-Maul, Holger; Brühl, Hasso (Hrsg.) Bürgergesellschaft und Wirtschaft – zur neuen Rolle von Unternehmen. Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin. S. 169 – 178
- Alexander Bassen; Hölz, Hanns Michael und Joachim Schlange (2006): The Influence of Corporate Responsibility on the Cost of Capital. An Empirical Analysis 2006. URL: www.deutsche-bank.de/csr (Zugriff am 24.01.2007)

- Beck, Ulrich (1999): Modell Bürgerarbeit. In: Ulrich Beck (Hrsg.). *Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft*. Frankfurt/New York; S. 7 – 189
- Beck, Ulrich (1997): Die Seele der Demokratie. Wie wir Bürgerarbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren können. In: *DIE ZEIT*, 49; S. 7 – 8
- Beetz, Stephan (2006): Ländliche Politik im demographischen Wandel. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Frankfurt am Main, 21 – 22/2006: *Kommunen im Wandel*. Frankfurt am Main, S. 25 – 31
- Behrens, Fritz; Heinze, Rolf G., Hilbert, Josef und Sybille Stöbe-Blossey (Hrsg.) (2005): *Ausblicke auf den aktivierenden Staat. Von der Idee zur Strategie*. Berlin
- Bellmann, Lutz; Bielenski, Harald; Bilger, Frauke; Dahms, Vera; Fischer, Gabriele; Frei, Marek und Jürgen Wahse (2006): *Personalbewegungen und Fachkräfte-rekrutierung. Ergebnisse des IAB-Betriebspanels 2005*, IAB-Forschungsbericht Nr. 11/2006
- Bertelsmann Stiftung (2000): *CIVITAS-Netzwerk bürgerorientierter Kommunen in Deutschland*. Gütersloh
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2005): *Die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen. Dokumentation der Ergebnisse einer Unternehmensbefragung der Bertelsmann Stiftung*, Gütersloh
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2006): *Partner Staat? CSR-Politik in Europa*, Bertelsmann Stiftung. Gütersloh
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2007): *Gute Geschäfte. Marktplatz für Unternehmen und Gemeinnützige. Leitfaden*. Gütersloh
- Bertelsmann Stiftung (o. J.): *Handwerks-Preis 2005*. URL: www.bertelsmannstiftung.de, Link: *Wirtschaft, Unternehmenskultur* (Zugriff am 15.01.2007)
- Blaschke, Ronald (2003): Arm, arbeitslos und aktiv. Bürgerschaftliches und politisches Engagement armer und arbeitsloser Bürger in eigener Sache. In: Chantal Munsch: *Sozial Benachteiligte engagieren sich doch*. Weinheim/München, S. 45 – 78
- Bleicher, Alena (2002): *Ostdeutsche Spezifika*. In: Christine Hannemann u. a.: *Ein Netz, das auffängt? Endogene Potenziale von Kleinstädten in Ostdeutschland*. Ein Lehrforschungsprojekt der Stadt- und Regionalsoziologie am Institut für So-

zialwissenschaften der Humboldt-Universität Berlin. URL: www.kleinstaedte.de
(Zugriff am 18.12.2006)

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (Hrsg.) (2001):
Dritter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutsch-
land: Alter und Gesellschaft und Stellungnahme der Bundesregierung. Stellung-
nahme der Bundesregierung/Bericht der Sachverständigenkommission. URL:
www.bmfsfj.de/Kategorien/Publikationen/Publikationen,did=3174.html.

(Zugriff am 18.01.2007)

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Hrsg.) (2005):
Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004. Ergebnisse der reprä-
sentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftli-
chem Engagement. München

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Hrsg.) (2006):
Die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ aus ökonomischer Sicht. Berlin

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2007): Starke
Leistung für jedes Alter. Das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser. Kon-
zept Stand 1. Februar 2007. Berlin. URL:
[www.bmfsfj.de/Kategorien/Publikationen/Publika%1F%0Btionen,%1Fdid=3174](http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Publikationen/Publika%1F%0Btionen,%1Fdid=3174.html)
.html (Zugriff am 11.05.2007)

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (o. J.a): Zahlen
und Fakten, www.mehrgenerationenhaeuser.de, Link: Zahlen und Fakten
(Zugriff am 03.04.2007)

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (o. J.b): Akti-
onsprogramm Mehrgenerationenhäuser – Ausgewählte Häuser, Übersicht zum
download unter www.mehrgenerationenhaeuser.de, Link: Zahlen und Fakten
(03.04.2007)

BMVBW (Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Hrsg.) (1999):
Planungshandbuch für den öffentlichen Personennahverkehr in der Fläche.
Bonn

BMV (Bundesministerium für Verkehr, Hrsg.) (1995): Mobilität von Frauen und Jugend-
lichen im ländlichen Raum. Bonn

- Bogumil, Jörg ; Holtkamp, Lars und Gudrun Schwarz (2003): Das Reformmodell Bürgerkommune. Leistungen – Grenzen – Perspektiven. Berlin
- Böhle, Fritz und Nick Kratzer (1999): Ehrenamt als Arbeit. Eine Betrachtung ehrenamtlicher Tätigkeit aus arbeitssoziologischer Sicht. In: Ernst Kistler; Heinz-Herbert Noll und Eckhard Priller (Hrsg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenlebens. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte. Berlin, S. 275 – 291
- Bose, Marc und Peter Wirth (2006): Gesund schrumpfen oder Ausbluten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 21 – 22/2006: Kommunen im Wandel. Frankfurt am Main, S. 18 – 24
- Bowen, Howard R. (1953): Social responsibility of the businessman. New York
- Braun, Joachim; Abt, Hans Günther und Stefan Bischoff (2000): Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe. Köln, Leipzig
- Braun, Joachim (2003): Engagementunterstützende Infrastruktur in Kommunen: eine Priorität bei der Strategie zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. In: Thomas Olk (Hrsg.): Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Fakten, Prioritäten, Empfehlungen. Berlin, S. 45 – 50
- Brömmling, Ulrich (2003): Ehrenamt ist vor allem ehrenamtlich. In: Thomas Olk (Hrsg.): Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Fakten, Prioritäten, Empfehlungen. Berlin, S. 51 – 55
- Bullerjahn, Jens (2006): Quo vadis, Ostdeutschland? Zukunftsorientierte Politik für den Aufbau der neuen Länder. Leipzig
- Bundesregierung (2006): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2006, Deutscher Bundestag Drucksache 16/2870, 02.10.2006
- Carroll, Archie B. (1979): A three-dimensional conceptual model of corporate performance. In: Academy of Management Review, No. 4, S. 497 – 505
- Carroll, Archie B. (1991): The Pyramid of Corporate Social Responsibility: Toward the Moral Management of Organizational Stakeholders In: Business Horizons, Vol. 34, No. 4, S. 39 – 48
- Carroll, Archie B. (1999): Corporate Social Responsibility – Evolution of a Definitional Construct. In: Business & Society, Vol. 38, No. 3, S. 268 – 295

- CBE (Centrum für bürgerschaftliches Engagement, Hrsg.): Netzwerke der Engagementförderung in Deutschland. Eine explorative Studie mit dem Schwerpunkt der Förderpraxis in den Bundesländern. Im Auftrag des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration. URL: www.engagiert-in-nrw.de/downloads/studie.Ruttgers260905pdf.pdf (Zugriff am 11.05.2007).
- Damm, Diethelm und Reinhard Lang (2001): Handbuch Unternehmenskooperation: Erfahrungen mit Corporate Citizenship in Deutschland. Bonn/Hamburg
- DasÖrtliche – DasÖrtliche Service- und Marketinggesellschaft mbH (2004 – 2007): Mutmacher der Nation. URL: www.mutmacher-der-nation.de, Link: Idee (Zugriff am 05.02.2007)
- Deich, Ingrid (1997): Die betrieblichen Sozialeinrichtungen und ihre Transformation bei vormaligen Volkseigenen Betrieben und Kombinat. In: Deich, Ingrid und Wolfhard Kohte: Betriebliche Sozialleistungen. Beiträge zu den Berichten zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland Bd. 6.9. Opladen, S. 102 – 412
- Denzer, Horst (Hrsg.) (2002): Glanz der Infrastruktur? Elend der politischen Kultur? Zur Entwicklung der Demokratie in Ostdeutschland. München
- Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche Deutschlands (Hrsg.) (1999): Ehrenamt in Einrichtungen von Caritas und Diakonie in den neuen Bundesländern. Stuttgart
- Dienel, Christiane (2007): Lokale Bündnisse für Familie – die Erneuerung eines Politikfeldes vor Ort. In: Schwalb, Lilian; Walk, Heike (Hrsg.): Local Governance – mehr Transparenz und Bürgernähe. Wiesbaden. S. 300 – 313
- Dienel, Peter C. (2002). Die Planungszelle. Eine Alternative zur Establishment-Demokratie. (5. Auflage). Opladen
- Dött, Marie-Luise; Habisch, André und Gerd Mutz (2002): Einleitung. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2003): Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen. Opladen, S. 9 – 13
- Dohnanyi, Klaus von und Edgar Most (2004): Kurskorrektur des Aufbau Ost. Bericht des Gesprächskreises Aufbau Ost der Bundesregierung, 28. März 2004. Hamburg/Berlin

- Ebert, Olaf und Andreas Hesse (2003): Freiwilligenagenturen in Ostdeutschland. neue Hoffnungsträger der Engagementförderung? In: Holger Backhaus-Maul; Olaf Ebert; Gisela Jakob und Thomas Olk (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Potenziale und Perspektiven. Opladen, S. 237 – 236
- Ebert, Olaf (2003a): Aktuelle Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven der Freiwilligenagenturen in Deutschland. In: Thomas Olk (Hrsg.): Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Fakten, Prioritäten, Empfehlungen. Berlin, S. 74 – 80
- Ebert, Olaf (2003b): Freiwilligenagenturen: Profile, Erfolgskriterien, Probleme. In: Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement in Kommunen. Opladen, S. 53 – 108
- Ebert, Olaf und Thomas Olk (2000): Freiwilligenagenturen. In: Orientierung, Fachzeitschrift der Behindertenhilfe: 1, S. 22 – 25
- econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e. V. (o. J.a): Profil und Ziele. URL: www.econsense.de (Zugriff am 18.01.2007)
- econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e. V. (o. J.b): econsense. Die Unternehmensinitiative auf einem Blick.
- econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e. V. (o. J.c): Partnernetzwerk. URL: www.econsense.de (Zugriff am 18.01.2007).
- Eells, Richard und Clarence Walton (1974): Conceptual foundations of business, 3. Auflage. Homewood, IL
- Eith, Ulrich und Beate Rosenzweig (2004): Einleitung. In: Beate Rosenzweig, Ulrich Eith (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Ein Gesellschaftsmodell der Zukunft? Schwalbach am Taunus, S. 9 – 11
- Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (Hrsg.) (2002a): Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen
- Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (Hrsg.) (2002b): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen

- Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (Hrsg.) (2003a): Bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen. Opladen
- Epstein, Edwin M. (1987): The corporate social policy process – Beyond business ethics, corporate social responsibility, and corporate social responsiveness. In: California Management Review, Vol. 29, No. 3, S. 99 – 114
- Erlinghagen, Marcel (2001): Die Sozialen Risiken „Neuer Ehrenamtlichkeit“. Zur Zukunft des Ehrenamts am Beispiel der „Bürgerarbeit“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 25 – 26/2001: Politisches Engagement. Frankfurt am Main, S. 33 – 37
- Europäischer Rat (2000): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Lissabon, 23. und 24. März 2000, o. O.
- Europäische Kommission (2001a): Grünbuch – Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung der Unternehmen. KOM(2001) 366 endgültig, Brüssel
- Europäische Kommission (2006): Umsetzung der Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung: Europa soll auf dem Gebiet der sozialen Verantwortung der Unternehmen führend werden. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, Brüssel, den 22.3.2006, KOM (2006) 136 endgültig, Brüssel
- European Communities (2004): Corporate social responsibility. National public policies in the European Union. Luxembourg
- Evers, Adalbert (1999): Verschiedene Konzeptualisierungen von Engagement. Ihre Bedeutung für Analyse und Politik. In: Ernst Kistler; Heinz-Herbert Noll und Eckhard Priller (Hrsg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenlebens. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte. Berlin, S. 53 – 66
- Förster, Peter (2002): Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit. Eine systemübergreifende Längsschnittstudie zum politischen Menatlitätswandel vor und nach der Wende. Opladen
- Förster, Peter (2002): Junge Ostdeutsche im Jahr 12 nach der Vereinigung: Die Generation der zweifach Enttäuschten. URL: www.bundesstiftung-rosaluxemburg.de/Einzel/foerster/doc/foerster_studie.pdf
- forsa (2005): „Corporate Social Responsibility“ in Deutschland. Berlin

- Frederick, William C. (1978): From CSR1 to CSR2 – The maturing of business and society thought. Working paper, University of Pittsburgh, Graduate School of Business
- Freeman, Edward R. (1984): Strategic management. A stakeholder approach. Boston
- Funk, Heide (2003): Bürgerschaftliches Engagement und geschlechtshierarchischer Verdeckungszusammenhang. In: Chantal Munsch: Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Weinheim/München, S. 133 – 147
- Gabriel, Oscar W.; Knemeyer, Franz-Ludwig und Klaus Peter Strohmeier (1997): Neue Formen Politischer Partizipation – Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Sankt Augustin
- Gaskin, Katharine und Justin Smith (1997): A New Civil Europe? A Study of the Extent and Role of Volunteering. London
- Gaskin, Katharine; Smith, Justin; Paulwitz, Irmtraut u. a. (1996): ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern. Freiburg im Breisgau
- Gemende, Marion (2003): Das Engagement von MigrantInnen als Lebensbewältigung in der Aufnahmegesellschaft und als Handeln in Zwischenwelten. In: Chantal Munsch: Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Weinheim/München, S. 149 – 170
- Gensicke, Thomas (2004): Individuelle Voraussetzungen für freiwilliges Engagement. Analyse des Zugangs zum freiwilligen Engagement unter besonderer Berücksichtigung der Situation in den neuen Ländern. In: Rosenzweig, Beate und Ulrich Eith (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Ein Gesellschaftsmodell der Zukunft? Schwalbach am Taunus, S. 56 – 72
- Gensicke, Thomas (2003): Freiwilliges Engagement in Ostdeutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. In: Holger Backhaus-Maul; Olaf Ebert; Gisela Jakob und Thomas Olk (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Potenziale und Perspektiven. Opladen, S. 89 – 108
- Gensicke, Thomas und Bernhard von Rosenblatt (2003): Perspektiven des freiwilligen Engagements in Deutschland aus Sicht der empirischen Sozialforschung. In: Thomas Olk (Hrsg.): Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Fakten, Prioritäten, Empfehlungen. Berlin, S. 155 – 159

-
- Gensicke, Thomas (2002): Freiwilliges Engagement in den neuen und alten Bundesländern. Ergebnisse des Freiwilligensurveys 1999. URL: www.das-parlament.de/2001/25_26/Beilage/005p.pdf
- Gillwald, Katrin (1997): Ein Fall von Car Sharing: Umweltentlastung durch soziale Innovation. Berlin
- Greiffenhagen, Martin und Sylvia Greiffenhagen (1994): Die ehemalige DDR als das „deutschere“ Deutschland? In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Die neuen Bundesländer. Stuttgart
- Habermas, Jürgen (1998): Die postnationale Konstellation. Politische Essays, Frankfurt am Main
- Habisch, André (2003): Corporate Citizenship. Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen in Deutschland. Berlin
- Habisch, André und René Schmidpeter (2003): Das Unternehmen als „Bürger“ in der Kommune. Corporate Citizenship und Initiativen regionaler Arbeits- und Sozialpolitik. In: Backhaus-Maul, Holger; Brühl, Hasso (Hrsg.): Bürgergesellschaft und Wirtschaft – zur neuen Rolle von Unternehmen. Deutsches Institut für Urbanistik. Berlin, S. 71 – 84
- Habisch, André; Meister, Hans-Peter und René Schmidpeter (Hrsg.) (2001): Corporate Citizenship as Investing in Social Capital. Berlin
- Habisch, André und Martina Wegner (2004): Gesetze und Anreizstrukturen für CSR in Deutschland. Praxisexpertise erstellt im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Center for Corporate Citizenship Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt. URL: www.corporatecitizen.de/documents (Zugriff am 12.01.2007)
- Hackett, Anne und Gerd Mutz (2002): Empirische Befunde zum bürgerschaftlichen Engagement. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B9/2002: Traditionslinien bürgerschaftlichen Engagements, S. 39 – 46
- Hamm-Brücher, Hildegard (2003): Reformstau in Sachen Demokratie: Bürgerengagement tut Not. In: Thomas Olk (Hrsg.): Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Fakten, Prioritäten, Empfehlungen. Berlin, S. 5 – 10
- Hannemann, Christine u. a. (2002): Ein Netz, das auffängt? Endogene Potenziale von Kleinstädten in Ostdeutschland. Ein Lehrforschungsprojekt der Stadt- und Regi-

- onalsociologie am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität Berlin. URL: www.kleinstaedte.de (Zugriff am 18.12.2006)
- Hessisches Ministerium der Justiz (2005): Modernes Hessen: Bundesweit erste teilprivatisierte Justizvollzugsanstalt in Hünfeld, Presseinformation Nr. 155 vom 15. September 2005. Wiesbaden
- Heuberger, Frank (2003): Vom bürgerschaftlichen Engagement zur Bürgergesellschaft – Anregungen für künftige Förderstrategien der Bundesländer. In: Thomas Olk (Hrsg.): Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Fakten, Prioritäten, Empfehlungen. Berlin, S. 11 – 22
- Heydemann, Günther (2001): Gesellschaft und Alltag in der DDR. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Deutschland in den 70er/80er Jahren, Informationen zur politischen Bildung, Heft 270, 1. Quartal 2001. Bonn
- Hummel, Konrad (1999): Sozialforschung und Bürgerengagement. In: Ernst Kistler; Heinz-Herbert Noll und Eckhard Priller (Hrsg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenlebens. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte. Berlin, S. 239 – 244
- IfM (Institut für Mittelstandsforschung) (2002): Corporate Citizenship: Das Unternehmen als ‚guter Bürger‘. Kurzfassung. Bonn. URL: www.ifm-bonn.org/ergebnis/cc-kurzfassung.pdf (Zugriff am 21.03.2007)
- Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2004): Kommunaler Bürgerhaushalt: Ein Leitfaden für die Praxis. Bielefeld
- IRPUD (Institut für Raumplanung der Universität Dortmund, Hrsg.) (1998): Öffentlicher Personennahverkehr im ländlichen Raum. Zukunftsperspektiven für den ÖPNV zwischen Güstrow, Waren und Parchim. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung P/18. Dortmund
- Jakob, Gisela (2005): Infrastruktureinrichtungen zur lokalen Engagementförderung. Bestandsaufnahme und Perspektiven. In: ARCHIV für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit: Bürgerschaftliches Engagement, Unbegrenzte Möglichkeiten?, Deutscher Verein: Berlin, 36. Jahrgang, 4/2005, S. 76 – 85
- Jakob, Gisela (2003a): Arbeitslosigkeit und bürgerschaftliches Engagement. Annäherung an ein kontroverses Thema. In: Holger Backhaus-Maul; Olaf Ebert; Gisela

- Jakob und Thomas Olk (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Potenziale und Perspektiven. Opladen, S. 65 – 88
- Jakob, Gisela (2003b): Engagementförderung durch lokale Infrastrukturen. In: Thomas Olk (Hrsg.): Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Fakten, Prioritäten, Empfehlungen. Berlin, S. 160 – 167
- Jakob, Gisela (2002): Freiwilligendienste in der Bürgergesellschaft. Aktuelle Diskussion und politischer Handlungsbedarf. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 9/2002: Traditionslinien Bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Frankfurt am Main, S. 22 – 30
- Jansen, Dorothea und Klaus Schubert (Hrsg.) (1995): Netzwerke und Politikproduktion. Konzepte, Methoden, Perspektiven. Marburg
- Jung, Helmut (1994): Wertewandel im freiwilligen Bürgerengagement. In: Akademie für Politische Bildung/Bayrisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit: Ehrenamt – Krise oder Formwandel? Tutzing, S. 21 – 64
- Kersting, Norbert (2006): Interkommunale Kooperation oder Wettbewerb? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 21 – 22/2006: Kommunen im Wandel. Frankfurt am Main, S. 32 – 38
- Keupp, Heiner (2003): Lokale Einrichtungen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements. In: Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen. Opladen, S. 13 – 52
- Keupp, Heiner (2002): Kommunale Förderbedingungen für bürgerschaftliches Engagement. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 9/2002: Traditionslinien Bürgerschaftlichen Engagements, S. 15 – 21
- Kinds, Henk und Angelika Münz (2003): Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen in den Niederlanden. Entstehungsgeschichte, Praxiserfahrungen und Entwicklungstendenzen. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen. Opladen, S. 173 – 193

- Kistler, Ernst; Noll, Heinz-Herbert und Eckhard Priller (Hrsg.) (1999): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenlebens. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte. Berlin
- Kistler, Ernst und Susanne Schäfer-Walkmann (1999): Gemeinsinn, Ehrenamt, Sozialkapital. Zur Einführung in ein weites Feld. In: Ernst Kistler; Heinz-Herbert Noll und Eckhard Priller (Hrsg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenlebens. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte. Berlin, S. 45 – 52
- Kistler, Ernst und Markus Hilpert (1999): Zivilgesellschaftliches Engagement auch noch als Arbeits(platz-)ersatz? In: Ernst Kistler; Heinz-Herbert Noll und Eckhard Priller (Hrsg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenlebens. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte. Berlin, S. 265 – 274
- Klein, Ansgar (2005): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft – die Reformpolitische Diskussion. In: ARCHIV für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit: Bürgerschaftliches Engagement, Unbegrenzte Möglichkeiten?, Deutscher Verein: Berlin, 36. Jahrgang, Nr. 4/2005, S. 4 – 19
- Klein, Ansgar (2004): Engagementpolitik und Engagementförderung in Deutschland. In: Rosenzweig, Beate, und Ulrich Eith (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Ein Gesellschaftsmodell der Zukunft? Wochenschau Verlag: Schwalbach am Taunus, S. 31 – 45
- Klein, Ansgar und Thomas Rauschenbach (2003): Engagementpolitik und Engagementförderung in Deutschland. In: Thomas Olk (Hrsg.): Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Fakten, Prioritäten, Empfehlungen. Berlin, S. 87 – 107
- Klie, Thomas; Roß, Paul-Stefan; Frenz, Ursula; Mohrlök, Marion und Annegret Trübenbach-Klie (1999): Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg. 3. Wissenschaftlicher Jahresbericht. Stuttgart
- Kocks, Martina (2003): Der demographische Wandel in Deutschland und Europa. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Demographischer Wandel und Infrastruktur im ländlichen Raum – von europäischen Erfahrungen lernen? Informationen zur Raumentwicklung 12/2003. Bonn, S. I – V
- Komsa AG (o. J.): Weltenbaum, www.weltenbaum.info/ (Zugriff am 05.02.2007)

- Kothe, Wolfhard (1997): Betriebliche Kindertagesstätten und sonstige betriebliche Sozialleistungen. In: Deich, Ingrid und Wolfhard Kohte: Betriebliche Sozialleistungen. Beiträge zu den Berichten zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland Bd. 6.9, Opladen, S. 14 – 99
- Kortmann, Karin; Evers, Adalbert; Olk, Thomas und Roland Roth (2002): Engagementpolitik als Demokratiep Politik. Reformpolitische Perspektiven für Politik und Bürgergesellschaft. Presseinformation 13.06.2002. URL: www.zivilgesellschaft.de/doku/Enquetethesen.rtf
- Kühnlein, Irene und Gerd Mutz (1999): Individualisierung und bürgerschaftliches Engagement in der Tätigkeitsgesellschaft. In: Ernst Kistler; Heinz-Herbert Noll und Eckhard Priller (Hrsg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenlebens. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte. Berlin, S. 291 – 306
- Kumpf, Ute (2003): Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements durch die SPD-Bundestagsfraktion – Schritt für Schritt im gemeinsamen Dialog. In: Thomas Olk (Hrsg.): Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Fakten, Prioritäten, Empfehlungen. Berlin, S. 23 – 29
- Kunz, Eva (2003): Engagement im Transformationsprozess. Konturen bürgerschaftlichen Engagements in Brandenburg. In: Holger Backhaus-Maul; Olaf Ebert; Gisela Jakob und Thomas Olk (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Potenziale und Perspektiven. Opladen, S. 237 – 250
- Landsiedel, Christiane (2005): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland, Diplomarbeit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. URL: www.hausarbeiten.de
- Lang, Reinhard (2003): Erfahrungen mit Corporate Citizenship in Deutschland: Die Bundesinitiative „Unternehmen: Partner der Jugend“ (UPJ). In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen. Opladen, S. 219 – 247
- Lang, Reinhard und Peter Kromminga (2002): Die Bundesinitiative „Unternehmen: Partner der Jugend“ (UPJ): Praktische Erfahrungen mit der Förderung des Engagements von Unternehmen im Gemeinwesen. In der Dokumentation zur Dritten Regionalkonferenz Region Nord-West „Wirtschaft und Soziales – Gemein-

- sam für junge Menschen in benachteiligten Quartieren“ am 3. Juni 2002 in Bremen
- Legewie, Heiner und Michael Janßen (1996): Bürgerinitiativen fördern Gesundheit in der Stadt. Veröffentlichungsreihe des Berliner Forschungsverbundes Public Health 96 – 2. Berlin
- Liebich, Daniela (2006): Mehrgenerationenhäuser (Mehrgenerationen-Freizeitzentrum). In: Diller, Angelika (2006): Mehrgenerationenhäuser– intergenerative Aktivitäten in unterschiedlichen Institutionstypen. Recherchebericht im Auftrag des BMFSFJ. Deutsches Jugendinstitut e. V.. München, S. 126 – 141
- Loew, Thomas; Ankele, Kathrin; Braun, Sabine und Jens Clausen (2004): Bedeutung der internationalen CSR-Diskussion für Nachhaltigkeit und die sich daraus ergebenden Anforderungen an Unternehmen mit Fokus Berichterstattung, Endbericht. Münster/Berlin
- Lübking, Uwe (2003): Bürgerschaftliches Engagement – für Kommunen unverzichtbar. In: Thomas Olk (Hrsg.): Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Fakten, Prioritäten, Empfehlungen. Berlin, S. 108 – 114
- Maaß, Frank (2005): Corporate Citizenship als partnerschaftliche Maßnahme von Unternehmen und Institutionen – Eine empirische Untersuchung zu den Erscheinungsformen und Determinanten von Kooperationen im zivilgesellschaftlichen Bereich. In: Jahrbuch zur Mittelstandsforschung, Heft 1/2005. Wiesbaden, S. 76 – 129
- Maaß, Frank und Uschi Backes-Gellner (2006): Corporate Citizenship als integrative Führungsaufgabe, Institut für Mittelstandsforschung. Bonn
- Margolis, Joshua D. und James P. Walsh (2003): Social Enterprise Series No. 19 – Misery Loves Companies: Whither social Initiatives by Business? Harvard Business School Working Paper Series, S. 1 – 58
- McWilliams, Abigail und Donald Siegel (2000): Corporate Social Responsibility and Financial Performance: Correlation or Misspecification? Strategic Management Journal, 21, S. 603 – 609
- Meister, Hans-Peter (2003): Regionale Netzwerke zur Sicherung und Schaffung von Beschäftigung – Erfahrungen der Initiative für Beschäftigung! In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundes-

- tag (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen. Opladen, S. 249 – 262
- Mielke, Gerd (2004): Die Bürgergesellschaft – Das Modell der Zukunft?. In: Beate Rosenzweig, Ulrich Eith (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Ein Gesellschaftsmodell der Zukunft? Schwalbach am Taunus, S. 20 – 30
- Mitchell, Ronald K.; Agle, Bradley R. und Donna J. Wood (1997): Toward a theory of stakeholder identification and salience – Defining the principle of who and what really counts. In: *Academy of Management Review*, Vol. 22, No. 4, S. 853 – 886
- Müller, Erhard O. (2007): Lokale Familienbündnisse: Auf dem Weg zu einer neuen Beteiligungskultur? Einleitender Beitrag zum Diskussionsblock: „Wie können/sollen sich Lokale Bündnisse auf kommunaler Ebene positionieren?“ URL: www.b-b-e.de/uploads/media/pg4_mueller_lokale_buendnisse_050629.pdf
- Munsch, Chantal (Hrsg.) (2003): Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Über lokales Engagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit. Weinheim/München
- Mutz, Gerd und Susanne Korfmacher (2003): Sozialwissenschaftliche Dimensionen von Corporate Citizenship in Deutschland. In: Backhaus-Maul, Holger; Brühl, Hasso (Hrsg.): Bürgergesellschaft und Wirtschaft – zur neuen Rolle von Unternehmen, Deutsches Institut für Urbanistik. Berlin. S. 45 – 62.
- Mutz, Gerd und Irene Kühnlein (2003): Bürgerengagement und zivile Arbeitsgesellschaft – Perspektiven für West- und Ostdeutschland. In: Holger Backhaus-Maul; Olaf Ebert; Gisela Jakob und Thomas Olk (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Potenziale und Perspektiven. Opladen, S. 307 – 328
- Netzwerk Zukunft – Schule und Wirtschaft für Brandenburg (o. J.): Ein Netzwerk für die Zukunft. URL: www.netzwerkzukunft.de (Zugriff am 05.02.2007)
- Niedermayer, Oskar (1996): Das internationale System. In: Max Kaase; Andreas Eisen; Oscar W. Gabriel; Oskar Niedermayer und Helmut Wollmann: Politisches System. Bericht 3 der Berichte der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e. V. (KSPW). Opladen, S. 155 – 230

- Olk, Thomas (Hrsg.) (2003): Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Fakten, Prioritäten, Empfehlungen. Berlin
- Olk, Thomas; Schulz, Bernhard und Klaus Spieler (2003): Einleitung zum Sammelband. In: Olk, Thomas (Hrsg.): Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Fakten, Prioritäten, Empfehlungen. Berlin
- Orlitzky, Marc; James, Gifford; Schmidt, Frank L. und Sara L. Rynes (2003): Corporate Social and Financial Performance: A Meta-analysis. In: *Organization Studies*, 24, S. 403 – 441
- PeHa GmbH (o. J.): Soziales Engagement. URL: www.peha-service.de, Link: Soziale Verantwortung (Zugriff am 05.02.2007)
- Pinter, Anja (2006): Corporate Volunteering in der Personalarbeit: ein strategischer Ansatz zur Kombination von Unternehmensinteresse und Gemeinwohl? Lüneburg
- Platzeck, Matthias (2006): Vorwort zu Jens Bullerjahn: Quo vadis, Ostdeutschland? Zukunftsorientierte Politik für den Aufbau der neuen Länder. Leipzig
- Pollack, Detlef (2002): Entwicklung der Demokratie in Ostdeutschland: Fakten und Umfrageergebnisse. In: Horst Denzer (Hrsg.): Glanz der Infrastruktur? Elend der politischen Kultur? Zur Entwicklung der Demokratie in Ostdeutschland. München, S. 15 – 34
- Pommerening, Thilo (2005): Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen. Eine Abgrenzung der Konzepte Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship. WorldOne. URL: www.upj-online.de/media/upj/downloads/Service/Forschung/Diplom_etc_Arbeiten/Pommerening_Thilo.pdf (Zugriff am 22.03.2007).
- Preston, Lee E. und James E. Post (1975): Private management and public policy – The principle of public responsibility. Englewood Cliffs
- Priller, Eckhard und Gunnar Winkler (2002): Struktur und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (Hrsg.): Partizipation und Engagement in Ostdeutschland. Opladen, S. 17 – 144

- Priller, Eckhard (2002): Zum Stand empirischer Befunde und wissenschaftlicher Theorie zur Zivilgesellschaft und zur Notwendigkeit ihrer Weiterentwicklung. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestags: Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen, S. 39 – 45
- Priller, Eckhard (1997): Der Dritte Sektor in den neuen Bundesländern: eine sozial-ökonomische Analyse. In: Helmut K. Anheier, Eckhard Priller, Wolfgang Seibel und Annette Zimmer (Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel. Berlin, S. 99 – 125
- Probst, Lothar (2003): Ostdeutschland – ein zivilgesellschaftliches Niemandsland? In: Holger Backhaus-Maul; Olaf Ebert; Gisela Jakob und Thomas Olk (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Potenziale und Perspektiven. Opladen, S. 43 – 56
- Probst, Lothar (1993): Ostdeutsche Bürgerbewegungen und Perspektiven der Demokratie. Entstehung, Bedeutung und Zukunft. Köln
- Pröhl, Marga (2003): Inhalte und Schwerpunktsetzungen einer künftigen Förderstrategie bürgerschaftlichen Engagements. In: Thomas Olk (Hrsg.): Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Fakten, Prioritäten, Empfehlungen. Berlin, S. 115 – 121
- Puschmann, Hellmut (2004): Der Beitrag zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Förderung Bürgerschaftlichen Engagements. In: Beate Rosenzweig, Ulrich Eith (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Ein Gesellschaftsmodell der Zukunft? Schwalbach am Taunus, S. 126 – 133
- Putnam, Robert (2002): Soziales Kapital in der Bundesrepublik Deutschland und in den USA. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen
- Rauschenbach, Thomas (1999): „Ehrenamt“ – eine Bekannte mit (zu) vielen Unbekannten. Randnotizen zu den Defiziten der Ehrenamtsforschung. In: Ernst Kistler; Heinz-Herbert Noll und Eckhard Priller (Hrsg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenlebens. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte. Berlin, S. 67 – 76

- Reinert, Adrian (2004): Bürgergesellschaft und politische Bildung. In: Beate Rosenzweig, Ulrich Eith (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Ein Gesellschaftsmodell der Zukunft? Schwalbach am Taunus, S. 106 – 125
- Reißig, Rolf (2002): Ostdeutsche Transformation und Integration neu denken und gestalten. URL: www.biss-online.de/index_html.htm
- Reißig, Rolf (2000): Die sozialwissenschaftliche Transformations- und Vereinigungsforschung – der Erkenntnis- und Ertragswert. In: BISS public. Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Diskussion. Heft 30/2000. Berlin, S. 7 – 29
- Reißig, Rolf (1998): Ostdeutschland: Am Ende des Systemwechsels – am Anfang einer nachhaltigen Transformation. In: BISS public. Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Diskussion. Heft 26/1998. Berlin, S. 5 – 22
- Reutlinger, Christian (2003): Engagement und unsichtbare Sozialraumkonstitutionen. In: Chantal Munsch: Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Weinheim/München, S. 111 – 131
- Riegert, Klaus (2003): Ehrenamtliches Bürgerschaftliches Engagement durch Bewusstseinsbildung stärken. In: Thomas Olk (Hrsg.): Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Fakten, Prioritäten, Empfehlungen. Berlin, S. 30 – 33
- Riess, Birgit (2006): Vorwort. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Partner Staat? CSR-Politik in Europa, Bertelsmann Stiftung. Gütersloh, S. 2
- Röbke, Thomas (2005): Bürgerschaftliches Engagement und Stadtentwicklung. Sozialraum, Empowerment, Subsidiarität. In: ARCHIV für Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit: Bürgerschaftliches Engagement, Unbegrenzte Möglichkeiten?, Deutscher Verein: Berlin, 36. Jahrgang, 4/2005 S. 102 – 112
- Roesler, Jörg (2003): Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch 1970 – 2000, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonifatius Druck Buch Verlag: Paderborn
- Rosenzweig, Beate und Ulrich Eith (Hrsg.) (2004): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Ein Gesellschaftsmodell der Zukunft? Schwalbach am Taunus
- Roß, Paul-Stefan und Thomas Klie (2004): Bürgerschaftliches Engagement und seine Förderung im Land und in der Kommune. In: Rosenzweig, Beate, und Ulrich Eith (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Ein Gesellschaftsmodell der Zukunft? Schwalbach am Taunus, S. 73 – 105

- Roth, Roland (2003): Chancen und Hindernisse bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Bundesländern. In: Holger Backhaus-Maul; Olaf Ebert; Gisela Jakob und Thomas Olk (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Potenziale und Perspektiven. Opladen, S. 19 – 42
- Roth, Roland (2001): Besonderheiten des bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Bundesländern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 39 – 40/2001: Neue Bundesländer – Gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt am Main, S. 15 – 22
- Rüschendorf, Roswitha (2006): Ansätze und Erfahrungen in Hessen – vorgestellt am Beispiel der Hessischen Dorferneuerung und des Wettbewerbes „Unser Dorf“. Kommunale Entwicklung durch Bürgermitwirkung und bürgerschaftliches Engagement. In: KommunalPraxis spezial Nr. 1/2006, S. 26 – 33
- Sachße, Christoph (2002): Traditionslinien bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 9/2002: Traditionslinien Bürgerschaftlichen Engagements. Frankfurt am Main, S. 3 – 5
- Sack, Detlef (2007): Spiele des Marktes, der Macht und der Kreativität – Öffentlich-private Partnerschaften und lokale Governance. In: Schwalb, Lilian; Walk, Heike (Hrsg.): Local Governance – mehr Transparenz und Bürgernähe. Wiesbaden, S. 251 – 277
- Sarcinelli, Ulrich und Jochen Stopper: Demographischer Wandel und Kommunalpolitik (2006). In: Aus Politik und Zeitgeschichte 21 – 22/2006: Kommunen im Wandel. Frankfurt am Main, S. 3 – 10
- Schmidtman, Silke (2006): Neue Servicedienstleistungen für attraktive öffentliche Mobilitätsangebote in ländlichen Räumen Brandenburgs. Arbeitspapier 11/2006 Berlin
- Schmithals, Jenny und Eckart Schenk (2004): Die Rolle gesellschaftlicher Strukturen für die Implementierung von nicht-kommerziellen Mobilitätsangeboten. In: Kagermeier, A. (Hrsg.): Verkehrssystem- und Mobilitätsmanagement im ländlichen Raum. Studien zur Mobilitäts- und Verkehrsforschung Band 10. Mannheim, S. 273 – 290
- Schmitt, Jürgen (2004): „Wer plant hier für wen?“. Feldforschung in der Interaktionsgemeinschaft eines ostdeutschen Prozesses der Stadtteilarbeit. Wiesbaden

- Schophaus, Malte (2001). Bürgerbeteiligung in der Lokalen Agenda 21 in Berlin. Discussion Paper: FS II 01 – 306. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Schophaus, Malte und Hans-Liudger Dienel (2003a): Bürgerausstellung – ein neues Beteiligungsverfahren für die Stadtplanung. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 15, Heft 2, S. 90 – 96
- Schophaus, Malte und Hans-Liudger Dienel (2003b): Die Bürgerausstellung. In: Astrid Ley und Ludwig Weitz (Hrsg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch. Bonn, S. 83 – 90
- Schout, Robert J. (2003): „Corporate Citizenship“ – Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen. Opladen, S. 149 – 171
- Schulz, Gabriele und Olaf Zimmermann (2003): Bürgerschaftliches Engagement als Gesellschaftspolitik. In: Holger Backhaus-Maul; Olaf Ebert; Gisela Jakob und Thomas Olk (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Potenziale und Perspektiven. Opladen, S. 329 – 344
- Schumacher, Ulrike (2004): Die Rolle bürgerschaftlichen Engagements in der Krise der Arbeitsgesellschaft. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen (NSB) Jg. 17, 1/2004, S. 54 – 62
- Schwalb, Lilian (2007): Public Private Partnerships und Local Governance in der Kulturförderung. In: Schwalb, Lilian; Walk, Heike (Hrsg.): Local Governance – mehr Transparenz und Bürgernähe, Wiesbaden. S. 278 – 299
- Seiters, Rudolf (2005): Bürgerschaftliches Engagement und die Zukunft der Wohlfahrtsverbände. Bonn. URL: library.fes.de/pdf-files/kug/03035.pdf
- Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz (2004): Bericht über Bürgerschaftliches Engagement in Berlin – Ehrenamtsbericht. Berlin
- Servicebüro Lokale Bündnisse für Familie (Hrsg.) (2006): Lokale Bündnisse für Familie. Wer, was, wie, warum und wo? Informationen zur Initiative. Berlin/Bonn
- Servicebüro Lokale Bündnisse für Familie (Hrsg.) (o. J.): Lokale Bündnisse für Familie. Unternehmen machen mit! Berlin/Bonn
- Siemens AG (2003): Corporate Social Responsibility Report 2002. Berlin/München

- Sing, Dorit (2001): Die Situation älterer Menschen in der Phase nach dem Erwerbsleben. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 3 – 4/2001: Demographischer Wandel und Erwerbsarbeit. Frankfurt am Main, S. 31 – 38
- Sozialministerium Baden-Württemberg – Stabstelle Bürgerengagement (Hrsg.) (2004): Wege in der Bürgergesellschaft. Ein Leitfaden für die Praxis. Stuttgart
- Stadt Hagen (Hrsg.) (2001): Umfrage zum bürgerschaftlichem Engagement. Hagen
- Steinbrück, Peer (2005): Der Staat muss aktiv sein, er muss aber auch Menschen aktivieren. In: Fritz Behrens u. a. (Hrsg.): Ausblicke auf den aktivierenden Staat. Von der Idee zur Strategie. Berlin
- Steinmann, Horst und Georg Schreyögg (2000): Management. Grundlagen der Unternehmensführung, 5. Auflage. Wiesbaden
- Stiftung Demokratische Jugend (Hrsg.) (2006): Netzwerke – Knotenpunkte zivilgesellschaftlichen Engagements. Konzepte und Strategien aus den Bundesprogrammen CIVITAS und entimon
- Stöber, Silke; Jedamzik, Bianca; Beetz, Stephan und Karl Martin Born (2006): Lebendige Dörfer in Brandenburg. Bürgerbeteiligung im Alltag. Ergebnisse einer Befragung in 5 Dörfern. URL: www.la21bb.de/service/stoeber_1.pdf (Zugriff am 11.05.2007)
- Stock, Lothar (2003): Milieuspezifische Ressourcen und Formen von Engagement von benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Orientierungspunkte für die Gemeinwesenarbeit. In: Munsch, Chantal (Hrsg.) (2003): Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Über lokales Engagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit. Weinheim und München, S. 229 – 238
- Stock, Lothar (2002): Bürgerbeteiligung in der "Sozialen Stadt" – Fördervoraussetzung oder Antagonismus ? – Erfahrungen aus dem (Leipziger) Osten. In: foco-Rundbrief, Juli 2002, S. 11 – 18. URL: www.fo-co.info/stock_bbt_sozstadt.htm (Zugriff am 11.05.2007)
- Taubken, Norbert (2006): Corporate Social responsibility und Regional Governance – Ein Zusammenhang?. In: Kleinfeld, Ralf; Plamper, Harald; Huber, Andreas (Hrsg.): Regional Governance Band 2. Steuerung, Koordination und Kommunikation in regionalen Netzwerken als neue Formen des Regierens. Göttingen, S. 153 – 166

- Thomas, Michael; Woderich, Rudolf und Helge Schulz (2006): Soziale Verantwortung von Unternehmen – CSR. Ein Instrument nachhaltiger Stabilisierung von KMU-Netzwerken in unterschiedlichen regionalen Kontexten. Thesen, www.aree.de/csr.htm (Zugriff am 06.01.2007)
- Trojan, Alf und Heiner Legewie (2001): Nachhaltige Gesundheit und Entwicklung. Leitbilder, Politik und Praxis der Gestaltung gesundheitsförderlicher Umwelt- und Lebensbedingungen. Frankfurt am Main
- Trube, Achim (2005): Bürger ohne Arbeit, aber mit gesellschaftlichem Engagement? Arbeitsmarktpolitik, Beschäftigungspolitik und Gemeinwohlarbeit. In: ARCHIV für Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit: Bürgerschaftliches Engagement, Unbegrenzte Möglichkeiten?, Deutscher Verein: Berlin, 36. Jahrgang, 4/2005 S. 44 – 59
- UPJ (Unternehmen: Partner der Jugend; o. J.): Bundesinitiative Unternehmen: Partner der Jugend – Aktiv und kompetent für Corporate Citizenship in Deutschland. URL: www.upj-online.de/media/upj/downloads/Ueber_UPJ/Profil/UPJ.pdf (Zugriff am 29.12.2006)
- UPJ Brandenburg (Unternehmen: Partner der Jugend; o. J.): Runder Tisch Jugend und Wirtschaft. Neue Partnerschaften und Initiativen für ein zukunftsfähiges Brandenburg. URL: www.upj-brandenburg.de (Zugriff am 05.02.2007)
- VDV (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen Förderkreis e. V.; Hrsg.) (1997): Zukunftsfähige Mobilität. Menschen bewegen. ÖPNV in Deutschland. Düsseldorf
- Walk, Heike (2007): Partizipative Governance. Beteiligungsrechte und Beteiligungsformen im Mehrebenensystem der Klimapolitik. Habilitationsschrift eingereicht am Fachbereich Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster im Januar 2007 (noch unveröffentlicht)
- Waschkuhn, Arno und Alexander Thumfart (1999): Politik in Ostdeutschland. Lehrbuch zur Transformation und Innovation. München
- Waschkuhn, Arno (1999): Politik in Ostdeutschland – Politische Konfliktlinien, institutionelle Fragen und demokratisches Profil. In: Arno Waschkuhn und Alexander Thumfart: Politik in Ostdeutschland. Lehrbuch zur Transformation und Innovation. München, S. 43 – 184

- Weinert, Rainer (1995): Intermediäre Institutionen oder die Konstruktion des „Einen“. Das Beispiel DDR. In: Nedelmann, Brigitta (Hrsg.): Politische Institutionen im Wandel. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, hrsg. von Jürgen Friedrichs, M. Rainer Lepsius und Friedhelm Neidhardt. Opladen, S. 237 – 253
- Weiß, Konrad (2002): Bürgerbewegung und Demokratie. In: Horst Denzer (Hrsg.): Glanz der Infrastruktur? Elend der politischen Kultur? Zur Entwicklung der Demokratie in Ostdeutschland. München, S. 85 – 97
- Westebbe, Achim und David Logan (1995): Corporate Citizenship – Unternehmen im gesellschaftlichen Dialog. Wiesbaden
- Weyer, Johannes (2000): Soziale Netzwerke. München
- Wolf, Henrike (2005): Partizipation und Lokale Agenda 21. Ein interkommunaler Vergleich aus organisationssoziologischer Perspektive. Marburg
- Wollmann, Hellmut (2002): Die Entwicklung der politischen Partizipationsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestags: Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen, S. 101 – 119
- Wood, Donna J. (1991a): Corporate social performance revisited. In: Academy of Management Review, Vol. 16, No. 4, S. 691 – 718.
- Wood, Donna J. (1991b): Social issues in management – Theory and research in corporate social performance. In: Journal of Management, Vol. 17, No. 2, S. 383 – 406
- Zimmer, Annette (2007): Vom Ehrenamt zum Bürgerschaftlichen Engagement. Einführung in den Stand der Debatte. In: Schwalb, Lilian; Walk, Heike (Hrsg.): Local Governance – mehr Transparenz und Bürgernähe, Wiesbaden. S. 95 – 108
- Zimmer, Annette (2002): Empirische Befunde zum bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestags: Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen, S. 89 – 97
- Zukunftskommission (Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, 1998): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Bonn

Internetseiten

Buersvloer: www.beursvloer.com

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement: www.b-b-e.de

Charity Label GmbH: www.charity-label.com

CIVITAS – Botschafterinnen und Botschafter für Bürgerorientierte Kommunen:
www.buergerorientierte-kommune.de

Cool ans Ziel – Besser fahren und sicherer ankommen: www.coolansziel.de

Engagement macht stark! Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement:
www.engagement-macht-stark.de

Europäische Bürgerhaushalte: www.buergerhaushalt-europa.de

GSE.Protect: www.gse-protect.de

Gute Geschäfte – Marktplatz für Unternehmen und Gemeinnützige: www.gute-geschaeft.org

Initiative Freiheit und Verantwortung: www.freiheit-und-verantwortung.de

Initiative für Beschäftigung: www.initiative-fuer-beschaefigung.de

Kinderhaus „Weltenbaum“: www.weltenbaum.info

Kommunaler Bürgerhaushalt: www.kommunaler-buergerhaushalt.de

Kommunen der Zukunft, Bertelsmann Stiftung: www.kommunen-der-zukunft.de/set_netzwerke.htm

Kompass Richtung Lebensqualität, Bertelsmann Stiftung: www.kompass-modellkommunen.de

Lausitzer Jugendbaustelle: www.lajuba.de

Lokale Bündnisse für Familie: www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de

Mehrgenerationenhaus: www.mehrgenerationenhaeuser.de

Mobikult – Mobilität ist Kultur: www.mobikult.de

PeHa GmbH: www.peha-service.de

Projektfabrik: www.projektfabrik.org

Public Private Partnership Task Force, BMVBS: www.ppp-bund.de

Stiftungsallianz Bürgernaher Bundessaat: www.buergernaher-bundesstaat.de

Unternehmen: Partner der Jugend: www.upj-online.de

Verbundnetz der Wärme: www.verbundnetz-der-waerme.de

Wir tun ,was – Initiative des Landes Rheinland-Pfalz: www.wir-tun-was.de

Abkürzungsverzeichnis

ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
AG/BE	Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg
BBE	Bundesnetzwerke Bürgerschaftliches Engagement
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BISS	Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien.
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugendliche
BMV	Bundesministerium für Verkehr
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
BMVBW	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen (bis 2005)
BW	Baden-Württemberg
CBE	Centrum für bürgerschaftliches Engagement
CC	Corporate Citizenship
CSR	Corporate Social Responsibility
DIHK	Deutsche Industrie- und Handelskammertag
FDGB	Freie Deutsche Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
IfM	Institut für Mittelstandsforschung
IRPUD	Institut für Raumplanung der Universität Dortmund, Hrsg.
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KPMG	Klynveld, Peat, Marwick und Goerdeler (Gründerväter der Gesellschaft)

KSPW	Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e. V.
LA	Lokale Agenda
MBJS	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg
NGO	Nicht-Regierungs-Organisationen (non governmental organisations)
NPO	Nicht-Profit-orientierte Organisationen (non profit organisations)
NSB	Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PPP	Public Private Partnership
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SIGI	Strausberger Innovations- und Gründerinitiative
SOEP	Sozioökonomisches Panel
UAG	Netzwerk „Unternehmen: Aktiv im Gemeinwesen“
UPJ	Bundesinitiative „Unternehmen Partner der Jugend“
UVB	Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. V.
VDV	Verband Deutscher Verkehrsunternehmen
WBCSD	World Business Council for Sustainable Development
ZDH	Zentralverband des Deutschen Handwerks